Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 258 2. Dezember 1978 1,50 DM incl.6%Mwst. D 1870 CX

RADIO JESSICA

An die Geduldigen und Hoffnungsvollen , an die Suchenden!
An die, die an den letzten Sonntagen um 9 Uhr erfolglos Radio Jessica suchten und an die, die es schon aufgegeben haben:
Radio Jessica gibt es immer noch!
Sie haben uns nicht geschnappt.
Uns ist auch nicht die Lust vergangen.
Der Wurm kriecht durch die Technik.
Die schon vor einiger Zeit (HR/ID) angekündigten Schwierigkeiten sind nicht so schnell und einfach zu beheben, wie wir uns das vorgestellt hatten. Wir brauchen noch etwas Zeit.
Geld brauchen wir übrigens auch und natürlich vor allem eigene Beiträge (auf Cassette), Ideen, Hörerbriefe etc.
Radio Jessica ist für alle da!
Wenn's so weit ist, melden wir uns wieder, haltet die Ohren offen und steif.
Advent, Advent, ein Sender tönt,
erst einer, dann zwei, dann drei, dann vier
hoffentlich steht dann keiner vor der Tür!

Sämtliche Beiträge, Briefe über Carlo Sponti, Ladenburgerstraße 82, 69 Heidelberg

IST EIN VOLKSBEGEHREN ZUM AKW PHILIPSBURG MÖGLICH? ?

Die Bürgerinitiative Philipsburg-Waghäusel bereitet in Bezug auf das in der Landesverfassung Baden-Württembergs vorgesehene Volksbegehren eine Diskussion über die Möglichkeiten einer ähnlichen Entwicklung wie in Österreich zum AKW Zwentendorf vor. Ein Treffen findet am **10.12. ab 10.00 Uhr in Kirrlach im Quellhof** statt.

Ein Grund zum Feiern

SIEBEN JAHRE GEORG–VON–RAUCH–HAUS

WESTBERLIN
20. November

Am 8. Dezember 1971 besetzten 600 Jugendliche das Georg-von-Rauch-Haus und machten es zu einem Lehrlings- und Schülerwohnkollektiv. Zum siebten Jahrestag der Besetzung am 8. und 9. Dezember 1978 sind alle zum Feiern eingeladen. Wer aus Westdeutschland kommt, sollte sich aber anmelden - wegen der Schlafplätze.

Kontakt:
Georg-von-Rauch-Haus, Mariannenplatz 1a, 1000 Berlin 36

ÜBERNAHME VON LEHRLINGEN NACH DER AUSBILDUNG

BERGKAMEN
November

In Kamen gibt es ein Unternehmen der Coop-Gruppe. Das Unternehmen hat was mit den Dritte-Welt-Importen zu tun. Und dort gibt es eine Gruppe Auszubildender, deren Jugendvertretung „Informationsmaterial zur Problematik der Übernahme von Auszubildenden" benötigt. Sie schreiben: „Das Problem der Übernahme (eines Auszubildenden in den Stand eines Angestellten nach Abschluß der Ausbildung) stellt sich für uns zum ersten Mal, und so fehlen uns die Erfahrungen und Informationen über die Möglichkeiten, die Entlassung der Auszubildenden nach der Lehre zu verhindern."

Kontakt: Gebrauchsgüterzentrale (GZK), Jugendvertretung, Postfach 1280, 4618 Kamen/Westfalen

DER ID & DIE ALTERNATIVEPRESSE & DIE TAGESZEITUNG & WIE WEITER / EIN ID AUFRUF

Das ID-Kollektiv ist in Aufbruchstimmung, was den vergangenen Nummern leicht zu entnehmen war. Der Diskussion über das WIE WEITER ? entsprang auch die folgende Ankündigung im ID 256 : "Jetzt probieren wir zum ersten Mal das Mittel einer Anzeigenserie, um die Verbreitung auf neue Interessenkreise auszudehnen." Das klingt wie ABSCHIED VON GESTERN, weil sich das ID-Kollektiv stets zugute hielt, sowohl im ID als auch nach außen ohne "Werbung" ausgekommen zu sein, was im großen und ganzen richtig ist. Es geht hier aber garnicht um "Werbung" und eine Anzeigen serie, sondern um einen Aufruf, der (siehe gegenüberliegnde Seite) nach Meinung des Verfassers folgendes ist : eine Darstellung des ID, seiner Funktion, seiner Entwicklung, bewußt punktuell, sowie das Verhältnis des ID zur Alternativpresse und zur "tageszeitung", die da kommen soll ; verfaßt für Leser der Alternativpresse, die den ID lediglich vom Hörensagen kennen und ihn noch nicht benutzt haben oder lange nicht mehr benutzt haben, weder als Korrespondenten noch als Abonnenten. Für den Verfasser war der Raum durch die "Freiburger Stadtzeitung" gesteckt, die zugesagt hatte, eine Zeitungsseite für die ID-Selbstdarstellung freizuhalten. Das taten auch eine Reihe weiterer Alternativzeitungen, einige davon wollten erst eine halbe Seite zur Verfügung stellen. Deshalb entstanden zwei Versionen des Textes, wobei die kurze Fassung mit der zweiten Hälfte der langen Fassung identisch ist und unter der obigen Überschrift verbreitet wurde. Wir bitten alle ALTERNATIVZEITUNGEN, mit denen wir noch keinen telefonischen Kontakt aufzunehmen vermochten , um Abdruck.

Die Frage, ob sich der ID und wie und worin auflöst, wenn die "tageszeitung" kommt, ist künftigen Diskussionen vorbehalten, an der sich alle, die es angeht, bitte beteiligen mögen : der ID wird's veröffentlichen.

Ulysses Z., im ID

PS: Ihr könnt vom Text Positivfilm anfordern



BETRIFFT: FAHRRAD

HEIDELBERG
27.November

Wir wollen eine Dokumentation machen über die „Schwierigkeiten des Radfahrers"; schreibt uns deshalb Eure Erfahrungen mit rücksichtslosen Autofahrern und Behörden, von Euren Bemühungen, bessere Radwege zu bekommen.
Kontakt: **M.Penneke, Untere Zwingergasse 5, 6903 Neckargemünd.**

THEATERSTÜCKE GESUCHT

HUSUM
28. November

Die Theaterleute der Bürgerinitiative gegen AKWs in Husum suchen dringend noch Theaterstücke (auch welche, die sich auf der Straße spielen lassen). Schwerpunkt sind die Themen Umwelt/AKWs. Sie nehmen aber auch andere Stücke und wollen damit ein "herrlich buntes Programm machen".

Konatakt:
Klaus Lorenzen, Herzog-Adolf-Str./Nissenhaus, 225o Husum

Am 11.11. erschien das **INFO BREMER UNERREICHBARER/UNAPPETITLICHER/UNGÜLTIGER/UNBOTMÄSSIGER/UNAUSROTTBARER/UNGESCHLIFFFENER/UNUNUN GRUPPEN** *mit folgender Meldung (gekürzt) :*

> **GROSSBRAND AUF DEM GELÄNDE DES ATOM...ÄH... KERNKRAFTWERKES GÖSGEN**
>
> DANIKEN 11. Oktober *Der folgenden Erklärung, verschickt auf Papier mit dem Absender: Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG, Abteilung Information, Postfach 55, 4658 Däniken und unterschrieben „mit freundlichen Grüßen, Ihre Kernik Kräftig Wirkungsvolle Gösgen-Däniken AG" hat als Hintergrund diesen Zwischenfall (nach Tages-Anzeiger, Züricher Zeitung):*
>
> **Solothurn, 4. Okt. (SAD): In der Nacht auf den Mittwoch (4. Oktober) ist im Filmsaal des Informationspavillons des AKW Gösgen ein Brand ausgebrochen, der mangels Sauerstoff von selbst wieder erlosch. Die Folgen des Brandes – Sachschaden in Höhe von rund 250 000 Franken – wurden erst am Mittwochmorgen entdeckt. Die Solothurner Kantonspolizei hat eine Untersuchung eingeleitet, wobei als Brandursache Brandstiftung ermittelt werden konnte. Der Anschlag erfolgte auf das sogenannte Standortmodell des maßstäblich nachgebildeten Gesamtwerks.**
>
> „Nur kurze Zeit nach Erhalt der Inbetriebnahmebewilligung durch des Eidgenössische Amt für Energiewirtschaft ereignete sich gestern Abend um 21.02 MEZ in der Frischdampfstation der KKW-Anlage Gösgen eine folgenschwere Explosion. Der nachfolgende Großbrand, der sich sekundenschnell durch die an sich feuergeschützten Kabelkanäle ins benachbarte Schaltanlagengebäude ausbreitete, zerstörte dort die im obersten Stockwerk untergebrachten Kommando- und Prozeßrechnerräume. Beim Eintreffen der Betriebsfeuerwehr, die durch den Brandalarm mitten aus ihrem internen Tischtennisturnier um den von Herrn Dr. Michael Kohn gestifteten goldenen Neutronenbecher aufgeschreckt wurde, standen neben dem Schaltanlagengebäude bereits auch Teile vom Maschinenhaus und vom Hilfsanlagengebäude in Flammen. Im weiteren zerstörte die gewaltige Explosion auch Teile der bis anhin als bruchsicher geltenden äußeren Reaktor-Sicherheitshülle.
>
> Wie erste Ermittlungen ergeben haben, ist die verheerende Explosion auf eine unglückliche Verkettung von menschlichem und technischem Versagen zurückzuführen. Das Geschehen kann bis jetzt folgendermaßen rekonstruiert werden: Kurz vor Beginn seiner Nachtschicht erwärmte Betriebsingenieur Kurt O. – verbotenerweise – im Vorraum zur Kommandozentrale noch eine Dose Usego-Ravioli auf einem Gaskocher. Nach Aussagen eines Arbeitskollegen zerplatzte diese dabei plötzlich und spritzte dem Unglücklichen die heißen Ravioli ins Gesicht. Ingenieur Kurt O., geblendet, erhitzt und geschockt, meinte vermutlich, es habe sich eine Explosion im Reaktor ereignet. Obwohl dieser gar nicht in Betrieb war, rannte er panikartig und halbblind ans Kommandopult und leitete eine Schnellabschaltung ein. Erst nach einigen Sekunden gelang es einem anderen Betriebsingenieur den wie wild an Knöpfen und Hebeln hantierenden Kurt O. vom Pult wegzureißen. Kurze Zeit später ereignete sich dann – aus noch ungeklärten Gründen – die Explosion in der Frischdampfstation.
>
> Zum Glück – Sie werden es bemerkt oder inzwischen auch gehört haben – spielte sich die Brandkatastrophe nur in dem im Informationspavillion ausgestellten Atomkraftwerk-Modell ab. Beim gestern Abend zerstörten Modell handelt es sich um ein bis ins kleinste Detail exaktes Nachbild der gesamten Atomkraftwerk-Anlage Gösgen. Gerade deshalb nimmt die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG diesen schweren Zwischenfall auch ...

Das Info der Bremer, erscheinungsweise 14tägig, Auflage 800, hat die obige Meldung nach Form (allerdings verkleinert) und Inhalt aus dem ID übernommen und veröffentlicht, schwarz gerahmt auf grauem Umweltschutzpapier. FREUT UNS.

Und daß die Bremer andere Meldungen aus dem ID verbreiten, FREUT UNS AUCH. Und daß der 'KLENKES' in Aachenund 'WAT LÖPPT' in Wuppertal diese oder andere Meldungen des ID nachdruckt, FREUT UNS. Und auch daß der 'MOTZER' in Bad Schussenried es tut und die SCHWARZE BOTIN in Berlin, 'de SCHnüss' in Bonn und der "Klüngelkerl" in Dortmund, das 'ESCHHAUSHEFT' in Duisburg und 'Hochaktiv' in Duxmoor, der 'ELCH–JODLER' in Ellwangen und der 'RADI' in Erding, der 'PFLASTERSTRAND' und die 'ANDERE ZEITUNG' in Frankfurt und die 'Stadtzeitung' in Freiburg, das 'ELEFANTENKLO' in Giessen und 'CARLO SPONTI' in Heidelberg, die'KIELER FRESSE' oder das KÖLNER VOLKSBLATT', der 'HUMUS (ehemals KOMPOST)' in Löhrbach und der 'MOTZKOPP' in Mainz, das 'BLATT', der 'FLIEGENPILZ' oder der 'ROTE GENERATOR in München, der 'KNIPPERDOLLING' in Münster und der 'VERRECKERLING' in Niedernhausen, der 'PLÄRRER' in Nürnberg und 's'Käsblättle' in Radolfzell und das Schorndorfer 'BLÄTTLE' und das Stuttgarter 'Blättle', der 'ÖMMES' in Viersen, der 'POTTKIEKER' in Waltrop, der 'DAILY TERROR' in Wertheim oder irgendeine andere der Hunderte bundesrepublikanischer Stadt-, Stadtteil-, Volks-, Bürgerinitiativ-,Leser-, Schwulen-, Jugend-, Bauern-, Hochschul-, Dorf-, Provinz-, Knast-, Film-, Kultur-, Revolver-, Graswurzel-, Hippihasch-. HILDEN–FÜR–DIE–WILDEN–, Straßenmusiker-, Bambule-, Stadtstreicher-, Querfeldein-, Heile-Welt-, Lumpen-, Oberamts-, Heimat-, Traum-, Sumpf-, und Basis-ZEITUNGEN zwischen Alpen und Uelzen, Hamburg und München.

FREUT UNS, **weil daraus zu erkennen ist, daß die Alternativpresse den ID als Pressedienst benützt und daß im ID Berichte stehen, die von unseren Freunden bei den Alternativblättern für wichtig genug gehalten werden, um sie weiter zu verbreiten. Denn Pressedienst sollte der ID nach unserer Ansicht allemal sein**

Und es FREUT UNS, wenn um den Auswuchs des "Rechtsstaats" eher betroffene als zufriedene Mitarbeiter bürgerlicher Medien anrufen und abonnieren. Auch, daß ID-Berichte ohne Quellenangabe Wort für Wort passagenlang z.B. in "konkret" zitiert oder der "Süddeutschen Zeitung gedruckt werden oder Diffamatorisches über den ID aus DUNKLEN QUELLEN des Verfassungsschutzes im "Spiegel"erscheint oder lächerliches aus HELLEN QUELLEN des BKA Berlin über "Staatsgefährdendes" (siehe Teufel-Telegramm, ID 248) seinen Weg in den "stern" findet UND UND UND

*

Der ID, vollen Namens "Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten", wird von Basiskorrespondenten seit mehr als fünf Jahren als PLATTFORM zur Verbreitung unterbliebener und unterdrückter Nachrichten betreten und benutzt: sie berichteten aus Wyhl lange bevor KKW-Innenminister Eberle aus dem Amt "geflüchtet" wurde; aus Ossendorf und Stammheim von Anfang der Isolationsfolter ; vom Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren ununterbrochen; von alternativen Lebensformen in Landkommunen und städtischen Wohngemeinschaften, SELBSTVERWALTETEN Verlagen, Zeitungen und Buchläden der undogmatischen Linken und von staatlicher Repression und Terror gegen uns wie gegen politische Gefangene in den Vollzugsknästen. Das Herausgeberkollektiv des ID suchte und fand Wege der lockeren Zusammenarbeit und des Austausches mit der rasch wachsenden Alternativpresse und organisierte zusammen mit dem Aachener "klenkes" das erste (und folgende) Alternativpresse-Treffen,woraus übergreifende Projekte hervorgingen, so etwa der SOLIDARITÄTSFONDS für die Unkosten der von der Justiz verfolgten Blätter.

Es ist erst drei Jahre her, als die ID-Auflage noch etwa 2000 Exemplare pro Woche betrug und wir während recht mühevollen Drucksachenversandes uns den ALTERNATIVEN VERTRIEB wünschten, der, getragen von der alternativen Bewegung die Herausgabe einer Tageszeitung ermöglichen würde, die aus dem ID hervorgehen könnte, etwa so wie aus der "agence presse libération" die "Libé" hervorging. Vorsichtshalber träumten wir dann doch erst mal nur von einer regionalen Tageszeitung, etwa für den Rhein-Main-Raum zwischen Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Mainz und Wiesbaden, oder Berlin, oder München.

Seit dem DEUTSCHEN HERBST haben ID-Mitarbeiter dazu beigetragen, das heutige Geflecht der Initiativgruppen des "TAZ-PROJEKTES" entstehen zu lassen. Doch wie soll "Die TAGESZEITUNG" finanziert werden, wann wird sie erscheinen ? Bei nüchterner Betrachtung gibt es vorerst keine rasche Antwort, von daher fühlen wir vom ID uns desto stärker in die Notwendigkeit eingebunden, den ID als überregionale Kommunikationsbasis der Betroffenen und Informationsblatt der UNDOGMATISCHEN LINKEN weiter zu entwickeln, bis alle Fragen um die "taz" beantwortet sind und sie so erscheint, wie wir sie uns vorstellen : mit einem Bein auf Berichten der Betroffenen und der Basis ruhend. Das haben die bisherigen NULLNUMMERN der "taz" noch nicht so recht einzulösen vermocht, nicht zuletzt wegen der Widersprüche in den Initiativgruppen bezüglich des ID-Selbstverständnisses, wobei die Meinung prinzipieller ID-Kritiker doch sehr stark vom Schlagwort "Kampf zweier Tageszeitungen um den Markt der linken Leser" geprägt ist, wonach Berichte Betroffener als "Dilletantismus" diffamiert werden gegenüber dem "Enthüllungs-Journalismus". Das ist dann doch zu unreflektiert, solche Alternative stellt sich uns nicht, wir möchten beides haben. Wobei es den "taz"-Initiativen bisher nicht gelungen ist, den in den Medien zum "Systemvergleich" angetretenen Kommentatoren publizistisch entgegenzutreten und zu sagen : Berichte von Betroffenen verfügen über Authentizität, die Profijournalisten in der Regel fehlt. Sie bleiben die "Nachempfindenden", die oft genug vergeblich alle kategorialen Schubladen zugleich ziehen um sie nach "passenden Rastern" zu durchwühlen.

Wie aber weiter mit dem ID ? Die Auflage pendelt wöchentlich um die 6000. Diese Selbstdarstellung lest ihr hier nicht zuletzt deshalb, weil wir durch Öffentlichkeit das Wachsen sowohl der Korrespondentenzahl des ID als auch dessen Bezieher-und Abonnentenzahl vergößern wollen. Um den ID als PUBLIZISTISCHE PLATTFORM für "unterbliebene Nachrichten" auszubauen fordern wir auf, nicht nur den ID zu abonnieren oder besser über den linken Buchladen in eurer Stadt zu beziehen, sondern auch zu spenden und Patenschafts-Abonnements zu übernehmen, etwa für durchschnittlich 200 bis 400 Gefangene, die wir seit Jahren wöchentlich kostenfrei mit ID versorgen.

Die Scherben, die nach "Staatsschutz"-Aktionen von bürgerlicher Presse und öffentlich-rechtlichen Medien unter den Tisch gekehrt wurden, wurden hervorgeholt und waren regelmäßig im ID wiederzufinden. Die repressiven Auswirkungen der neuen Strafgesetzbestimmungen fanden über den ID Öffentlichkeit. Der ID, wiederholt durch Verfassungsorgane und die Stellverteterpresse diffamiert und Ermittlungen und Prozessen ausgesetzt, wußte sich zu behaupten. Doch der DEUTSCHE HERBST fuhr in unsere Knochen, überrollte alles bisherige.

Dann das Russell-Tribunal, erste Sitzungsperiode. DER ID ERSCHIEN TÄGLICH unter Mitarbeit vieler ID-Korrespondenten aus der ganzen BRD. Ein Schritt weiter hin zur Tageszeitung, andererseits war der finanzielle Aufwand beträchtlich.

Zurückblickend : Ein Jahr nach der Gründung (1973) bezog das ID-Kollektiv Raum im Gebäudekomplex einer ehemaligen frankfurter Schriftgiesserei in der Hamburger Allee 45. Nebenan entstand bald daraufdas Druckkollektiv des "druckladens", später zogen "Pflasterstrand" und "Autonomie"in unmittelbare Nachbarschaft,nahmen ID-Bilderdienst und "Hochschul-Info-Dienst' die Arbeit auf, mietete die "taz"-Gruppe Frankfurt Arbeitsräume, bildete sich die Fotogruppe "Moskito". ID bot Unterstützung. WIE ABER WEITER ? Im ID 255 vom 11.11.78 veröffentlichten wir unter der Überschrift "Ihr werdet lachen : Der ID sieht noch eine große Zukunft vor sich" die erste Folge einer inhaltsreichen Reihe "INTIMSTER" Beiträge über den ID. Weitere werden folgen.

DIE SPINNEN, DIE MALOCHER!

LESERBRIEF ZUR SELBSTDARSTELLUNG DER ID-BETRIEBSGRUPPE

Der Achim aus Hamburg hat einen langen Brief geschrieben, der sich unter anderem mit der Selbstdarstellung der Betriebsgruppe im ID 254 beschäftigt. Das ist feed-back! Jedenfalls hat uns der Brief mächtig Mut gemacht, und weil da auch auf die ID-Leserschaft noch was zukommt, nach diesem Brief, drucken wir ihn auszugsweise ab:

" ... Im ID 254 schreibt ihr ganz richtig, daß in der Phase des Betriebsinterventionismus nicht halb soviel Genossen in den Büros und Betrieben waren, wie heute; schließlich sind in manchen Städten ganze ' Berufszweige-Scenes' von Linken 'unterwandert' (z.B. Taxifahrer-Scene). Diese Entwicklung ist sicherlich auch von größerem Einfluß als der Betriebsinterventionismus (deshalb können die 'da oben' an einer solchen Entwicklung auch nicht sonderlich interessiert sein).

Ich habe während meines Studiums häufig als Bus- oder Fernfahrer gearbeitet. Und jetzt bin ich – nach überflüssigem Studienabschluß – schon seit einem Jahr für einunddieselbe (!) Firma tätig. (Das ist auch teils ein Grund, weshalb ich dir heute schreibe(n kann). Bei dem größten Kunden der Spedition, für die ich fahre, habe ich nämlich Hausverbot erhalten, und da wußte man heute nicht, was man mit mir machen sollte und hat mich früher nach Hause geschickt!)

Also: bei den 'unterwanderten Scenes' war ich stehengeblieben. Das muß doch eigentlich massig Material abgeben; da kann man Kniffe vermitteln, was über die Sozialstruktur schreiben (nicht so'n trockenen Scheiß, sondern hautnah Erlebtes) etc., etc. Ich wollte mich ja auch 'immer schon mal" hinsetzen und Erlebtes aufschreiben, aber erstens unterlaß ich's, Erlebnisfetzen regelmäßig aufzuschreiben, zweitens stellt sich meist schnell so'n Anspruch ein, wie toll doch alles werden müßte, und drittens und viertens gibt's bestimmt auch noch.

Vielleicht schaff ich's Anfang kommenden Jahres, meine Erfahrungen mit den Brummi-Piloten zu Papier zu bringen. Mein derzeitiger Standpunkt: die spinnen, die Malocher – oder deutlicher: die sind ganz schön bescheuert. Gehörte ich während meiner Bochumer Zeit zu denjenigen, die nicht genug über die Linken schimpfen konnten, so muß ich jetzt Abbitte tun. Die Malocher (zumindest die Fernfahrer) sind noch blöder, noch unkameradschaftlicher etc.

Da hat die Linke doch schon einen Vorsprung in puncto Solidarität und so. Jedenfalls gibt's reichlich zu schreiben über Fernfahrersexualität, Verhalten zu Randgruppen, Familie, Maloche, Konsum etc.. Die lügen auch noch mehr als die Linken, die Fernfahrer. Man könnte auch Tips geben. Tramper-Tips oder wo man in der Nähe der Autobahn billig essen kann etc. Ein Tip z.B. (das ist jetzt kein Fernfahrerhof): für Reisende auf der Strecke Ruhrgebiet – Berlin, Autobahnabfahrt Hannover-Langenhagen abfahren, Vahrenwalder Str. Richtung Stadtmitte, Nr. 161 gibt's einen Griechen, der hat mir neben dem Essen (Griechenland Standard) besonders wegen seiner Athmosphäre gefallen (freundliche Bedienung, Music-Box, viel Jugendliche, die meist nur was trinken, also keine reine Freßkneipe). Vielleicht schaff ich ja irgendwann noch 'nen Brief, in dem ich dann auch was zum ID und so schreibe.





AN ALLE HONORARKRÄFTE IN DER JUGENDARBEIT:

OFFENBACH
28.November

In Offenbach arbeiten viele „Honorarkräfte" in der Kinder- und Jugendarbeit. Diese Honorarkräfte sind: vorwiegend Studenten, die nebenher jobben. Bei der Stadt Offenbach gibt es für sie wenig Geld und viel Arbeit, die Verträge sind mies und durch nichts abgesichert, Krankenversicherung wird nicht gezahlt. Zehn Leute haben sich jetzt entschlossen, gegen die Stadt zu klagen um zumutbare Arbeitsverträge zu erreichen.

Die Gruppe bittet Leute, die zu diesem Problem (freie Mitarbeiter contra Angestelltenverhältnis) Unterlagen haben (z.B. Klageschriften, Erwiderungen, Flugblätter, Infos), diese an sie zu senden.

Kontakt: **Gudrun Nagel, Ludwigstraße 155, 6450 Hanau Telefon: 06181 / 63 978**

HERBERT SOFFEL BRAUCHT GELD

SCHWALMSTADT
29. November

Der Gesundheitszustand von Herbert Soffel, der infolge jahrelanger Isolationshaft schwer an Nieren, Magen-Darm-Trakt und Kreislauf erkrankt ist, ist unvermindert ernst (siehe auch ID 253). Warum an Haftentlassung nicht zu denken sei, hat Anstaltsleiter Schneider (Schwalmstadt) Herbert unverblümt ins Gesicht gesagt. Aufgrund seines Kontaktes zu Lutz Taufer, einem Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins, bestehe die Gefahr des 'Abtauchens' nach der Freilassung. Herbert Soffel braucht dringend Geld, weil er nur noch Spezialnahrung zu sich nehmen kann (Traubenzucker, Ovomaltine), um einen völligen Kräfteverfall aufzuhalten.

Spendenkonto mit dem Vermerk 'Herbert Soffel': Postscheckkonto 475 45-604, Postscheckamt Ffm, Theo Bruns.
Kontakt auch über: Rechtsanwälte Huesmann, Korte, Pfeifer, Friedrich-Ebert-Str. 149, 35 Kassel, Tel. 0561/77865

REFERATE ZUM THEMA "FASCHISMUS"

DUISBURG
28. November

Das Zentrum Esch-Haus in Duisburg lädt wieder zu einer Veranstaltungsreihe ein, diesmal zum Thema Faschismus. Sie beginnt am 7. Dezember mit einem Vortrag von Reinhard Opitz: "Faschismus und Wirtschaftsentwicklung". Weiter geht's im Januar mit Peter Brückner: "Faschismus und die Reaktion der Antifaschisten", im Februar redet dann Christian Sigrist über "Faschismus als imperialistische Herrschaftsform". Geplant sind Referate zu "Faschismus – Massenwirkung, Repression und Widerstand" (im März 1979), und im April "Zusammenbruch des Nationalsozialismus und Aufbau der BRD".

Kontakt: Zentrum Esch-Haus, Niederstr. 32, 4100 Duisburg 1.

WINTERTEFFEN DER SELBSTVERWALTETEN

HAMBURG
15. November

In Hamburg hats wieder ein Treffen von „Alternativunternehmen in und um Hamburg" gegeben. 45 Betriebe waren eingeladen, 15 kamen. Bei Tee, Gewürzbrot und verpfefferter Bohnensuppe lernten sich die Alternativarbeiter gegenseitig kennen. Für den Winter ist ein weiteres Treffen geplant. Es könnte so Mitte Januar stattfinden. Die interessierten und sich selbstverwaltenden Betriebe in Hamburg und Umgebung sollen sich mal im Medienladen melden.

Kontakt: Medienladen (Klaus), Rostockerstraße 25, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/246384

DIE SOLLEN DOCH ZUM ARBEITSAMT GEHEN . . .

Der Verfassungsschutz scheint zur Zeit auf dem Gebiet der Spitzel Vakanzen zu haben. Wir schließen diesen Personalmangel daraus, daß uns innerhalb von zwei Wochen drei ausführliche Beschreibungen von Anwerbungsversuchen erreichten. Dazu kommen sicher die Versuche von Anwerbungen, bei denen sich Leute nur geärgert haben, einen Schreck, eine Wut bekommen haben, dies aber nicht aufschrieben. Unsere Schwierigkeit besteht darin, daß dies drei Berichte über sehr ähnliche Ereignisse sind. Sie sind aber alle drei mit so viel individuellem Schrecken, Zorn und Engagement geschrieben, daß ich sie auch nicht kürzen mag. Außerdem meine ich, daß das Aufschreiben solcher Erfahrungen ein Schritt des Sichwehrens ist. Außerdem, nirgends steht geschrieben, daß unsere Leser den ID von der ersten bis zur letzten Zeile durchlesen sollen. Also, wer's „langweilig" findet, der blättere in Dreiteufelsnamen.

„MEIN ANWERBUNGSGESPRÄCH MIT DEM VERFASSUNGSSCHUTZ"

BERLIN
NOVEMBER 78

Ein Lehramtsstudent der Pädagogischen Hochschule Berlin berichtet von seinem ganz persönlichen Gespräch mit dem Verfassungsschutz. Er schließt das Interessedieser Behörde an ihm daraus, daß er im AStA und in verschiedenen Hochschulgremien ist, für einiges demonstriert hat, mitten in den Staatsprüfungen steht, Angst hat, ein Berufsverbot zu bekommen und nur mit einem anderen Menschen zusammenwohnt:

Ein grauer Dienstagmorgen, Ende Oktober: Wie gewöhnlich ging ich zur Bushaltestelle, weil ich zur Hochschule wollte. Plötzlich sprach mich von hinten eine ca. 50jährige Frau an: „Erschrecken sie jetzt bitte nicht, Herr xxx. Wir kennen sie schon lange, denn wir sind von der Senatsbehörde für Hochschulpolitik. Sie, Herr xxx, sind uns von mehreren Seiten empfohlen worden als verschwiegen und innerlich gefestigt — Ach gehen wir erstmal zusammen einen Kaffee trinken!" Ein junger sonnenbebrillter Bürokratentyp trat als Leibwächter neben seine Amtskollegin.

‚So sieht also der Verfassungsschutz in Person aus' , dachte ich. Etwas verwirrt und sehr neugierig, was man über mich und meine Umwelt schon alles ausspioniert hatte, entschloß ich mich mitzuspielen, um einmal hinter die Kulissen der staatlichen Schnüffelei zu sehen. Doch wenn ich glaubte, etwas herauszubekommen, hatte ich mich schwer getäuscht. Die sehr geschult redende Frau horchte mich aus über mein Verhältnis zu Freunden und zu politischen Aktivitäten an der PHI. Durch intime Detailkenntnisse über persönliche Beziehungen verwirrte sie mich und erzeugte in mir ein Bild ihrer Allgegenwärtigkeit und Allwissenheit.

Beiläufig erkundigte sie sich nach dem Befinden und den Aktivitäten mir bekannter Personen, die sie alle mit Vormamen nannte. Meine „bauchklemmenden Gefühle", ausgelöst durch das Wechselbad von Schmeicheleien, Anspielungen, und vertrauensvollem Zureden und gezielten Sachfragen, beschwichtigte sie durch das Herstellen einer einer oberflächlich wohligen Atmosphäre: Andauernd wurden mir Kaffee, Kuchen, Cognac und Zigaretten angeboten.

Meine Arbeitsaufgaben sollten sein: Berichte schreiben über:
1. AStA-Plenum und AStA-Arbeitsgruppen
2. „Quasi die ganze K-Gruppen-Szene"
3. Politische Veranstaltungen mit beigefügten Stimmungsberichten („Zur Einschätzung von Trends")

Meine Arbeit wurde mir als selbstbestimmte und gutbezahlte, eigenverantwortliche Tätigkeit dargestellt: „Jeder ist ein Einzelkämpfer mit Decknamen; man arbeitet nach dem absoluten Schottensystem; keiner darf von den anderen Mitarbeitern wissen". „Die Namen von eng vertrauten Freunden könne ich selbstverständlich ausklammern." Die Krönung dieserLockversuche war die Zusage einer sicheren Beamtenstelle als Lehrer.

Nach 1 1/2 Stunden drängte die VS-Agentin mit einem 50.– DM-Schein auf ein schnellstmögliches 2. Treffen. Sie mahnte mich fast mütterlich, mit niemandem über „unser Treffen" zu sprechen, bei allem Verständnis für meine starke Gewissenskonflikte und meinem Mitteilungsbedürfnis.

Ich hatte unmittelbar nach dem Anwerbunsgespräch das Gefühl, gleichsam mit etwas Aussätzigen in Berührung gekommen zu sein und selbst davon infiziert zu sein. Es war mir einfach peinlich, daß meine Lebensauffassung und Überzeugung plötzlich als eine käufliche Ware angesehen wurden, die als Rohstoff gänzlich fremden Zwecken dienen sollte. Der freundschaftliche Zusammenhalt in politischen Gruppen und Bekanntenkreis, in dem ich mich offen aussprechen konnte, beseitigte meine Verfolgungs- und Ohnmachtsgefühle. Nach gemeinsamer Beratung mit einem Rechtsanwalt entschlossen wir uns, das 2. Treffen absolut zu ignorieren, auch nicht zu versuchen, die VS-Agentin zu entlarven. Denn es ist aussichtslos und gefährlich, sich mit diesen psychologisch geschulten Agenten auf Kontakte einzulassen, denn auch ungewollt ergeben sich für den VS Informationen, die ein Mosaiksteinchen im großen Kontrollbild über die linke Szene sein können.

Gegen diese Geheimdienstmafia, ausgerüstet mit modernstem technischen Hintergrund + Dienstwaffe, Tonband etc. kann man nicht auf individuellem Weg ankämpfen.

Ich habe die Spitzelanwerbung in einem Brief an Innensenator Peter Ulrich abgelehnt, die 50.– DM Ködergeld ans Russell-Tribunal überwiesen und ihn gefragt, was seine Meinung zu der gesetzlich verbotenen Ermittlung von persönlichen Intim-Daten ist. Bis heute hat der Senator nicht geantwortet.

Die schleichende Bespitzelung unter dem Mantel der Rechtsstaatlichkeit birgt die Gefahr in sich, daß die linke Bewegung

eingeschüchtert und gespalten wird und unbeabsichtigt Selbstzensur übt. Im Gegensatz zur offenen Meinungsunterdrückung (Bücherverbrennung im Faschismus) wird im „Neuen Modell Deutschland" mehrgleisig und flexibel verfahren:
Konformität wird vor allem erzeugt durch

1. individuelle psychische Verunsicherung (Sympathisantensumpf, Gesinnungsschnüffelei, Berufsverbote)
2. durch Ablenkungsmanöver in Form der öffentlichen Liberalisierungs- und Reformdiskussion,
3. Zermürbung durch politische Prozesse mit gleichzeitiger Einschüchterung und finanzieller Austrocknung.

Als Intellektueller mit unsicheren Zukunftserwartungen kann ich mich für oder gegen die Interessen der Herrschenden entscheiden. Dies hängt allein von meinem Bewußtsein und meinem Willen ab.
ICH HABE MICH ENTSCHIEDEN !

Kontakt: Uli Clemens, Willmanndamm 13, 1000 Berlin 62

Schnüffelpraxis im 'Musterländle' :

WIE BEI JAMES BOND

MANNHEIM
November 1978

Vehement wehrt sich Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth gegen den Vorwurf des Bundeskanzlers, im 'Musterländle' herrsche ein „besonderes Maß an Schnüffelpraxis". Er will den Vorwurf „belegt" haben. Was hält der neue Landes-Chef von diesem Skandal:
Ein Buchhändler in Mannheim sollte im Auftrag des Verfassungsschutzes seine Kunden und noch mehr bespitzeln und dafür in einer Staatsschutz-Sache vor Gericht mit „einem blauen Auge" davonkommen. Gewaltenteilung? Kein besonderes Maß an Schnüffelpraxis ?

In Mannheim, M 2, 6 (Straßenbezeichnung), betreiben Walli Lucius und Thommi Herrwerth den „anderen Buchladen". Diese Anschrift stand auch als Kontaktadresse auf Flugblättern, mit denen die „Antifaschistische Aktionseinheit" gegen den NPD-Parteitag im September in Mannheim mobilisierte. Politisch sind die Inhaber keine unbeschriebenen Blätter: Wally Lucius ist ÖTV-Vertrauensfrau im Umschulungszentrum des DGB in Viernheim, Thommi Herrwerth ist Mitbegründer und Aktiver im „Heidelberger Straßentheater", gehörte früher dem Landesvorstand der Jungdemokraten an und war Referent des Ex-FDP-Generalsekretärs Dr. Martin Bangemann.

Im „anderen Buchladen" ist alles zu finden, was an linksliberaler und linker Literatur oder entsprechenden Zeitungen gedruckt wird. Im Metallerstreik 1978 hingen dort z.B. täglich „Streik-Nachrichten" der IG Metall im Fenster.

Entsprechend ist der Kundenkreis: Gewerkschafter, undogmatische Linke, Jusos, Linksliberale.
Kurz nach dem NPD-Parteitag, bei dem es zu Ausschreitungen der Polizei gekommen war (METALL Nr. 20/78 : „Bittere Erkenntnis für junge Metaller") kamen plötzlich andere Kunden: „Wir sind vom Landeskriminalamt. Gegen Sie liegt ein Ermittlungsverfahren nach § 129 a StGB vor." Die verblüfften Buchhändler konsultierten ihren Rechtsanwalt und erfuhren, was man ihnen vorwirft: „Werbung für eine terroristische Vereinigung". In der Akte sahen sie ein Flugblatt der RAF.

Thommi Herrwerth: „Das hatten wir vorher nie gesehen. Aber bei uns liegt die ganze deutsche alternative Presse im Laden. Da ist es leicht, daß jemand was dazulegt, ohne daß wir es gleich sehen. Ich kann nicht ausschließen, daß es bei uns gefunden wurde."

Komisch kam ihm und Wally Lucius jedoch vor, „daß die sowas zum Anlaß nehmen, uns ein Verfahren anzuhängen, weil jeder normale Mensch sieht, daß es nicht in unseren Laden paßt." Da fiel ihnen die Anti-NPD-Geschichte wieder ein. Sie überlegten: „Wollen die uns einschüchtern, damit wir nichts mehr gegen die NPD tun? "

Tage vergingen. Am 4. Oktober stand plötzlich wieder ein Unbekannter im Laden: Herbert Bohlen, geboren am 2. Februar 1949. Er zeigte einen Ausweis des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und verlangte Thommi Herrwerth zu sprechen. Dessen Angst, es könnte wieder mit dem Ermittlungsverfahren zu tun haben, wischte Bohlen jovial beiseite. Thommi Herrwerth: „Beim ersten Satz war mir klar, daß er mich kaufen will. Ich fand das unverschämt. Ich überlegte, ob ich ihn gleich rausschmeiße, dann dachte ich, mal sehen, wie die das machen, man muß die anderen warnen."

Braune Lederjacke

Er hörte sich Bohlens Kurzreferat über Terrorismus an: „Der wetterte mit Juso-Argumenten, wiederholte oft fast wörtlich, was ich Tage vorher in einer Kneipe gesagt hatte."
Außer Schrecken darüber, daß er in der Kneipe belauscht worden war, kam Thommi noch ein Gedanke: Bohlen war schon Tage vorher mal an der Ladenkasse aufgetaucht, hatte den „Revolutionären Zorn" verlangt, eine terroristische Zeitschrift von der keiner weiß, wer sie eigentlich macht. Thommi Herrwerth damals: „Jeden Scheiß verkaufen wir wirklich nicht."

Bohlen bestätigte den Besuch. Redete weiter. Thommi Herrwerth: „Daß er mich nicht Kollege oder Genosse genannt hat, war alles." Schließlich kam Bohlen aufs Geld: Von 700 Mark könne man doch nicht leben (Herrwerth hat monatlich 700 Mark). Wenn er für den Verfassungsschutz arbeiten würde, könne er „viel Geld verdienen". Da kamen Kunden. Bohlen ging. Doch er ließ nicht locker. Per Telefon versuchte er Treffs auszumachen. Mal bei Herrwerth zu Hause („das lehnte ich ab, der hätte mir vielleicht auch dort noch ein paar Flugblätter hingelegt"), mal im Auto („da wäre ich vielleicht in Sing-Sing rausgekommen") – schließlich in einem Café in Heidelberg-Neuenheim.



Besuch im „anderen Laden": Wally Lucius, Herrwerth

Es ging zu wie bei James Bond. Thommi Herrwerth wartete fünfzehn Minuten vor dem Lokal. Da kam einer „mit schwarzer Sonnenbrille und brauner Lederjacke", fragte forsch: „Bist du Thommi? " – und mit dem „Ja" hatte der Angerufene auch schon einen Zettel in der Hand. Die Wegbeschreibung. Herrwerth ging langsam, wartete an jeder Kreuzung. „Plötzlich stand Bohlen da, rief 'Hallo Thommi', als wären wir alte Kumpels, duzte mich. Als ich beim Sie blieb, schaltete er auch wieder um."

Beim 45minütigen Spaziergang rückte der BfV-Mann mit dem heraus, was er wollte: Der Buchhändler sollte seine Kunden und linke Verlage bespitzeln. Und das so: „Ich sollte bei den Leuten rumhören, Leute provozieren und sie dann in die Pfanne hauen." Als Thommi Herrwerth einwandte, das könne er nicht, er sei Anti-Terrorist, wies Bohlen den Weg: „Sie müssen ja nicht ihre Meinung sagen. Wenn Sie sich dumm stellen, dann bekommen Sie schon was raus." Für gezielte Informationen werde er jedenfalls „einige Tausender springen lassen", dazu „ein paar Hundert Mark Grundvergütung im Monat".

Auch das Ermittlungsverfahren gegen den „anderen Buchladen" – immerhin wegen „Werbung für Terroristen" – sei kein Hinderungsgrund, den so Beschuldigten als Vertrauensperson für den Verfassungsschutz anzuwerben. Die Furcht des Buchhändlers, Spitzelarbeit könne ihm vor Gericht schaden, räumte Bohlen

aus: „Sie dürfen nicht vor Gericht sagen, daß Sie für uns arbeiten, aber ich verspreche, Ihnen zu helfen. Wenn wir ins Geschäft kommen, kommen Sie mit einem „blauen Auge" davon."
Thommi Herrwerth: „Das war der dickste Hammer, das war ein Versuch von direkter Erpressung. Wenn ich mich nicht darauf einlasse, kann ich mit maximal zehn Jahren Knast rechnen, wenn ich mitmache, passiert mir nichts. Von wegen Gewaltenteilung zwischen Justiz und Staatsapparat! Er hat mir direkte Hilfe vor Gericht zugesagt."

Thommi Herrwerth hatte genug. Bohlen: „Wenn Sie's nicht machen, dann suchen wir den nächsten. Wir brauchen linke Buchhändler." Als Herrwerth moralisch-politische Bedenken formulierte, wurde Bohlen wieder kumpelhaft: „Ihr Linken, ihr macht euch immer ins Hemd. Da redet ihr von Weltrevolution, und wenn ihr mal was machen sollt, dann kriegt ihr Schiß."

Gefahr für alle

Als Thommi Herrwerth einflocht, er hätte versehentlich zwei Freunden von der Geschichte erzählt, mahnte Bohlen: „Die können nicht reden, sonst können Sie morgen den Laden dichtmachen, wenn das rauskommt." Und aufmunternd: „Wir werden schon einig".

Dazu kam es nicht. Thommi Herrwerth ging an die Öffentlichkeit, um andere zu warnen: „Wenn das so weitergeht, kann ein normaler, kritisch denkender Mensch nirgends mehr hingehen; ob in der Kneipe oder im Buchladen, nirgends kann man mehr ein Gespräch führen, ohne daß der Verfassungsschutz neben einem sitzt. Die Bespitzelung setzt sich bis in die Buchläden fort. Am Schluß wollen sie noch, daß wir dem Verfassungsschutz melden, welches Buch jemand kauft. Das ist eine Gefahr – nicht nur für alle Buchhändler."

Inzwischen beschäftigen sich auch FDP-Politiker mit diesem Skandal.

(aus: „metall", 1.11.78)



betrifft: Verfassungsschutz

EIN ANWERBUNGSGESPRÄCH

HAMBURG September 1978 „Ich gehöre zu jenen Leuten, die seit längerer Zeit „politisch nichts mehr machen", wie man so schön sagt. Ob ich v o r dieser längeren Zeit ‚etwas gemacht' habe, sei dahingestellt. Wie dem auch sei, ich kenne eben eine Menge Leute aus der terroristischen Anarchosympathisantenszene. Und wie Maulwürfe oder Termiten versuchen kleine eifrige Verfassungsschutzschnüffelfahnder, dieses terroristische Szenenumfeld ‚zu durchleuchten' oder auch ‚aufzuhellen', wenn ich mich jetzt nicht täusche, erzählen sie auch ab und an von ‚dem terroristischen Sumpf, in dem diese Fische leben, das sympathisierende Sumpfwasser austrocknen'. Solchermaßen motiviert, spürte mich also an einem schnöden Herbsttag so ein grauer Maulwurf auf der Straße vor meiner Haustür auf. (Vorsicht! Diese Tierart, die so gerne unter-dem-Grund herumwühlt, tarnt sich gerne mit Jeansjacken und -hosen) kurz – ein Nagetier mit sportlichem Akzent und dem Trend zum modisch-dynamischen. Als er mich mit ‚Hallo, Frank' und



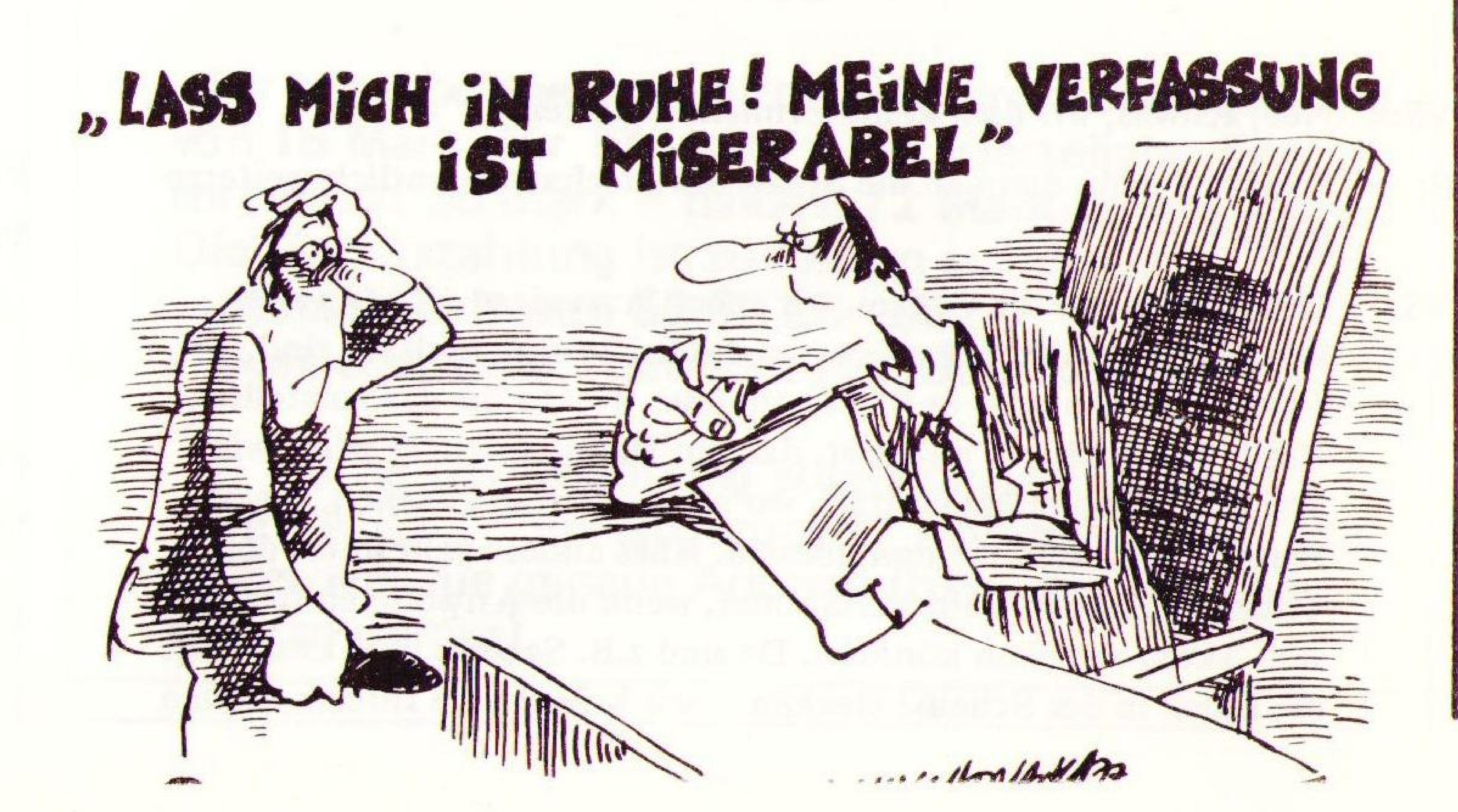
‚Wie gehts' und ‚Was macht dein Auto' und ‚Hast Du nen Moment Zeit?' ansprach, wußte meine vom Sumpf ausgetrocknete Seele zuerst gar nicht, was er wollte, als er dann aber sagte, ‚Keine Angst, ich bin kein Bulle' und ‚Ich habe Dir ein kleines Geschäft vorzuschlagen', ging allmählich das zarte Antlitz der Wahrheit über den Sümpfen von Hamburg auf. Und ich setzte mich mit dem Nagetier an einen Kneipentisch und lauschte andächtig seinen Worten. Seine erste frohe Frage ‚Hast Du eigentlich einen Job?' bereitete mir Kummer, hatte ich doch gerade einen Tag zuvor aus unerklärlichen Gründen meinen erst eine Woche alten Job bei der Post gekündigt bekommen, meine seichte Frage, ob diese Kündigung dann mit leichter Unterstützung des Verfassungsschutzes zustandegekommen sei, beantwortete er mit einem entschiedenen ‚Nein'. (Dieses ‚Nein' war übrigens ebenso entschieden vorgebracht, wie seine Äußerung ‚Ich bin kein Bulle', was ja auch in seiner ganzen Entschiedenheit stimmte, denn er war eben vom Verfassungsschutz.)

Aber egal war dieses jetzt sowieso, denn er bot mir jetzt ja Geld an: Fünfhundert Mark mindestens. Und überhaupt würde ich ja seit zwei Jahren ‚nichts mehr machen', da spricht man mich ‚natürlich mal an', man bräuchte ‚nur ein paar Infos über die neue Schwarze Hilfe' und die ‚Scene um sie herum'. Und immer, wenn er ‚Scene' sagte, zeigte er die Zähne. In Anbetracht solch eines glänzenden Angebotes, ich sollte für das Geld schließlich nichts weiter tun, als andere Leute und deren Arbeit denunzieren, machte ich mit dem Nagetier einen zweiten Termin ab und es wurde Abend über dem Sumpf. . .

Tonbandprotokoll vom zweiten Gespräch zwischen F. und dem Verfassungsschutz:

VS: Was meinst du, wolln wir zusammenarbeiten?
F: Ich bin mir noch nicht darüber im Klaren, was jetzt eigentlich passieren soll.

VS: Es läuft ganz locker an – setzen wir uns woanders hin. Du kennst doch z.B. X. Es ist ja nicht so, daß du hingehst und sagst: ich bin der Neue – 'n paar Leute kennen dich ja. Gehst da hin, redest mit ihm und sagst, du willst mal wieder was machen. Dann würde ich mich erstmal umsehen – nicht daß du sagst, hallo, ich bin das neue Mitglied der SH (*SH ist die Schwarze Hilfe, ID*) – das würde ja auffallen. Ja, und dann sagen die bestimmt zu dir: okay, du kannst auch mitmachen – mit dem Ziel, daß du dann in der SH mitmischst. Nicht so, daß du da den wilden Agenten spielst, das wäre ja Quatsch. Das ganze ist 'ne lockere Sache, wir treffen uns zweimal die Woche und labern darüber.



F: Ja, also, wie gesagt, mir ist das vollkommen unklar, was für Informationen ich bringen soll. Es ist Quatsch, daß das läuft, ohne daß da irgendwelche Namen genannt werden sollen.

VS: Ich hab dir ja schon letztesmal gesagt, auch wenn du uns keine Namen nennst, wir wissen ja sowieso, wer da mitmischt.

F: Aber ganz konkret, ich krieg doch kein Geld dafür, daß ich ab und zu mal 'n Arbeitspapier rüberreich.

VS: Es gibt doch Sachen, die intern besprochen werden, z.B. in der Wohnung, nicht im Lokal, ist ja nicht nur freundliches Gekunkel da, da wird z.B. auch besprochen, was in Hamburg laufen soll – z.B. zum 18.10. Das ist jetzt nicht die Frage, daß du mit Susanne Albrecht Kaffee trinken sollst.

F: Der Vergleich, der letztes Mal fiel: DKP – SH, der hinkt natürlich auch von vorne bis hinten.

VS: Das war ja auch nur ein ganz simples Beispiel – daß die DKP ganz anders arbeitet, ist uns ja auch klar. Es dürfte doch keine Schwierigkeit sein, daß du mal hingehst und sagst, wir dröhnen jetzt mal einen aus. Das ist ja klar, daß du unter unserem persönlichen Schutz stehst, das darfst du den Bullen aber natürlich nicht sagen, aber wir mischen da voll mit.

F: (lacht) Das klingt ja gerade so, als ob das absolut getrennt voneinander läuft.

VS: Ja glaubst du denn, daß die Bullen von uns irgendwelche Informationen kriegen? !

F: Naja, in bestimmten Fällen doch bestimmt.

VS: Ja natürlich, wenn jetzt einer sagt, ich will morgen dem Klose (Hamburger Bürgermeister) 'ne Bombe unter den Arsch legen, dann würden wir das schon sagen, das ist doch richtig.

F: Naja.

VS: An sich läuft das separat bei uns, muß man sagen.

F: Ja, ich meine, auf der einen Seite wird gesagt, daß z.B. mein Name in den Akten nie auftauchen würde. In dem Moment, wo ich eine Information gebe, die meinetwegen dazu führt, daß irgendwelche Leute festgenommen werden, dann muß doch irgendwie eine Geschichte da sein, wie es dazu gekommen ist.

VS: Das kann ich dir erklären...

F: Ich meine, heißt das dann, daß da Hinweise aus der Bevölkerung gekommen sind?

VS: Du kriegst von uns 'nen Arbeitsnamen: Robotter, Vagabund, Erwin oder was es da alles so gibt. Die ganzen Meldungen, die von dir kommen, werden unter dieser Bezeichnung laufen. Die werden als Geheimpapier hier geführt, das gilt als höchste Geheimhaltungsstufe, es gibt auch noch andere – so wird das bei uns verbraten. Da weiß weder die Steno, die das abschreibt, noch irgend'n Sachbearbeiter, wer das nun ist. Es weiß nur mein Chef und ich, wer Erwin ist. Diese Meldungen dürfen nicht verkauft werden, auch nicht vor Gericht. Angenommen da hat jetzt jemand 'n Ding gedreht, und wir würden das wissen, dann würde die Meldung gestrichen werden. Die kommt nicht an die Öffentlichkeit – das geht ja nicht, du kannst ja nicht vor'n Kadi gehn und erzählen, wir haben da'n Mann, der hat uns das erzählt.

F: Ja, aber irgendwo muß doch stehen, daß die Meldung über 'ne Kontaktperson gekommen ist.

VS: Da steht nur: Meldung kommt von Erwin und keine Sau weiß, wer Erwin ist.

F: Ja, das steht in den Akten drin, die für jeden einsehbar sind?

VS: Wie, für jeden einsehbar?

F: Zum Beispiel für die Anwälte einsehbar.

VS: Was für Akten?

F: Ermittlungsakten.

VS: Nee, achwas, wir ham keine Ermittlungsakten.

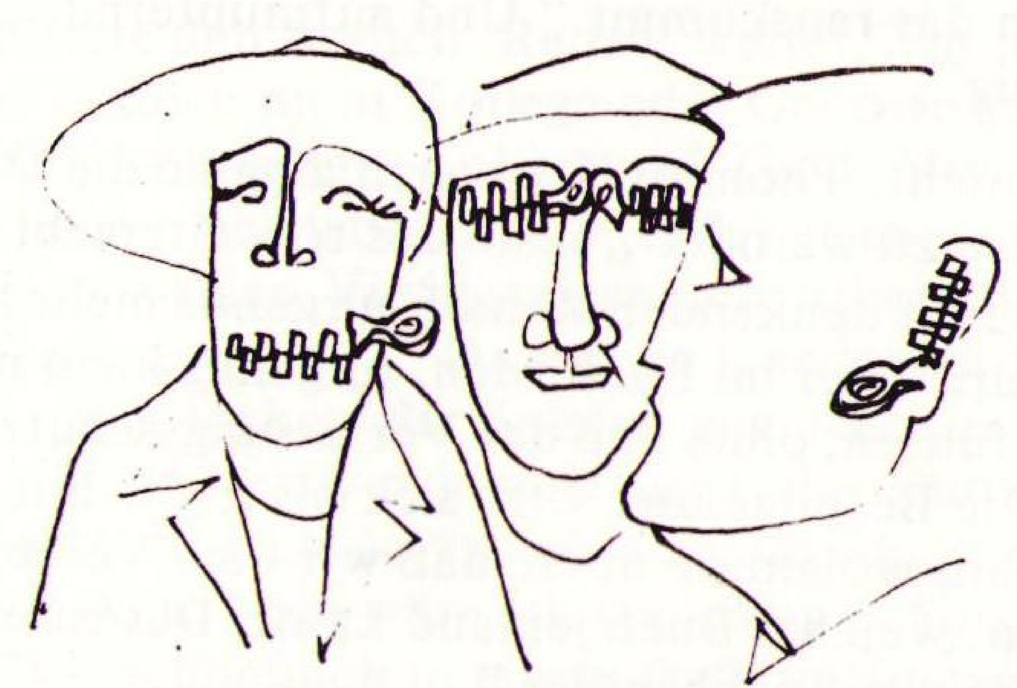
F: Was wird denn dann an die Staatsanwaltschaft eigentlich weitergegeben?

VS: Das kann ja nur die Polizei, wir geben ja sowieso nichts weiter. Wir führen nur Karteikarten, wo die Erkenntnisse drauf sind. Also keine Akten oder in Blattform oder wie du dir das vorstelltst. Wenn eine Sache so giftig ist, daß ein Mann verhaftet wird, wird von uns 'n Papier angefertigt, wo nur Sachen drinstehen, die öffentlich verbraten werden können. Alles andere fällt unter den Tisch. Das wär ja wohl 'n Hammer, wenn die Anwälte einfach unsere Akten einsehen könnten. Da sind z.B. Sachen über Leute, die ganz dick in der Scheiße stecken – wir kriegen die Informationen dann von 'nem V-Mann, dann hat er dabei manchmal mehr Chancen wegzukommen als jemand, der sich nur mal auf 'ner Demo gekloppt hat, so die Polizei ihn fotografiert hat, der kriegt eine übergezogen.

F: Also ich hab da meine Zweifel.

VS: Na hör mal, ich komm doch nicht umsonst und biete dir Kohle an. Weil diese Mitarbeiter für uns wichtiger sind, als alles andere. Alles andere... Alles andere kannst du vergessen. Deswegen wären wir doch auch beknackt, wenn wir auf so leichtsinnige Weise die Mitteilungen rausgeben und damit die Leute gefährden würden. Ich kann dir sagen, daß es den Leuten, die für uns arbeiten, gut geht: Wir machen da was mit Arbeitsamt, Studienplätzen, Wohnung und all dem Piß.

F: Aber das leuchtet mir nicht ein. Einerseits wird da gesagt, daß es da noch andere Leute gibt, die mitarbeiten, und andererseits wird gesagt, daß z.B. am Fischmarkt (Kommunikationszentrum) akuter Personalmangel herrscht. Das ist letztesmal (beim letzten Gespräch) so gekommen, deshalb bin ich ja angesprochen worden. Wenn da jetzt Leute wären, dann wär das ja kein Problem, dann wär das ja nicht die Frage, mich anzusprechen.



VS: Wenn du dir jetzt vorstellst, daß am Fischmarkt von 50 Leuten 20 für uns arbeiten – sowas ist natürlich auch nicht. Bloß wir haben in der Scene eben Leute, die da auch mal hingehen. Es gibt in Hamburg mehrere Gruppierungen, da gibts die RAF-Leute von der Bartels (Wohngemeinschaft in der Bartelsstraße), dann gibts die GSI (Gefangenenselbstinitiative), die machen ihren eigenen Mist, dann gibts jetzt, wie gesagt, die SH, im Moment läuft eigentlich nicht viel mehr. Ja also, du kannst absolut sicher sein, daß das tiptop über die Bühne geht.

F: Garantieren kann mir das natürlich keiner.

VS: Nein, ich kann dir das nur sagen, wie soll ich dir das denn garantieren, soll ich hier'n Ei schwören, oder wie.

F: Mir ist immer noch nicht klar, was für Informationen ich bringen soll.

VS: Das hab ich doch gesagt!

F: Gut, dann bring ich 'ne Information, von der mir noch immer nicht klar ist, was es für eine ist, und dann... wie oft treffe ich mich eigentlich?

VS: Einmal die Woche, zweimal oder so, je nachdem, wie aktuell das gerade ist. Dann rufst du mich an, dann treffen wir uns, natürlich nicht hier, z.B. in Poppenbüttel im Lokal. Wann ist egal, Wochenende, morgens, mittags, abends, wie es dir paßt – und dann dröhnen wir einen aus.

F: Und die Bezahlung läuft je nach Information?

VS: Da können wir uns doch einigen, also daß wir sagen, okay, machen wir im Monat erstmal fünfhundert und wenn du dann 'n paar runde Eier bringst, dann schieben wir mal 'n büschen mehr durch. Du kannst jedesmal Geld kriegen, oder wenn du nicht so viel bar haben willst, richten wir 'n Sparbuch ein, oder was du willst.

F: Hm.

VS: Alles doch kein Problem. Wir können doch darüber reden, wenn du erstmal bei uns im Geschäft bist: wenn du dir dann mal 'n neues Auto kaufen willst, dann würden wir das so auf Kreditbasis machen.

F: Wie, was krieg ich denn da für'n Kredit?

VS: Na, mal angenommen, deine Karre ist kaputtgefahren und du brauchst mal dringend tausend Stücke oder was, dann sagen wir okay und ziehn dann monatlich 50 Mark ab oder so. Na, und wenn dann jetzt einigermaßen Informationen kommen, dann

schreib ich einfach 'n Vorschlag: bißchen mehr Zaster, und dann kommt das Ding.

F: Und was passiert...

VS: Nicht so laut!!!!

F: ..wenn man sich das mal irgendwie anders überlegt?

VS: Dann mußt du eben aussteigen.

F: Naja, hm.

VS: Dann ist gar nichts. Wir sind ja hier nicht in der Ostzone .. oder DDR.

F: Ich weiß nicht, wo wir hier sind..

VS: Ich würde vorschlagen, wir treffen uns dann noch mal....

F: ..Bevor ich mich entscheide, muß ich noch mal zwei Sachen fragen..

VS: Naja, frag doch.

F: Also, wie man überhaupt auf mich gekommen ist, das muß ich doch wissen.

VS: Aber das hab ich doch schon gesagt.

F: Mir ist das ehrlich gesagt nicht ganz klargeworden. Man spricht doch nicht einfach irgendjemanden an.

VS: Paß man auf, in jedem Bereich gibt es Leute, ob das nun in der KPD ist oder ob das in der Anarcho-Scene ist. In jedem Bereich gibt es Leute, die arbeiten, deshalb kennen wir die Scenen ja auch ganz gut, sonst würden wir dich ja auch nicht kennen. Da überlegt man sich, der ist ausgestiegen, der macht also nichts mehr. Da läuft nichts mehr, ist tot, wieso eigentlich? Hat er die Schnauze voll, oder wieso oder was? Und das sind für uns so die Aufhänger zu sagen, Mensch, den fragen wir mal. Also, ich würde z.B. zu dem XXX nicht hingehen. Und jemandem, dem die Ködeln in die Hose fallen, den würd ich auch nicht fragen, also ich würd z.B. auch nicht XXXX fragen. 'N bißchen Mut muß man schon haben. Das sind die Kriterien gewesen, warum man dich angesprochen hat. Aber du hattest doch zwei Punkte, die du fragen wolltest?

F: Das zweite ist, daß mir immer noch nicht klarer ist, welche Informationen ich bringen soll, was also diese sogenannten dicken runden (gemeint sind die runden Eier) sind.

VS: Also, ich will das mal sagen, wir haben mal Leute, die inzwischen schon wieder abgesägt sind, die sind dahingegangen zum Lokal und haben sich die Autonummern aufgeschrieben, was absolut Scheiße war. Dann haben sie gesagt: die warn da alle drin, sie haben aber keine Namen gekannt. Da haben wir gesagt, naja, okay, aber daß das für uns nicht interessant ist.

F: Naja, das kann jeder Streifenwagen machen.

VS: Und wenn du da hingehst, du weißt ungefähr, was da für Leute drin sind, wer da rumsitzt, vielleicht kommen auch mal 'n paar neue Leute dazu, die aus Köln oder sonstwoher kommen, aber das wissen wir alles schon. Wir wollen, daß du uns erzählst: ich hab mich gestern mit den und den Leuten getroffen, und dabei ist das und das beredet worden, zack. Das heißt ja noch lange nicht, daß wir den nächsten Tag da hinkommen und sagen: Bäh, jetzt ham wir was, jetzt greifen wir dich -- das ist ja nicht unser Bier. Wir sind ja immer froh, wenn die Leute in Ruhe gelassen werden, wenn die Bullen uns nicht dazwischenkommen.

F: Ja, also wie gesagt, ich hab mir das jetzt hin und her, vor und zurück überlegt...

VS: Also, ich würde sagen, ich geb dir jetzt erstmal 'n Vorschuß..

F: Nee also...

VS: Ach, stell dich nicht so beschissen an (lacht), damit du im Lokal überhaupt erstmal 'ne Cola trinken kannst. Ich kann mir ja vorstellen, wie das ist, wenn man keine Kohle in der Tasche hat.

F: (lacht) Naja..

VS: Und dann unterschreibst du mir 'ne Quittung, sonst kann ich ja tausend Leute hier führen und hab 'nen schönen Nebenverdienst. Dann ritzen wir uns mit dem Messer hier drei Kreuze in den Arm und spritzen unser Blut auf die Quittung.

F: Ja also, bevor ich irgendwelche Quittungen unterschreibe... das ist nicht so einfach...

VS: Paß auf, wir machen auf die Quittung drei Kreuze. Du mußt meine Lage mal verstehen. Ich könnte meinem Chef ja sonstwas sagen, ich hab gestern zwei Leute – Mitarbeiter – getroffen, denen hab ich hundert Mark gegeben.... und in Wirklichkeit hab ich das Geld auf'm Kiez versoffen. Das geht ja auch nicht. Das soll ja kein Vertrag werden. Wenn du der Meinung bist, dir stinkt das, dann steigst du eben wieder aus. Wenn du jetzt eben vorher zwei Monate Geld bekommen hast, dann haben wir eben Pech gehabt, natürlich, wenn du gar nichts bringst, werden wir auch von uns aus sagen: Nee, läuft nicht mehr. Aber auf der anderen Seite ist das gut ausbaufähig, man könnte schon zurechtkommen, es ist ja nicht so, daß du von morgens bis abends Plakate kleben mußt.

F: Das kommt ja auch noch dazu, der Zeitaufwand! – Ich muß mir das nochmal überlegen. Machen wir das so, wir machen für morgen 'n Treffpunkt, und wenn ich mich dafür entscheide, komm ich, wenn ich nicht komm, will ich nicht.

VS: Ist gut. Ich geb dir jetzt die hundert Mark.

F: Von mir aus, wenn ich die nicht quittieren muß....

VS: Die Quittung mußt du mir geben.

F: Muß ich das unterschreiben?

VS: Du kannst auch drei Kreuze draufmachen.

F: Gut, dann mach ich drei Kreuze drauf. Wo soll ich sie denn hinmachen?

VS: Da unten!

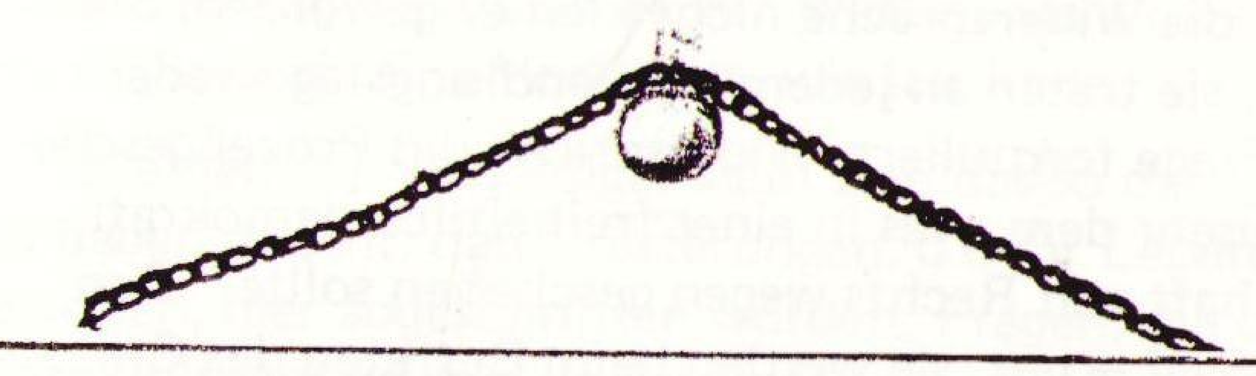
Ende

„Sicher is, daß nix sicher is, drum bin i vorsichtshalber mißtrauisch"

Dieses launige Zitat haben wir nebst der Zeichnung der Zeitschrift „Bereitschaftspolizei heute" entnommen.



Karl Valentin



Der wöchentlich erscheinende ID ist zu abonnieren beim

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90

Postadresse :

postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von 18 Mark für 12 Hefte = ein Vierteljahr. Entsprechend 36 Mark = halbes, 72 Mark ganzes Jahr. Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
postscheckkonto 52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)

bitte bei bestellung stichwörter angeben : "NEUABO", "Verlängerung", Adresswechsel" etc. ausserdem die genaue Adresse (bzw. die Abonnementsnummer)

BETR.: GORLEBEN PAPIERE

Letzte Woche sind Kopien von Unterlagen der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen veröffentlicht worden (Siehe FR vom 25.11.78, Neueste Ausgabe vom Göttinger Atomexpress, Pflasterstrand Nr. 43 u.a.). Aus diesen Papieren geht hervor, daß die Probebohrungen für die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage und die Endlagerung von radioaktiven Müll am 2.1.79 beginnen sollen. Weil andere Zeitungen schon ziemlich ausführlich berichtet haben und weil in dieser Nummer wieder viel zu wenig Platz ist, drucken wir diese Papiere erstmal nicht ab. Uns würde nur ziemlich brennend interessieren, wie denn die "Bewegung" in Gorleben und anderswo nun tatsächlich auf den Bohrbeginn reagieren wird. Vielleicht schreiben einige etwas für die nächste Nummer? Die Red.

BILANZ DER GROHNDE-PROZESSE

FRANKFURT 23. November *Der Ermittlungsausschuß Hannover bittet uns mit folgender Begründung diesen langen Bericht abzudrucken:*

Wir schicken das Manuskript einer Sendung des NDR mit, in der eine Bilanz der Grohnde-Prozesse gezogen wird, wie wir sie eigentlich voll unterschreiben können. Wir meinen, daß man diesen Text unbedingt weiter verbreiten sollte, besonders, um über den engeren Kreis der Anti-AKW-Bewegung hinaus Leute zu erreichen und zu aktivieren, die dem Text des NDR vielleicht mit weniger Vorbehalten begegnen als einem Text irgendeines Ermittlungsausschusses. Außerdem sollte es uns anspornen, auch mal wieder 'ne Öffentlichkeitsarbeit zu den Prozessen zu machen, wenn schon der NDR öffentlich daran zweifelt, ob die Grohnde-Prozesse mit dem Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit zu vereinbaren sind. Der Text kann auch in Zeitungen o. ä. veröffentlicht werden, das Einverständnis des Autors dazu haben wir.

Norddeutscher Rundfunk, Umschau am Abend, 25.10. (Hans-Jürgen Frommhagen)

BILANZ DER GROHNDE-PROZESSE

Im 10. Monat der Grohnde-Prozesse vor dem Landgericht Hannover sind die Widersprüche nicht kleiner geworden. Sie sind geblieben, sie treten an jedem Verhandlungstag wieder auf. Oder als Frage formuliert: Widerspricht das Prozeßgeschehen nicht allzusehr dem, was in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft von Rechts wegen geschehen sollte? Den Besuchern im Saal – gut, sie werden beim Betreten des Gerichtsgebäudes nicht mehr abgetastet, müssen ihren Personalausweis nicht mehr abliefern, es genügt der Behörde, daß sie ihn vorzeigen – den Besuchern, mal 20, mal 30 Atomkraftgegner, muß sich fast zwanghaft immer wieder der Satz des Ministerpräsidenten Ernst Albrecht aufdrängen, er hoffe, die Gesetze reichten aus, „diese Verbrecher zu bestrafen". So Albrecht vor Prozeßbeginn.

Ich glaube nicht, das sich die vier beteiligten Großen Strafkammern an dieser Vorveruteilungs-Devise orientiert haben. Aber das Schlimme ist: Sie erwecken den Anschein als ob. Denn hier wurden und werden die Angeklagten nicht ernst genommen. Und das, meine ich, kommt einer Vorweg-Verurteilung sehr nahe. Der jeweilige Angeklagte wurde und wird nicht als politischer Mensch ernstgenommen, sondern von vornherein verkürzt, verstümmelt zu einem, der – beispielsweise – einen Polizisten mit einem Knüppel geschlagen haben soll.

Daß so etwas, ganz allgemein, passiert ist in Grohnde am 19. März 77, daß es gewalttätige Auseinandersetzungen gegeben hat, das weiß jeder, bestreitet niemand. Wichtig und zentral ist dabei aber die Frage, warum sich Grohnde ereignete. Es müßte also zu Sprache kommen, daß die Atomkraftgegner in den AKW's, den Atomkraftwerken, eine Bedrohung für unser Leben sehen, eine tödliche Gefahr; daß auch tausende von Wissenschaftlern in aller Welt darin übereinstimmen, daß die Risiken der Atomenergie nicht kalkulierbar sind. Es müßte zur Sprache kommen, daß trotz solcher Argumente und massenhafter Proteste Atomindustrie und Regierungen darangehen, ihr Atomprogramm durchzusetzen. Und: daß Hunderttausende eben darin eine lebensgefährliche Politik sehen, die sie auf die Barrikaden treibt. Siehe Grohnde. Selbst einer der Grohnde-Richter hat ausdrücklich festgestellt: „Die AKW-Problematik ist nicht gelöst und nicht einmal einer Lösung nahe." Hätte bei dieser Ausgangslage nicht erst einmal die AKW-Problematik diskutiert und erörtert werden müssen? Könnte am Ende einer solchen Diskussion nicht das Ergebnis stehen, daß die Atomkraftgegner im Recht sind? Daß ihr Widerstand legitim ist, daß ihre Gewalttätigkeiten die von ihnen beschworene Gegengewalt sind – da die Gewalt von denen ausgeht, die Atomkraftwerke bauen und betreiben? Also: daß das Befürworten von Atomkraft kriminell ist? Mag sein, daß Landgerichts-Kammern mit einer solchen Diskussion überfordert wären, daß sie nicht das notwendige große Atom-Forum bilden können – nur: hätten sie dann diese Prozesse überhaupt eröffnen dürfen? Sie aber eröffneten die Verfahren und gingen auf die Atomprogramm-Problematik nicht ein. So ließen sie die entscheidenden, das Handeln der Demonstranten bestimmenden und erklärenden Fakten und Zusammenhänge außer acht. Für sie gehörte das nicht „zur Sache". Dabei ist genau das der „Kern der Sache", sagen die Atomkraftgegner. In zahlreichen eindrucksvollen – eindrucksvoll, was die Informiertheit und das Engagement betrifft – in eindringlichen und aufrüttelnden Erklärungen (die zum Teil gedruckt vorliegen) haben Angeklagte und Verteidiger darauf hingewiesen.

Aber: für den ehemaligen Innenminister Rötger Groß waren sie, die Demonstranten, gleichwohl nur „Personen, die auszogen, Straftaten zu begehen". Genauso sind sie der breiten Öffentlichkeit meistens auch von den Massenmedien vermittelt worden. Auf diesem Hintergrund hatten es die Strafkammern leicht, sich taub zu stellen. Auch wenn es zwischen den Kammern sonst einige Abstufungen gibt: Das für die Angeklagten Wesentliche kam nicht auf den Tisch. Anders gesagt: Die Richter gingen daran, über vermutete Handlungen von Menschen zu urteilen, ohne diese Menschen ernsthaft kennenlernen zu wollen. Mir scheint das ein so grundlegender Widerspruch zu sein, daß ein Hauptvorwurf der Atomkraftgegner sich daraus von ganz allein ergibt: der Vorwurf, dies seien politische Prozesse. Politisch in dem Sinn (kein Prozeß ist schließlich unpolitisch), daß hier zugunsten einer bestimmten Politik (der Atompolitik, der Politik der Profitinteressen) auf eine notwendige Erörterung des „Kerns der Sache" verzichtet wurde. Für die Atomkraftgegner ist damit klar: sie sollen kriminalisiert werden, sie sollen abgeschreckt werden davon, in Gorleben und anderswo weiter Widerstand zu leisten, vor allem in Gorleben, wo ja Ex-Minister Groß laut Prozeß-Aussage die „Entscheidungsschlacht" heraufziehen sieht.

Was tut das Gericht nun, da es das, was es leisten müßte, nicht leistet? Es versucht, den Angeklagten bestimmte Handlungen nachzuweisen, das heißt: Gewaltanwendung gegen Polizeibeamte.

Dabei war eines – dies zur Erinnerung – von vornherein höchst fragwürdig: es wurden willkürlich elf Demonstranten herausgegriffen aus einer Zahl von mindestens 20.000. Hätten da nicht Tausende angeklagt werden müssen?

Neun Verfahren vor dem Landgericht sind inzwischen abgeschlossen. Der konkrete, absolut stichhaltige Nachweis einer strafbaren Handlung scheint mir in keinem Fall gelungen zu sein. Trotzdem wurden Gefängnisstrafen verhängt. Wo auch der letzte Anschein einer rechtmäßigen Anklage verflog, gab es Freisprüche.

Die Widersprüche in der von den Kammern gewählten Verfahrenspraxis liegen klar zutage. Ein besonders wunder Punkt: die Würdigung der Zeugen. Den Polizeizeugen wurde beinahe alles geglaubt, ganz anders erging es den Zeugen der Verteidigung. Ein Verteidiger hat dazu festgestellt: „Polizeizeugen sagen die Wahrheit, entweder weil sie widerspruchslose Aussagen machen, oder aber gerade, weil sie (ihre Aussagen) voller Widersprüche sind. Im ersten Fall wird der behauptete Schuldvorwurf durch unabhängig voneinander gemachte Beobachtungen bestätigt, (so heißt es), im zweiten Fall ist belegt, daß eben keine Absprachen stattfanden und (die Aussagen) daher besonders glaubwürdig sind. Aussagen von Zeugen der Verteidigung sind von vornherein unglaubwürdig, da parteilich, oder widersprüchlich, da nicht abgestimmt oder sie werden schlicht ignoriert."

Solcherart Zeugenaussagen-Interpretation in Schwarz-Weiß-Manier läßt sich nachweisen. In Hannover und auch in Hameln. In Hameln wurde eine junge Frau verurteilt (ohne Bewährung), obwohl die beiden Polizisten, gegen deren Schienbeine sie getreten haben soll, absolut unauffindbar geblieben sind. Die junge Frau wurde verurteilt, weil ein dritter Polizist eine entsprechende Aussage beschwor. Für das Gericht war es daraufhin unvorstellbar, „daß ein Kriminalbeamter nicht die Wahrheit sagt".

Oder in Hannover: Ein Polizist, einziger Tatzeuge, hatte nur „schattenhaft eine menschliche Gestalt" wahrgenommen. Das reichte zur Identifizierung: „Der, den ich verhaftet habe, der hat mich auch niedergeschlagen." So die Formel des Beamten. Ergebnis: Elf Monate ohne Bewährung. Das als Beispiel.

In Urteilsbegründungen spielt denn auch weniger die angebliche Straftat als vielmehr die unveränderte Gesinnung des Atomkraftgegners eine Rolle. Nur: muß eine Gesinnung für ein Urteil nicht folgenlos bleiben, solange eine Straftat gar nicht oder nur unzureichend nachgewiesen werden kann? Sind da nicht doch Gesinnungsurteile gefällt worden, wie die Atomkraftgegner sagen?

Soviel Widersprüchliches, soviel Willkürliches. Das gilt auch, meine ich, für die inzwischen von der Bezirksregierung Hannover erhobenen Schadensersatzforderungen von über 230.000 Mark an insgesamt 18 Grohnde-Demonstranten. Schadensersatz für Krankheitskosten und beschädigtes Polizeimaterial wird da verlangt, von jedem einzelnen also knapp 13.000 Mark. Ich möchte hier nur auf den einen Widerspruch hinweisen: Unter den 18, die bis zum 20. Oktober zahlen sollten, es nicht taten und nun zivilrechtliche Verfahren zu erwarten haben, sind auch die beiden in den Grohnde-Prozessen Freigesprochenen. Es sind andere darunter, gegen die ausdrücklich eine Anklage fallengelassen wurde, und es sind die in den Grohnde-Verfahren Verurteilten darunter. Also: es sind willkürlich 18 herausgegriffen worden, die stellvertretend für Tausende zahlen sollen. Das mag ja formaljuristisch seine Ordnung haben — aber was heißt da noch „Demonstrationsrecht"? Muß bei künftigen Demonstrationen nicht jeder damit rechnen, festgenommen und zur Kasse gebeten zu werden?

Eins scheint mir klar zu sein: auch eine nur skizzenhafte Analyse der Grohnde-Verfahren türmt viele Zweifel an der Justiz auf. Leider ist das außerhalb der Anti-Atom-Bewegung wenig bekannt.

Die Landgerichtskammern indes hatten und haben Angeklagte und Zuschauer vor sich, die ihre Zweifel deutlich äußern, die mitreden, die dazwischenrufen. Das ist nicht das gewohnt höfliche Publikum, das die Würde des Gerichts respektiert. Sicher, das irritiert die Richter. Aber ist denn die „Würde des Gerichts" nicht etwas, das immer wieder erworben werden muß und nicht etwa in der schwarzen Robe eingenäht ist? Und wie hat sich das Gericht dann verhalten? Nehmen wir das schon klassische Beispiel: Als ein Angeklagter den Ministerpräsidenten „den Albrecht" nennt, erhält er prompt 300 Mark Ordnungsstrafe. Als Albrecht hingegen über den noch nicht verurteilten, also als unschuldig geltenden Angeklagten sagt, die Formulierung „Terroristen von Grohnde..., die unter dem Deckmantel der Atomgegnerschaft ausschließlich kriminelle Akte durchführen wollen... (treffe) wahrscheinlich auch auf ihn zu", da erhält Dr. Albrecht keine Ordnungsstrafe. Der Vorsitzende Richter reagiert auf einen entsprechenden Antrag der Verteidigung gereizt: „Wollen Sie dieses Theater ernsthaft aufrechterhalten? "

Oder vorvorige Woche in einem der beiden letzten Verfahren, da teilt der Richter dem Verteidiger in aller Schärfe mit:

„Sie brauchen den Antrag nicht weiter zu begründen, ich lehne ihn sowieso ab!" Da gibt es dann heftige Wortgefechte zwischen Richterbank und Zuschauerreihen, wobei sich zeigt, daß der Richter den Namen des einen oder anderen Zuschauers genau kennt. Nicht zu vergessen, Staatsanwalt Borchers, für den von vornherein alles klar zu sein scheint, und der immer mal wieder Zeugen äußerst herablassend behandelt. „Also passen Sie auf: nur sagen, was Sie gesehen haben", fährt er vorige Woche eine junge Frau an, die Verlobte des Angeklagten. Dann will er wissen, wie sich das denn darstelle, ob da jetzt etwas mehr „Stetigkeit" sei bei ihrem Verlobten, er habe ja eine erhebliche „Labilität", ob sich das denn wohl ändern werde.

Oder noch ein Beispiel zum Thema Polizeizeugen. Da wird in der vorigen Woche ein Zeuge präsentiert, der will aus dem Hubschrauber, aus 80 Meter Höhe Einzelheiten gesehen haben. Plastiktüten mit Steinen etwa. Die Verteidigung beantragt Augenscheinnahme. Lokaltermin in der Luft. Staatsanwalt Borchers berichtet daraufhin von romanischen Kirchen, von deren Türmen herab man auch ganz gut erkennen könne, was unten vorgehe. Meint der Verteidiger sinngemäß, es handele sich dabei vielleicht eher um gotische Kirchen und außerdem wohl nicht um fliegende Objekte.

Es kann hier verständlicherweise nur einiges herausgegriffen werden, im übrigen kann nur auf Veröffentlichungen der Bürgerinitiativen verwiesen werden. — Da wäre als Beispiel die Prozeßerklärung von Wolfgang G. Das ist ein außerordentlich ehrlicher und offener Bericht über einen, von einem, der Zusammenhänge erkennt, der in Widersprüche verwickelt ist und sich dazu auch bekennt, der Angst hat und der dennoch nicht hinnehmen will, daß unter Profitinteressen Menschen kaputtgehen. Also ich halte diesen Bericht des Angeklagten Wolfgang G. für ein Dokument, das große Verbreitung verdiente.

Zusammengefaßt sind da von Widersprüchen belastete Verfahren, unglaubwürdige Verfahren, wie ich finde.

Für einen der Verteidiger stellt sich das so dar: „Die Angeklagten haben gelernt, daß Erörterungen, die ihr Leben, ihr Wollen betreffen, hier abgeschnitten wurden, Fragen, die unmittelbar prozeßrelevant wären, da sie die Gründe für ihren Widerstand gegen AKW's bedingen. Fragen, die abgeschnitten wurden, weil hier der Wunsch nach Menschlichkeit, nach freien und intensiven Beziehungen zwischen Menschen, der Wunsch, nicht durch Chemikalien oder Strahlen getötet, verkrüppelt oder sonstwie vergiftet zu werden, nicht unter das „Restrisiko" zu fallen, das der Idiotie der Wachstums- und Profitgesellschaft immanent ist, weil hier diese Fragen nicht zur Verhandlung stehen, sondern ausschließlich die Subsumption (die Unterordnung) eines behaupteten Verhaltens unter 100 Jahre alte Strafgesetze: von Herrschenden für Beherrschte gemacht, von Bürokraten vollstreckt, nicht gemacht für eine freie Gesellschaft."

Es ist in diesen Prozessen an den Richtertischen offenbar nicht gesehen worden, daß Gesellschaft etwas ist, das sich entwickelt, daß Gleiches auch für das Recht gilt — und daß ein solcher Prozeß eben die durch Atomenergie aufgeworfenen Fragen einer lebensbedrohenden Entwicklung aufgreifen, zum Thema machen müßte.

Stattdessen: Das Bemühen, abzuurteilen.

Bei den Recherchen fiel mir wieder die Sentenz des Göttinger Schriftstellers Wolfgang Bittner ein: „In dubio pro reo: Im Zwei-

fel für den Angeklagten – soweit das Gericht nicht von seiner Schuld überzeugt ist." Ich erinnerte mich daran, wie der alte Gewerkschaftler und Sozialist Willi Bleicher kürzlich in einem Interview bestimmte Erfahrungen mit dem Satz zusammenfaßte: Rechtsfragen sind Machtfragen; sich dabei auf Lasalle berufend. Und in der Zeitschrift „Der Ziegelbrenner" von 1920 steht der Satz von Ret Marut, später bekannt als B. Traven: „Das menschliche Elend, der Niedergang des Menschsein, das ist es, das einen traurig macht oder anfüllt mit rasender Empörung."

Nachtrag:

Karl Winter ist zu 13 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden, während Wolfgang Giessler freigesprochen wurde.

VERFAHREN WEGEN FALSCHAUSSAGE GEGEN ZEUGEN AUS DEN GROHNDE-PROZESSEN

FRANKFURT 23. November – Staatsanwalt Borchers reicht das, was er mit den Prozessen bisher an Einschüchterung und neuem Rechtsverständnis geschaffen hat, wohl noch nicht aus. Er schlägt jetzt noch einmal voll zu, um für kommende Prozesse die Peinlichkeit als falsch entlarvter Polizeiaussagen zu vermeiden: Bisher sind uns 8 (acht!) Ermittlungsverfahren bekannt, die gegen Zeugen der Verteidigung aus den Grohnde-Prozessen wegen Falschaussage und Meineid geführt werden:

- bereits seit dem Frühjahr gegen 3 Entlastungszeugen aus Lindas Prozess,
- ebenfalls seit dem Frühjahr gegen Frau D. aus Hameln, die in drei Prozessen einen von ihr gedrehten Film gezeigt und – auf dem Film sind keine Steinwürfe zu sehen – auch mündlich gesagt hat, sie habe bei der Räumung keine Steinwürfe gesehen.
- gegen den Redakteur, der den beiliegenden Beitrag des NDR verfaßt hat, und der im Andreas-Prozeß als Zeuge für die Vorfälle an der Kirchohsen-Sperre aufgetreten war,
- gegen Petja aus Hannover, Kurt Sommer und Rüdiger Jörß.

Die letzten vier scheinen der Beginn einer neuen Welle zu sein, von der uns wahrscheinlich noch nicht alle Namen bekannt sind. Wenn ihr von weiteren Verfahren wißt, gebt uns bitte Bescheid.

Ermittelt wird wegen Meineid (Mindeststrafe: 1 Jahr Gefängnis) bzw. wegen uneidlicher Falschaussage. Begründet wird der Verdacht der Falschaussage jeweils mit anderslautenden Polizeiaussagen bzw. mit Feststellungen des Gerichts in der Urteilsbegründung, also so: Ein Polizist sagt, es sind Steine geflogen; ein Demonstrant sagt, er hat keine Steine fliegen sehen; das Gericht „kommt zu der Überzeugung", daß massenweise Steine geflogen sind – also hat der Demonstrant eine falsche Aussage gemacht!

Ziel solcher Verfahren ist ganz offensichtlich, die Beweisaufnahme in politischen Prozessen „gleichzuschalten": Wer als Zeuge der Verteidigung nicht das gleiche aussagt wie die Polizei, bekommt ein Meineids-Verfahren an den Hals. Wer wird da noch aussagen wollen? ? ?

DAS HÄLTSTE DOCH IM KOPP NICH AUS !

Ein Tatsachenbericht aus dem bundesdeutschen Polizeialltag

HANNOVER 15. November – Am 20.3.1977 demonstrierten in Hannover vor dem Polizeipräsidium 300 AKW-Gegner für die Freilassung von vier dort noch festgehaltenen Grohnde-Demonstranten. Sprechchöre, Lieder, Verhandlungen mit der Polizei – dann ein Polizeieinsatz, der an Brutalität dem vom Vortag in Grohnde in nichts nachsteht. Acht Verhaftungen, die Ermittlungsverfahren werden später eingestellt.

Zunächst Erstaunen und dann Empörung löst bei den Demonstranten die Zeitungsberichterstattung am nächsten Tag aus: „D u r c h diesen Einsatz erlitten zwei hannoversche Polizeibeamte schwere Verletzungen". Das kann doch nicht wahr sein!? Doch: „Sie verunglückten mit ihrem Funkstreifenwagen in der Nähe vom Steuerndieb, wo sie gegen einen Baum schleuderten."(NHP vom 21.3.77) Der „Steuerndieb" liegt 3,5 Kilometer vom Kundgebungsort entfernt! Die beiden, über Funk zum Polizeipräsidium gerufen, wo die Demonstranten friedlich in der Frühlingssonne auf der Straße saßen, hatten es nicht erwarten können, zu der Knüppelei zu kommen, waren durch eine nur für Fußgänger zugelassene Straße im Stadtpark Eilenriede gerast und dabei gegen einen Baum gebrettert!

Mit der Sauerei, einen solchen Zusammenhang herzustellen,lag aber die NHP gar nicht so falsch: Drei der damals verhafteten Demonstranten erhielten jetzt, 20 Monate später, eine Klageschrift zugestellt, in der sie vom Beifahrer des verunglückten Funkstreifenwagens, dem Polizisten Pydd, auf Schmerzensgeld und Zahlung der Heilbehandlungskosten verklagt werden!

Begründung: Die drei seien als 'Rädelsführer' der Menge festgenommen worden, die „das Gefängnis stürmen wollte", um ihre „Gesinnungsgenossen" „gewaltsam, also rechtswidrig zu befreien". Der Unfall mit dem Funkstreifenwagen sei „zweifelsfrei" auf das Handeln u.a. der Beklagten zurückzuführen. Sie hätten schuldhaft gehandelt, „weil sie wußten, daß die gewaltsame Befreiung von Gefangenen verboten ist." Außerdem hätten sie den „Kausalverlauf" auch übersehen können, weil sie mit der Hinzuziehung weiterer Polizeikräfte rechnen mußten!

Aber damit ist die Geschichte nicht zu Ende: Pydd - das ist ja durchaus ein auffälliger Name. Und richtig: Als Anfang dieses Jahres Rechtsanwalt Müller im Prozeß gegen Andreas Hanke die Personalien des Polizisten feststellen ließ, der bei einer Saalräumung einen Zuschauer in den Arsch getreten hatte, da hieß dieser Typ - - - Pydd! Und erst nach diesem Vorfall, Ende März 78, also ein Jahr nach dem Unfall, wurde die Klageschrift erstellt, die erst weitere sieben Monate später den Beklagten zugestellt wurde.

Die Rache eines kleinen Polizisten – oder hat da nicht doch Staatsanwalt Borchers seine fürsorgende Hand im Spiel gehabt ? ?

Die Verhandlung findet am 7.12. vor dem Amtsgericht Hannover statt.

HANS MATTHÖFER IM REICHSTAG ODER WO HAT DER HERR BUNDESFINANZMINISTER NUR DAS TRETEN GELERNT?

BERLIN 22. November – *Über die Störung einer "Podiumsdiskussion" über Gorleben mit Matthöfer folgender Bericht:*

"Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte im Reichstag zur Podiumsdiskussion mit Herrn Matthöfer, Herrn Glotz, Carl Amery, einem Gewerkschaftsvertreter, einem ewigen Studenten (ca. 35 Jahre alt) und Herrn Böllkow, einem Unternehmer, geladen. Neben den ca. 160 im Anzug und Abendkleid erschienenen Gästen, hatten auch ca.50 - 80 Atomkraftgegner(innen) von der Sache erfahren und waren gekommen. Kaum war mit dem 60 endlose Minuten dauernden Vortrag von Herrn Matthöfer begonnen, wurde hinter dem Podium ein Transparent entrollt. Nachdem alle genug Zeit hatten, sich die Parole durchzulesen – "Gorleben ist TOTSICHER – auch für Berlin" wurde es umgedreht und die Geladenen mit unserem Anliegen – "Weg mit dem Atomprogramm" vertraut gemacht.

Herr Matthöfer bemühte sich in seinem Redebeitrag klarzumachen, daß die Forderungen nach mehr Alternativtechnologie und keinen AKW's im Moment noch nicht so recht zu erfüllen sei, und der Unmut unter den AKW-Gegnern war nicht zu überhören. Zwischenrufe gab's jede Menge, Papierschlangen flogen, Konfetti regnete und Karnevalströten untermalten ab und zu das Inhaltslose. In der anschließenden Diskussion, die Herr Glotz leitete, indem er Beiträge zuließ, wie's ihm paßte, wurde klar, daß wir uns besser auf diese Art von Veranstaltungen vorbereiten müssen. So richtig es war, ein wenig Karneval zu feiern, so richtig wäre es gewesen, unsere Argumente etwas klarer in der Öffentlichkeit zu formulieren. Spaß muß sein, aber wir sollten nicht vergessen, daß wir die besseren Argumente haben. Und wenn wir die dort in verständlicher Form angebracht hätten — vielleicht ein wenig mit Ironie und Schlagfertigkeit gewürzt — wären die Lacher auf unserer Seite gewesen. Sicher hätte das bei den meisten Anwesenden nicht gleich die Atomgegnerschaft gebracht, aber Herr Matthöfer und Seinesgleichen wär bestimmt nicht so gut gelaunt nach Hause gegangen, also 'steter Tropfen höhlt den Stein'.

Neben unseren besseren Argumenten, hätten wir durch 'ne geschlossene direkte Aktion unsere Betroffenheit zum Ausdruck bringen können und auch Betroffenheit im Saal erzeugen können. Als daran erinnert wurde, daß genau vor einem Jahr der Atomkraftgegner Hartmut Gründler sich aus Protest gegen das Atomprogramm selbst verbrannte und zu einer Schweigeminute aufgefordert wurde, hätten wir durch einfaches schweigendes Aufstehen die Anwesenden betroffen gemacht. Glotzens zynisches Darüberhinweggehen wäre sicher allen übel aufgestossen.

Als allerdings zum Schluß einige Leute die Podiumsmacker mit viel Konfetti und Luftschlangen eindeckten, fühlten sich diese Herren derart angegriffen, daß sie um sich boxten und traten — allen voran Matthöfer —.

Zu den Auseinandersetzungen mit Matthöfer schreibt Der Abend am 23.11.78:

Nach mehr als zwei Stunden zogen die Atomkraftgegner aus dem Saal. Zwei der Ausgänge waren von Zuhörern blockiert, so daß nur die dritte Tür blieb, und die lag hinter dem Podium. Beim Vorbeimarsch kam es zu dem Handgemenge mit Matthöfer und Glotz. Nachdem die "Spontis" dann noch einige Zeit vor dem Saal gestanden und das aufgebaute kalte Buffet abgeräumt hatten, verließen sie nach mehrmaliger Aufforderung den Reichstag. Zu einem größeren Polizei-Einsatz kam es nicht.

ZUR ALTERNATIVEN LISTE BERLIN

Berlin Oktober 78

Am 24. Juli 78 fand in der Westberliner Technischen Universität eine Versammlung von etwa 1000 Leuten statt, auf der das Projekt einer Alternativen Liste Berlin diskutiert wurde. Da sich fast alle Anwesenden für eine Wahlbeteiligung entschieden, wurde ein provisorischer Wahlausschuß aus Vertretern verschiedener Bereichsgruppen und einigen gewählten Einzelpersonen gebildet, der die Gründungserklärung, den Vorschlag für ein Strukturmodell, die Vorbereitung für die Gründungsversammlung und die damit im Zusammenhang stehende Öffentlichkeitsarbeit in Angriff nehmen sollte. Diese Versammlung faßte den bemerkenswerten Beschluß: "Die Wählerinitiative wird aus Bürger- und Basisbereichen sowei Einzelpersonen gebildet. Wer für Umweltschutz und Demokratie eintritt, kann mitarbeiten — unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu einer Organisation oder Weltanschauung. Organisationen oder Gruppen sind nicht an dieser Initiative beteiligt." Daran hat sich nichts geändert. Doch wie sieht die Praxis aus ?

Der Provisorische Wahlausschuß und die Bereiche Kinder, Schule, Jugend, Kultur, Uni, Ausländer, Mieten, Repression, Schwule, Gesundheit, Anti-AKW, Frauen, Energie und Öffentlichkeitsarbeit nahmen ihre Arbeit auf, die aber bisher wenig effektiv war, weil maximal nur bis zu 150 Personen aktiv und kontinuierlich mitarbeiteten. Es gab Kontaktgespräche mit der Grünen Aktion Zukunft (GAZ), die sich unabhängig von der Alternativen Liste Berlin (ALB) konstituieren wird, einen Spendenaufruf mit wenig Resonanz — knapp 2000 DM kamen zusammen! — einige Presseerklärungen und monatelange kontroverse Diskussionen über diverse Entwürfe für die Gründungserklärung und das Strukturpapier. So hatte dieser Ausschuß sich längere Zeit mit 22(!) Alternativentwürfen zu befassen, die aus den Bereichen kamen, wo offenbar chaotisch diskutiert wurde. Ein konkreter Arbeitsstil war nicht zu erkennen. Es kam beispielsweise nicht gerade selten vor, daß die etwa 30 Delegierten im Wahlausschuß über den Text einer Presseerklärung oder irgendeinen anderen Punkt fast die Hälfte der Sitzungszeit berieten, um dann andere wichtige Punkte nicht mehr zu behandeln.

Inhaltliche Diskussionen wurden selbst an wichtigen Punkten abgeblockt, d.h., an das Ende der Tagesordnung verbannt, wo sie dann nicht mehr diskutiert wurden. Dies geschah im Interesse einer sehr "breiten Aktionseinheit von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten" (KPD) unter Einschluß selbst diametral entgegengesetzter Positionen. So gibt es wohl grundsätzliche Übereinstimmungen bei den Forderungen nach einer Humanisierung der Arbeitswelt, Verbesserung der Ausbildungs- und Schulsituation, Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, mehr Lebensqualität im Wohnbereich, Ausbau der Sozialleistungen, Prioritäten des Umweltschutzes, Schutz von Minderheiten und Abschaffung des Radikalenerlasses.

Deshalb stehen diese Punkte auch in der am 5.10 und 3.11. verabschiedeten Erklärung. Zur besonderen Situation Westberlins und der hier notwendigen Kommunalpolitik wurde aber mit Rücksicht auf die stark vertretene KPD ebenso wenig Stellung genommen wir zur Industrialismus- und Parlamentarismuskritik der Ökologisten. Aufgrund des Berliner Wahlgesetzes wird die ALB nun auf Landesebene als "Wahlverein mit Parteieigenschaft" auftreten, was zwar durchaus im Sinne der KPD ist, aber von der Mehrheit der Bürgerinitiativen abgelehnt wird, die keine Partei wollen.

Bürgerliche und linke Sympathisanten dieser Liste halten ebenso wie eine Minderheit der aktiven Mitarbeiter eine Zusammenarbeit mit dogmatischen KPD-Mitgliedern nicht für sinnvoll, stehen aber vor dem theoretischen Problem, sich von bestimmten ideologischen Positionen auf die richtige Weise abzugrenzen, ohne daß dies wieder zu Unvereinbarkeitsbeschlüssen führt, was niemand will. Die „KPD" konzentriert zur Zeit ihre Kräfte darauf, im Programm der ALB die Verurteilung des Mauerbaus, eine stärkere Westintegration und Anbindung an die NATO und eine aggressive Politik gegenüber dem „Sozialimperialismus" zu verankern. Vom KB, einzelnen SB-Mitgliedern und Vertretern des „Neuen Langen Marsches" wurde deshalb im Zusammenhang mit der besonderen Berlin-Situation der Wunsch geäußert, im Provisorischen Wahlausschuß und auf der Gründungsversammlung die Teilnahme der „KPD" an der Lissabonner Konferenz gegen die „Bedrohung durch den russischen Imperialismus" zu diskutieren. Doch daran ist die Mehrheit nicht interessiert, weil das Thema die ALB nicht direkt betreffe. (In Lissabon waren neben anderen ML-Delegationen portugiesische Faschisten, spanische Monarchisten, französische Rechtsgaullisten, rechte Christdemokraten, sowie Heiner Hügel von den rechtsextremen MLD anwesend.) Alle Delegierten stimmten für die Annahme der von den portugiesischen Faschisten mitformulierten Anti-Terrorismus-Resolution.

Mit diesen Stimmen wurde die Einrichtung eines „Europäischen Dokumentationszentrums" beschlossen, „dessen Aufgabe es sein wird, alle Tätigkeiten gegen den russischen Imperialismus bekanntzumachen". Die „KPD" will laut „Rote Fah-

ne" vom 26.7. die alternativen Listen zu einer in diesem Sinne „antihegemonistischen Volksbewegung" entwickeln. Die politischen Implikationen dieser Politik sind so schwerwiegend — auch im Zusammenhang mit dem Berlin-Status! — daß sie intensiv diskutiert werden müssen mit dem Ziel, sich von solchen Positionen klar abzugrenzen.

Wahrscheinlich wird die ALB nur wenige Bürgerinitiaven integrieren können, da deren Mehrheit nur dann diese Liste unterstützt, wenn sie sich im Programm und in der Struktur von allen herkömmlichen Parteien unterscheidet, also sich am Bremer Modell der dortigen „Bunten Liste" orientiert.

Andere an der ALB interessierte politische Tendenzen wie die wegen Unterzeichnung der Biermann-Resolution ausgeschlossenen SEW-Mitglieder, der Schily-Kreis, der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, die unabhängige „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft", die verschiedenen christlichen Gruppen, die Linkssozialisten um den „Neuen Langen Marsch" herum und die liberalen Berliner AUD könnten vielleicht noch Fehlentwicklungen in der Alternativen Liste Berlin verhindern und ein wirksames Gegengewicht schaffen. Das wäre sicher sinnvoller als aus der vornehmen Distanz zuzusehen, wie die „KPD" schrittweise diese Liste unter ihre Kontrolle bekommt und damit den demokratischen Linken und Ökologisten ihre Aktionsmöglichkeiten nimmt.

Die Programmdiskussion hat noch nicht angefangen. Wer sich hier aktiv in die Diskussion einbringt und mitarbeitet, wird letztlich über die weitere Entwicklung mitentscheiden können.
Beitrittserklärungen und Termine:
Wahlbüro für eine Alternative Liste, Paulsborner Str. 3, 1000 Berlin 31, Tel.: 8924219

KEIN ATOMKRAFTWERK IN MONTANA

KÖLN
20. November

Am 7. November votierten die Einwohner des US-Bundesstaates Montana für das Inkrafttreten eines Gesetzes, das den Bau von Atomkraftwerken im Land ohne Volksabstimmung untersagt.
87.o63 Einwohner wählten für und 52.239 gegen den Beschluß.
Damit ist Montana, bei etwa doppelter Landfläche im Vergleich zur BRD, der erste US-Bundesstaat ohne Atomkraftwerk und gleichzeitig erstes Land mit entschiedenem Beschluß gegen deren Errichtung.
Eine Bürgergruppe "Initiative 80" wirkte entscheidend bei diesem Prozeß mit, so daß die Entscheidung "Kein AKW in Montana" zur Volksbewegung wurde.
Diese Entscheidung kam trotz großer und aufwendiger Kampagnen der Betreiber zustande.

BEWOHNER DER RHEINPREUSSEN–SIEDLUNG KOMMEN ZUM HUNGERSTREIK NACH FRANKFURT

HOMBERG
29. November

Vom 4. bis 9. Dezember wollen zehn Bewohner der Rheinpreußen-Siedlung Duisburg-Homberg nach Frankfurt kommen. Sie werden vor der Zentrale der Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF) einen Hungerstreik machen. Die Bank ist Besitzerin der Siedlung, wollte sie zuerst abreißen lassen, und verkauft jetzt die Häuser an private Interessenten zu horrenden Preisen. Seit vier Jahren kämpfen die Bewohner für ihre Häuser. Sie wollen, daß die Stadt Duisburg die Siedlung kauft und für ihren Erhalt sorgt. Die Bürgerinitiative Rheinpreußen schreibt zu ihrer Aktion:

"Wir möchten Sie hiermit um ihre Unterstützung im Kampf um unsere Siedlung bitten. Unsere Rheinpreußensiedlung ist eine von vielen Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet. Sie ist um die Jahrhundertwende für die Bergarbeiter der Zeche Rheinpreußen erbaut worden. Nach der Zechenstillegung kamen die ehemals 2000 Wohnungen in den Besitz des Baulöwen Kun, der mit der finanziellen Hilfe der BHF-Bank 3/4 der Wohnungen abreißen und 20-stöckige Hochhäuser darauf bauen ließ. 1973 ging Kun pleite. Erhalten blieben zwei in sich geschlossene Bereiche unserer Siedlung mit etwa 500 Wohnungen. Seit der Pleite war die BHF-Bank einer der Hauptgläubiger , die nach wie vor den Abriß unserer Siedlung wollten. Anstelle unserer Häuser sollten nach dem Willen der BHF-Bank Reihenbungalows entstehen, die keiner von uns und unseren Nachbarn hätte bezahlen können.
Keiner von uns will hier freiwillig ausziehen, wegen des Gartens, der billigen Mieten, den Nachbarn, den ruhigen Straßen ...

Seit August 78 ist die BHF-Bank dazu übergegangen.— da sie unsere Siedlung nicht mehr abreißen kann — die Häuser zu verkaufen, an jeden, der sie haben will, um doch noch einen möglichst großen Gewinn zu machen. Die meisten von uns können und wollen nicht die Wahnsinnspreise der BHF-Bank bezahlen.

Die "neuen Käufer" laufen bereits durch die Siedlung, gehen in die Gärten, vermessen Höfe, als wenn sie schon bereits die Eigentümer wären. Schikanen beginnen, von morgens früh bis spät in den Abend werden Nachbarn belästigt.
Andere "Käufer" sagen alten Leuten, die 40 Jahre in einundderselben Wohnung wohnen: ziehen Sie bald aus, sonst kommt der Gerichtsvollzieher und wie lange wollen Sie denn überhaupt noch leben? Das Rentnerehepaar hat das über einen Monat gesagt bekommen, seit 14 Tagen ist unser Nachbar tot, Herzversagen. Ob seine Frau jetzt noch in der Wohnung bleiben wird?

Die Angst greift um sich, jetzt doch noch aus der Wohnung raus zu müssen und nicht bloß bei den Alten. Kaum einer schläft noch ruhig. Aus dieser Angst heraus haben einige unserer Nachbarn gekauft. Wenn sie wüßten, sie könnten zur Miete wohnen bleiben, würden sie sofort aus dem Vertrag aussteigen.

Die Stadt Duisburg hat eindeutig erklärt, sie wolle die Siedlung kaufen mit der finanziellen Unterstützung des Innenministeriums. Der Innenminister Hirsch hat seine endgültige Zusage der Stadt im Oktober 78 mitgeteilt.
Was die Stadt jedoch nicht kann, den geforderten Spekulationspreis der BHF-Bank bezahlen.
Die Stadt will die Siedlung zum Verkehrswert (der ortsübliche Bodenwert) von der BHF-Bank erwerben.

Sollte die BHF-Bank nicht von ihren Spekulationspreisen abrücken und es ablehnen, unsere Siedlung zu dem festgelegten Preis an die Stadt zu verkaufen, werden wir als nächste Aktion vor der BHF-Bank in Frankfurt in einen unbefristeten Hungerstreik treten.

Wir möchten Sie um ihre Unterstützung bitten, indem Sie der BHF-Bank schreiben, was Sie von deren Verhalten meinen; daß Sie anderen Leuten, ihren Freunden und Arbeitskollegen von uns erzählen, daß Sie uns Ihre Verbundenheit mitteilen, indem Sie uns schreiben, was Sie getan haben oder für uns noch tun wollen. Und letztlich: eine solche Aktion wie dieser Hungerstreik kostet uns viel, viel Geld.

Über jede Spende freuen wir uns, denn Sie helfen uns damit, unsere Siedlung vor den Spekulationen der BHF-Bank zu schützen. Unsere Spendenkonten: Stadtsparkasse Duisburg-Hochheide (BLZ 350 500 00) Kontonr. 361047061 und Postscheckamt Essen Kontonr. 285730 -439

Kontaktadresse: Magret Jakopitsch, Rheinpreußenstraße 63 m, 41 Duisburg 17, Tel.: 02136/35019

ZU WEIHNACHTEN BRÄT DAS KÖLNER GE– RICHT EINEN ZENSURBRATEN

Köln 20.11.78 — *Vom 'Anderen Buchladen' aus Köln, Zülpicher Str. 197, Tel.: 0221/42 02 14 kommt der folgende Text, der sich mit den Vorbereitungen für den § 88a-Prozeß gegen den Geschäftsführer des Buchladens befaßt. Dem Geschäftsführer Achim Wirdeier wird vorgeworfen, die Zeitung der Revolutionären Zellen, "Revolutionärer Zorn" im Laden ausliegen zu lassen.*

"Fünf Tage vor Weihnachten, am 19. und 21. Dezember soll der nächste § 88a-Prozeß in Köln stattfinden. Die 1. große Strafkammer des Landgerichts Köln, unter Vorsitz des Richters Liptow, wird über den Vorwurf der Staatsanwaltschaft Köln zu entscheiden haben, Achim Wirdeier, ein Geschäftsführer des ANDEREN BUCHLADENS, habe durch Verbreitung einer Zeitung gegen § 88a verstoßen.

Achim Wirdeier habe, so die Anklageschrift, Gewalt befürwortet, da die Zeitung in den Geschäftsräumen des ANDEREN BUCHLADENS zur Mitnahme ausgelegen hätte. Er habe Kenntnis von der Verbreitung der Zeitung durch den ANDEREN BUCHLADEN gehabt, da er eine Frage eines durchsuchenden Polizeibeamten – ob noch weitere Exemplare der Schrift vorhanden seien – verneint habe. Vor allem aber, so behauptet die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift, habe Achim Wirdeier den strafbaren Inhalt der Zeitung gekannt. Denn der Inhalt der Schrift sei schon aus der Titelzeile 'Denn wir gehen nicht unter in den Niederlagen, sondern in den Kämpfen, die wir nicht kämpfen" zu erkennen gewesen. Um einen konkreten Nachweis, daß Achim Wirdeier persönlich die Paketsendung bestellt, oder eine Zeitung daraus gelesen habe, oder sie persönlich ausgelegt habe, bemüht sich die Kölner Staatsanwaltschaft nicht.

Mit diesem Anklagevorwurf wird sich also nun die Staatsschutzkammer des Landgerichts Köln unter Vorsitz des Richters Liptow zu befassen haben. . . Richter Liptow, ehemals Beisitzer in der Kammer des weit über Kölner Grenzen hinaus bekannt gewordenen Richters Viktor Henry de Somoskoey, setzte sich schon im Sommer kämpferisch gegen die Feststellung des Kölner Volksblatts mit einer Strafanzeige zur Wehr, er sei "servilster und gelehrigster Schüler" des Richters Somoskoey. Im Vorgeplänkel des nun anstehenden Prozesses bemüht sich Richter Liptow freilich redlich, die These des Kölner Volksblatts zu stützen.

Fürsorge – Mißtrauen – Vorverurteilung, ist das noch die Frage;
die Tatsachen:

Für-, aber wohl auch mehr vorsorglich, ordnete Richter Liptow, gleichzeitig mit der Zustellung der Anklageschrift an, Achim Wirdeier solle von Rechtsanwalt Zelenka als Pflichtverteidiger verteidigt werden. Rechtsanwalt Heiermann, Wahlverteidiger des Geschäftsführers des Anderen Buchladens, hatte angesichts der verschärften Ausschlußmöglichkeiten von Verteidigern in den letzten Jahren abgewartet, ob überhaupt Anklage gegen seinen Mandanten erhoben werden würde. Als dies nun durch die Zustellung der Anklageschrift feststand, teilte Rechtsanwalt Heiermann am 24.7.78 dem Gericht mit, er werde Achim Wirdeier verteidigen.

Gleichzeitig schrieb der angeklagte Buchhändler Rechtsanwalt Zelenka, er habe einen Verteidiger, der sein Vertrauen genieße, mit seiner Vertretung beauftragt und bitte ihn insofern seine Entpflichtung bei Gericht zu beantragen. Am 2.10. 1978 beantragte Rechtsanwalt Zelenka, wohl auch in Erinnerung an seine unrühmliche Rolle im Roth/Otto-Prozeß, gestützt auf § 143 StPO seine Entpflichtung.

§ 143 StPO besagt:

"Die Bestellung (eines Verteidigers) ist zurückzunehmen, wenn demnächst ein anderer Verteidiger gewählt wird und dieser die Wahl annimmt."

Diesem Antrag des Rechtsanwalt Zelenka auf seine eigene Entpflichtung folgte Richter Liptow nicht. Er ist bis heute nicht bereit, RA Zelenka, obwohl dieser offensichtlich ohne Vertrauensverhältnis zu Achim Wirdeier verteidigen müßte, zu entpflichten.

Unsere Schlußfolgerungen aus alledem:

Für den am 19. und 21. 12. 78 anstehenden Prozeß hat das Gericht zwei Verhandlungstage angesetzt. Die Aufrechterhaltung der Bestellung des Zwangsverteidigers Zelenka, mit der Begründung, es stehe fest, daß der Wahlverteidiger, RA Heiermann, während der Sitzungstage werde nicht ständig anwesend sein können, entfällt wohl bei dieser kurzen Dauer des Verfahrens. Die 'Notwendigkeit' für die Beibehaltung der Bestellung von RA Zelenka kann sich also für den Vorsitzenden Liptow nur aus der Unterstellung ergeben, folgende Bedingung für die Einschränkung des § 143 StPO sei gegeben:

Ein Pflichtverteidiger ist auch nach der Bestellung eines Wahlverteidigers nicht zu entpflichten, " wenn die Gefahr sich abzeichnet, daß der Wahlverteidiger die zur ordnungsgemäßen Durchführung der Hauptverhandlung erforderlichen Maßnahmen nicht treffen" wird. (Kleinknecht, StPO-Kommentar, § 143 RN 1). Dieser Prozeß beginnt also von Seiten des Vorsitzenden Richters mit der Unterstellung, der Wahlverteidiger des Angeklagten werde die 'zur ordnungsgemäßen Durchführung der Hauptverhandlung erforderlichen Maßnahmen nicht treffen', also den Prozeß sabotieren.

Anhaltspunkte für diese Unterstellung gibt es nicht, zumal RA Heiermann dem Gericht versicherte, auch die Tatsache, daß seine Kanzlei in Bochum sei, werde ihn nicht hindern, ordnungsgemäß zu verteidigen. Es gibt wohl aber Anknüpfungspunkte an die Vorverurteilungsmuster, die sich in den letzten Jahren zu politischen Strafverfahren herausgebildet haben.

Der Vorwurf der Prozeßsabotage wird immer dann aus dem Ärmel gezogen, wenn eine kritische Öffentlichkeit, die die Beweissituation relativ unvoreingenommen einschätzt, nicht erwünscht ist. So ist denn zu erwarten, daß dieser Vorsitzende auch alle anderen Register ziehen wird, dieses Verfahren, in dem die Meinungs- und Informationsfreiheit des Buchhandels zur Disposition steht, mit dem schmückenden Beiwerk sog. Terrorismusverfahren zu versehen. Neben dem in Köln obligaten Zwangsverteidiger Zelenka, Ausweiskontrollen für Besucher, schwer bewachter Gerichtssaal usw.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortliche Redakteurin: Jutta Fries

‚Mit gemischten Gefühlen'

Über 10 000 Demonstranten waren am letzten Samstag, dem 25. November zur Anti-Schah-Demonstration in Frankfurt auf der Straße. Fast gleich viele verschiedene Berichte jagen sich mittlerweile in unseren Köpfen: Kriegsberichte . . .

Sie sind einigermaßen verwirrend, geraten leicht durcheinander, auch zeitlich, aber nicht nur, und es ist dementsprechend schwierig, über den Samstag zu berichten. Die Berichte, die beim ID am Samstag angekommen sind, waren ausnahmslos von Demonstranten, die sich militant an den Auseinandersetzungen beteiligt haben und sich entsprechend besser gefühlt haben, als die, die einfach wieder einmal weglaufen mußten bis die prügelnden Polizisten sie schließlich erreicht hatten. Viele hatten Glück, aber viele von denen, die nur dageblieben sind, weil man eben nicht so einfach nach Hause gehen kann, wenn die anderen sich mit der Polizei prügeln, oder die aus anderen Städten kamen und sich nicht auskannten, sind verletzt worden. Aber es gab mehr Leute mit Steinen in der Hand, und Stöcken, als je zuvor, denn nicht nur die Iraner hatten Grund genug, sich zu wehren, auch die Frankfurter, denen noch die Prügeleien vom Montag vor dem Polizeipräsidium (ID 257) als Angst und Haß in den Knochen steckte.

Als ein Teil des Demonstrationszuges von der Bockenheimer Landstraße in Richtung „Amerikanisches Konsulat" abbog, waren viele schon der Meinung: Es geht nach Hause, es gibt heute keinen Putz, alles läuft ruhig bis zur Universität zurück. Der Teil des Zuges, der abbog, befand sich in der Mitte, also war die Bockenheimer Landstraße von vorneherein in beide Richtungen versperrt, die nach Süden abgehende Schwindstraße und Mendelssohnstraße von zurückgedrängten Demonstranten dann auch. Die ein oder zwei Hundertschaften Polizei, die allein in der Siesmeyerstraße vorgingen, wurden dauernd wieder zurückgedrängt, kamen nicht aus dem Loch heraus. Das war der Zeitpunkt, von dem die Euphorie stammt, die in den Berichten stärker ist, als die Angst. Später, als immer mehr Polizei zusammengebracht und gegen die Demonstranten getrieben wurde, kam wieder das übliche Wegrennen. Nur, daß es nicht mehr ganz so selbstverständlich war, weshalb es immer wieder zu Gegenangriffen der Demonstranten (vor allem an der Uni) kam. Und auch diese Angriffe machten Eindruck auf die Polizei, die nur mühsam und mit Gebrüll der Anführer wie: „Steine aufnehmen und werfen, das ist ein Befehl! Nicht zurückgehen, auf keinen Fall. Weiter das ganze Halt!" vorwärtskam. Etwa eine Stunde, vielleicht auch zwei, war es für viele nicht wie sonst auf Demonstrationen, konnte man immer wieder Polizeiketten in Auflösung und Wasserwerfer im Rückwärtsgang beobachten. Alle zehn eingesetzten Wasserwerfer waren danach beschädigt, manche völlig demoliert.

Aber: Viele verletzte Demonstranten gingen aus Angst nicht in ärztliche Behandlung, die Zahl der Verletzten dürfte daher über den angegebenen 400 liegen. Die vom AStA eingerichtete Verletztenhilfe im Studentenhaus auf dem Campus der Universität wurde von der Polizei angegriffen. Bereits verletzte und am Boden liegende Demonstranten wurden immer noch einmal verprügelt. Manchmal halfen da nur noch die Feuerwehrleute, die dazwischen rannten und die Polizei zurücktrieben, den Verletzten halfen.

Bericht von Thomas Jahn vom Frankfurter AStA; „Während wir versuchten, den Hörsaal IV oder die Pupille (Studentenkino) zu öffnen, kamen die Bullen auf das offenstehende Studentenhaus zu, das zu diesem Zeitpunkt als Flucht- und Ruhepunkt für Demonstranten und Verletzte diente. Um zu verhindern, daß die Bullen noch einmal in das Haus kommen,

Ein Tag im



(sie waren kurz vorher in das Kommunikationszentrum eingedrungen, hatten geprügelt, auch auf bereits Verletzte eingeschlagen, sich dann aber wieder zurückgezogen) bin ich rausgelaufen mit erhobenen Armen und rief: Stop, stop, ich will den Einsatzleiter sprechen. Zur Antwort bekam ich: Bursche, du kommst uns gerade recht, und im Nachsatz erhielt ich drei schwere Schläge auf den Hinterkopf . . ."

Einer der ID-Fotografen saß kurz nachdem es in der Siesmeyerstraße zum ersten Mal geknallt hatte, auf einem Baugerüst gegenüber an der Straßenecke. Er hatte fotografiert, wie die Polizei einen wegfahrenden Lautsprecherwagen mit dem Wasserwerfer abgedrängt und dann mit Schlagstöcken demoliert hatte, wie die beiden Insassen herausgezogen und verhaftet worden waren. Danach standen sie unter seinem Baugerüst und forderten ihn auf herunterzukommen, oder er werde heruntergeschossen. Die Drohung mit der Schußwaffe gab's auch für einen anderen Fotografen, der versucht hatte, Bilder von den Polizisten zu machen, die die Scheiben im Studentenhaus einwarfen.

Und:

Seit Sonntag werden Iraner, die in die Bundesrepublik einreisen wollen, an der Grenze zurückgewiesen. Der hessische Innenminister läßt prüfen, ob die CISNU (Conföderation Iranischer Studenten / Nationale Union) verboten werden kann. Alle verhafteten Iraner und auch die, die vielleicht beim Auswerten der Polizeifotos erkannt werden (komischerweise hat-

Herbst



ten die Perser fast nie etwas wie einen Gesichtsschutz oder Helme dabei) sollen ausgewiesen werden, sagt die Presse, sagen die Politiker und Tante Emma im Laden an der Ecke. Sagt auch Herr Sickinger, seines Zeichens Dozent am Fachbereich Bauingenieurwesen der Frankfurter Fachhochschule. Er weigerte sich, seine Vorlesung fortzusetzen, als die persischen Studenten den Raum nicht verlassen wollten. Er ging und produzierte ein Hetzflugblatt. Gegen Sickinger hat der Frankfurter Rechtsanwalt Erich Mika inzwischen Strafanzeige wegen des Verdachts der Volksverhetzung (§ 130 StGB) der Aufstachelung zum Rassenhaß (§ 131 StGB) sowie der Nötigung (§ 240 StGB) erstattet. In Frankfurt wurde auch schon die erste Demonstration verboten: eine Demonstration von Ausländern natürlich: die afghanischen Studenten dürfen nicht . . .

Aber:

Im Iran werden seit den jüngsten Unruhen die meisten Zeitungen bestreikt. Die Journalisten rufen dazu auf, die von den Militärs kontrollierten Rundfunk- und Fernsehsender zu ignorieren. Deshalb haben die für den Iran produzierten Sendungen des BBC (London) eine neue wichtige Bedeutung bekommen. Auch die 12-minütige Berichterstattung über die Frankfurter Demonstration konnte überall in Persien empfangen werden. Diese Nachricht wurde mit Megaphonen auf den Kundgebungen am Sonntag (Tag des Generalstreiks im Iran) verbreitet und löste Begeisterung und Solidaritäts-Sprechchöre aus.

Das Folgende haben wir aus verschiedenen Berichten von Demonstranten zusammengestellt:

EINE FRIEDLICHE DEMONSTRATION

„Als wir an der Uni-Mensa ankamen, konnte ich nicht recht glauben, was ich da vor mir sah. Eine Woche nach der großen KITATAG-Demo trotz Regen schon wieder so viele Leute auf den Beinen, sämtliche alte Bekannte und noch tausendmal mehr.

Den Anfang des Demonstrationszuges bildeten hauptsächlich die vielen, vielen persischen Genossen, dann folgte ein türkischer Block, und soweit ich es überblicken konnte, schlossen sich daran die regionalen Spontis an und viele von den Marxistischen Gruppen.

Äußerlich war die Stimmung gelassen. Ein trüber, regnerischer Tag. Aber innerlich brannte bei jedem und jeder ein Flämmchen. Die persischen Genossen hätten am liebsten alle Teilnehmer einzeln mit Händeschütteln begrüßt.
Wir reihten uns ungefähr in der Mitte ein, und es begann eine friedliche Demo, anders als die rein ‚Frankfurterischen', weil die internationale Solidarität anscheinend etwas Ernst erforderte, zumindest in den Momenten, wo man Mitleid hatte mit den Megaphon-Rednern, die bei den Deutschen in der Regel vergeblich auf die Sprechchöre warteten. Dann flutschte einem also ein zaghaftes ‚Hoch die' über die Lippen, mehr aus Gastfreundschaft. Umso schöner waren die eigenen Verse (‚Der Schah und die Banken, seht nur, wie sie wanken') und Schüttelreime (‚Viel zu lange sitzt er schon, der Pfau auf dem Mörderthron').

Gleich auf der Bockenheimer Landstraße zersprangen die ersten Scheiben; alles wie von selbst. Mir kam das wirklich total selbstverständlich vor. Nur, daß das Reisebüro, das im Schaufenster für Iran-Reisen warb, einem oppositionsfreundlichen Perser gehört, war vielleicht etwas peinlich, naja. Den Schaden will die CISNU ersetzen.

Unheimlich schön und warm

Der Weg durch die Innenstadt verlief ruhig, auch das Verbrennen der Schah-Puppe vor dem Kaufhof.

Wieder auf der Bockenheimer Landstraße veränderte sich plötzlich das Bild. Die geordneten Reihen öffneten sich, eine Flut von Menschen füllte die gesamte Straßenbreite. Ein Stein flog nach dem anderen, nach links, rechts, die Scheiben knallten dumpf. Treffer wurden mit entsprechenden Kommentaren begleitet. Das Fest begann. Wir waren fröhlich und ich fühlte mich geborgen. Die Phase hin zur Siesmayerstraße war unheimlich warm und schön. Ich weiß zwar nicht genau, was dann so alles in unseren Köpfen vorging, aber diese solidarischen Momente haben uns viel Kraft gegeben für das, was dann kam.

Leute, die nie vorher einen Stein in der Hand hatten ...

Eine Gruppe Demonstranten war in die Siesmayerstraße Richtung US-Konsulat abgebogen und wurde von der dortigen Hundertschaft in die große Masse der Demonstranten zurückgetrieben. Die Polizisten sind damit von der Einsatzleitung regelrecht verheizt worden, immer wieder auf die Demonstranten drauf: zerschlagen und auflösen. Dadurch wurden immer neue Scharmützel angefacht, in denen sie ihre Beulen holten. Den Leuten hats einfach dicke gereicht.

Ich glaub nicht, daß es feste Gruppen gab, die die Demo funktionalisieren wollten. Das könnte nie das Ausmaß und die Dauer der Klopperei erklären. Es gab kein „militärisches" Ziel; das US-Konsulat wäre von hinten leichter zu erreichen gewesen. Es haben sich immer wieder zersprengte Leute zusammengerottet. Leute, die nie vorher einen Stein in der Hand hatten, rissen das Pflaster auf. Mit Indianergeheul gings zur Gegenattacke: eine Lage von oben, damit die Schilder hochgehen, die zweite flach, die saß. Dabei sind sie plötzlich zu Menschen geworden, hatten die gleiche Angst, die wir immer vor ihnen haben, waren keine



Bild oben: Brennende Schah-Puppe an der Hauptwache

anonymer Apparat mehr. Wären sie nicht immer von der Einsatzleitung zurückgehetzt worden, es wäre zu keinen Ausschreitungen mehr gekommen. Doch das, was die alle so ins Flippen bringt, ist, daß sie für anderthalb Stunden machtlos waren, die Leute nicht nach ihrer Pfeife getanzt sind, der Herr Polizeipräsident in Unterhosen.

Zwischen der schönen, kollektiven Erfahrung der Geborgenheit kurz vor der Straßenschlacht und dem zersplitterten Rückzug danach klafft ein tiefer Riß. Die Beteiligung an späteren Aktionen, wie der Angriff auf das 13. Polizeirevier und besonders der Kampf um einen Nachhauseweg ohne größere Verluste, wurden zu sehr individuellen Sachen. Manchmal rannten auch wir verstört durch die Straßen, nicht nur die Bullen. Kann es überhaupt einen richtigen Zeitpunkt geben, um nach Hause zu gehen, solange andere noch durch die Straßen gejagt werden, oder müssen die für sich selber sorgen? Man wußte nie, wann Schluß war, und es war schwer zu entscheiden, das mußte jeder für sich rauskriegen. Dafür waren aber die gemeinsamen Vorstöße unbeschreibliche Momente, die einen eigenen Wert besitzen. Der Druck der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen befreite unsere Träume, zerrte sie ans Tageslicht. Sie mündeten in ganz handfesten offensiven Widerstand. Mit aller Härte.
Das waren keine Gewaltphantasien, die sich verwirklichten, die vorher bestanden und nur blind auf Ausbruch lauerten. Friedliche Leute stürmen los mit Steinen, mutig, trotz und wegen der langen Geschichte unseres Eingemachtwerdens. Eine Sekunde lang stolperten die Augenblicke über uns, und die Zeit blieb stehen ...
Das war es, was wir mal so dringend nötig hatten. Solche Brüche haben eine eigene Qualität. Nur durch sie können wir überwintern. Und wir gewinnen wieder eine eigene Identität, gerade was Gewalt anbetrifft, denn die war die letzten Jahre von anderen gepachtet, auf die wir nur zu reagieren hatten.

Schlimm war nur, daß es auf beiden Seiten zu echten Sauereien kam: Die Bullen verprügelten einen unbeteiligten Türkenjungen oder stürmten die Verletztenhilfe im Studentenhaus und

droschen auf die am Boden Liegenden ein. Einige Demonstranten sollen total durchgedreht haben und wahllos Schaufenster — z.B. von einem Frisör — demoliert haben. Die Feuerwehr, die vielen geholfen hat, wurde mit Steinen beworfen. Ein Polizist, der mit einem Räumfahrzeug in die Menge gefahren war, wurde von den aufgebrachten Demonstranten aufgefordert, herauszukommen und den Helm abzusetzen; kaum hatte er das getan, bekam er eins über den Schädel. Manche Sachen, die geworfen wurden, hätten lebensgefährlich werden können. Ich bin heilfroh, daß nichts Schlimmeres passiert ist."

Kurz vor Redaktionsschluß beehrte uns noch ein älterer Herr und überbrachte uns folgendes Manuskript:

Am 16. September beging die Frankfurter Polizei auf dem Römer ihren ersten Fehler, als sie während einer CISNU-Demo eine brennende Schahpuppe durch einen Wasserwerfer ablöschte: ein absurdes Bild. Den zweiten Fehler beging sie am Abend des 20. November, als sie gegen mehrere hundert Leute, die vor dem Polizeipräsidium auf die Freilassung von 60 frisch festgenommenen streikenden Abendgymnasiasten warteten, zynisch und rabiat vorging und viele verletzte. Von beiden Fehlern spricht Polizeipräsident Müller in diesen Tagen nicht. Er meint, der Fehler habe in zu schwachen Kräften gelegen. Vielleicht sollte er besser fragen, wodurch sich die Frankfurter Polizei so viele Feinde geschaffen hat. Weshalb greifen Tausende zu Steinen sobald erkennbar wird, daß die polizeiliche Repräsentation der Macht auf tönernen Füßen steht, an die sich menschliche Beine anschließen, die während des pflasterwärts fliegenden Steinhagels von ihren Besitzern unter die Arme genommen werden — und ab geht die Post, bzw. die Polizei. Von einer Ecke des Westends zur andern in Bockenheim ge- und vertrieben, ständig auf der Flucht, Richard Kimble hundertfach in Frankfurt, mit dem Höhepunkt auf der Bockenheimer Schloßstraße, wo zwanzig Demonstranten den vor ihnen herwetzenden vierzig Polizisten immer wieder die zwanzig gleichen Steine ins Kreuz donnern — bis die vierzig Polizisten und die zwanzig Steine im 13. Polizeirevier zur Ruhe kommen. Es gab andere Szenen, gewiß. Aber noch nie war der Wacker derart Volkseigentum und noch nie das polizeiliche Hinterteil derart oft im Blickfeld. In ihrem Kommentar "Sie leben noch!" schrieb die Frankfurter Rundschau am Montag, allerdings versehentlich nur im Sport-Kommentar: "Der Fall verdient um so größere Beachtung, als es sich bei den Gegnern um Brocken handelt, bei deren Anblick es den furchtlosesten Kämpfertypen mulmig wird". Und trotzdem mußten die Brocken den Brocken weichen.

Nicht alle Feinde der Polizei sind von dieser hausgemacht. Ein gut Teil geht zu Lasten von Lambsdorff, der sich stabile Verhältnisse im Iran nur als Resultat schärfster Repression vorstellen kann, obgleich der Aufruhr sich gerade an der Schärfe der Repression entzündet. Ein weiterer Teil darf dem Team Wallmann-Krollmann-Mihm gutgeschrieben werden, das die Forderung von siebentausend Demonstranten nach einer öffentlichen Diskussion um KiTa, TAT und AG kaltschnäuzig abwies. Bei diesen Herren sollten sich die verletzten Polizisten bedanken.

Weglaufen ist keine Schande! Auf beiden Seiten hätten Verletzungen und auf Seiten der Demonstranten Verhaftungen vermieden werden können, wenn nicht beide Seiten gelegentlich mehr Tapferkeit gezeigt hätten, als die Situation verdiente. Putz ist kein Krieg, bei dem es um Vernichtung geht, kein Kampf um die Macht, Putz ist Subversion, ein Spiel mit der Macht, ein Gelächter übers staatliche Gewaltmonopol. Leute, die Gewalt ablehnen, fegen das Feld der Macht frei, ohne es erneut zu besetzen, betreiben das Spiel der Gewaltvernich-



tung, indem sie den Repressionsarbeitern Beine machen. "Jogging" (in USA: Lauftraining im Abgasstau der City's), nicht zufällig die Spiegel-Titelgeschichte der Woche.

Der Staat, dessen Geschichte eine immer dickere Blutspur begleitet, der in seinen Kriegen und seiner Atompolitik den millionenfachen "Selbstmord" organisiert oder in Kauf nimmt, wird für einen Moment in seiner gewaltförmigen Präsenz abgeschafft, worauf er in seiner ideologischen Übermacht einen Sturm der Entrüstung vorspiegelt, dem selbst einige Demonstranten erliegen, die dann als mitleidheischende Opferlämmer ihre eigenen Taten verleugnen. Wenn es unmöglich ist, zumindest für CISNU und ASTA, unser Verständnis von Gewaltvernichtung offensiv zu äußern und damit die Wahrheit zu sagen, warum dann nicht schweigen?
Sich überhaupt nichts aufzwingen lassen! Wenn sie vorgehen, sind wir verschwunden. Wenn wir reden sollen, schweigen wir. Und wir werden auf den Vorschlag des Staates, illegal zu werden bzw. das Land zu verlassen, nicht eingehen. Ungreifbar dableiben, mit neuem Gesicht auftauchen, das liegt uns eher. Wann und wo und mit welchen Inhalten die täglich gelebte Revolte ihr Antlitz wieder nach außen kehrt, weiß niemand. Daß sie es tun wird, weiß jeder.
Zum Abschluß eine Lernhilfe für Politiker:

Carter muß nach der Iran-Demo begreifen, daß eine Intervention im Iran weltweit auf militanten Widerstand stoßen wird — Schmidt muß begreifen, daß ein Verbot der CISNU die Ölversorgung nach dem Sieg der iranischen Volksrevolution gefährden kann — Wallmann muß begreifen, daß Angriffe auf den status quo zwischen scene und Stadt Kräfte mobilisieren wird, wogegen sich der Putz am Samstag als laues Frühlingslüftchen ausnehmen wird: Frankfurt wird vielleicht nicht Teheran was die Breite der Bewegung angeht, aber aussehen wird es ähnlich. Daß das Bankenviertel am Samstag nicht abgeflammt wurde, ist nicht der Polizei zu danken!

Professor Putz

FRIEDLICHE DEMONSTRATION GEGEN DAS SCHAH–REGIME WURDE VON DER POLIZEI GEWALTSAM AUFGELÖST !

AACHEN
20. November

"Am Freitag, dem 17.11., wurde in der Aachener Innenstadt eine genehmigte Demonstration der Konföderation der iranischen Studenten (CISNU) und des AStA der Technischen Hochschule durchgeführt, die sich gegen das faschistische Regime des Schah, gegen das Kriegsrecht, die Militärregierung und den Völkermord im Iran richtete. ...

Die Demonstration (ca. 500 Leute) war fast an ihrem Endpunkt, dem Markt, angelangt, als an einer Kreuzung ein Beamter in Zivil begann, in provokanter Art und Weise die ausländischen Demonstrationsteilnehmer zu fotografieren. Da die iranischen Studenten oft genug die Erfahrung gemacht haben, daß Fotos von Demonstrationen in die Hände des iranischen Geheimdienstes SAVAK geraten sind, forderte ein Demonstrationsordner den Beamten auf, das Fotografieren einzustellen und den Film herauszugeben. Dann ging alles sehr schnell!

Der Beamte kam der Aufforderung nicht nach und es entwickelte sich eine Rangelei, mehrere Demonstranten eilten zum Ort des Geschehens. Sofort liefen mehrere Polizisten hinzu und knüppelten wild auf die Demonstranten ein. Ein Augenzeuge berichtete, wie er von einem Polizeibeamten mit gezogener Pistole bedroht wurde. Drei iranische Studenten wurden bei diesem Handgemenge, bei dem die Kamera des Polizisten verloren ging, festgenommen. Weil wir die Verhaftung der drei Kommilitonen nicht einfach so hinnehmen konnten, machen wir einen Sitzstreik in der Fußgängerzone.
Die bisher schon vollständig unnötige Eskalation der Ereignisse machte die Polizei dann perfekt, als sie mit frisch eingetroffener Verstärkung mit Helmen und Gummiknüppeln ausgerüstet blitzschnell und ohne jeden Anlaß auf die Sitzenden einstürmte. Bei diesem brutalen Knüppeleinsatz wurden mehrere Leute verletzt und drei weitere Studenten festgenommen. Einem hatte ein Polizist so schwer auf den Kopf gehauen, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte und dort stationär behandelt wird. Wir wurden von der Polizei die ganze Großkölnstraße hinaufgejagt bis zum Markt, wo wir uns schließlich wieder sammelten und auch blieben, bis die Festgenommenen wieder auf freiem Fuß waren. Sie waren im Polizeipräsidium erkennungsdienstlich behandelt worden und haben mit einer Anzeige wegen Raubes (der Kamera) und schwerer Körperverletzung zu rechnen. .. "

NEUES VOM AGENDGYMNASIUM — Immer noch das Alte

Frankfurt
29. November

Am 29. November löste die Polizei wieder einmal eine Versammlung am Abendgymnasium auf — Ort der Handlung, der bekannte Verwaltungsbau des Abendgymnasiums I. der Elisabethenschule.

Wir waren gerade dabei, darüber zu reden, daß wir eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Schule und Lernen führen müssen, um nicht ständig als einzigen Tagesordnungspunkt die Konfrontation mit der Staatsgewalt zu haben, als die kommisarische Schulleitung (Wade, jetziger Leiter des Bildungs- und Kulturzentrums Höchst, und Jakobs) schon wieder die Staatsgewalt anforderten. Denn — nach Meinung der Schulleitung dürfen wir keine Streikversammlung an unserer Schule abhalten. Trotz des agressiven Auftretens sowohl der Schulleitung als auch der Polizei, ließen wir uns diesmal nicht von ihnen provozieren und verließen friedlich das Gebäude.

und:
fünf der 14 abgeordneten Lehrer sind mittlerweile per Gerichtsbeschluß wieder an unserer Schule,
und:
die Fachhochschule für Sozialpädagogik in der Nordwest-Stadt ist in einen unbefristeten Streik getreten.
Weiten wir den Konflikt aus!

WIE EIN VOLKSGEDICHT ENTSTEHT

Wohlwollende Aufnahme fand bei der nächtlichen Demonstration am 20. November (siehe ID 257) vor dem Frankfurter Polizeipräsidium die Parole:

**„Bürger Frankfurts, nehmt den Hammer
stürmt die Asservatenkammer!"**

Ein metrisch und inhaltlich voll ausgewogener Kernsatz, politisch einwandfrei — jedoch! Viele fragten, was denn das für eine Kammer sei, die, wie heißt sie noch mal? Nun stört es das natürliche Rythmusgefühl ganz ungemein, wenn nach jedem Spruch erst in Prosaform erklärt werden muß: In der Asservatenkammer werden von der Polizei beschlagnahmte Drogen wie Haschisch, Marijuana, Trips und andere verbotene Waren aufbewahrt. Also gut, der Spruch wird der Verständlichkeit halber umgewandelt in:

**„Bürger Frankfurts nehmt den Hammer,
stürmt die Haschisch-Kammer!"**

Wie so oft, so auch hier: die bessere Verständlichkeit geht auf Kosten der Poesie. Der Vers hinkt ganz entsetzlich, ein Fuß fehlt. Also zurück das Ganze und mit Hilfe einer simplen Vokalzusammenziehung können wir getrost skandieren:

**„Bürger Frankfurts, nehmt den Hammer
stürmt die Marijuana-Kammer!"**

Aber damit nicht genug. Der Volksmund kriegt den Mund nicht voll und krönt den Gedichtzyklus mit einer personalisierten Version, einer Aufforderung an eine bestimmte Frau namens

**„Marie Johanna, nimm den Hammer
stürm die Marijuana-Kammer!"**

EBERHARD DREHER NACH KAISHEIM VERSCHLEPPT

WESTBERLIN 18. November *Eberhard Dreher ist widerrechtlich von der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Moabit in die JVA Kaisheim verschubt worden. Dazu eine leicht gekürzte Presseerklärung der Rechtsanwältin Wullweber:*

„Am 11.10.1978 wurde unser Mandant Eberhard Dreher, der seit März 1976 inhaftiert ist und im April 1978 zu vier Jahren Freiheitsstrafe wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurde – das Urteil ist nicht rechtskräftig – von der Untersuchungshaftanstalt Moabit/Berlin in die bayerische JVA Kaisheim verlegt.

...

Eine Rechtsgrundlage für die Verlegung eines Untersuchungsgefangenen weg vom Tatort gibt es nicht. ...

Ungeachtet dessen erfolgte die Verlegung unseres Mandanten am 11.10.1978 – obgleich sich das am 25.9.78 angerufene Kammergericht bis heute noch nicht zu einer Entscheidung über die Beschwerde gegen den „Verlegungsbeschluß" des Haftrichters in der Lage gesehen hat.
Da der Haftrichter, der die Verlegung genehmigt hatte, es nicht für nötig befunden hatte, die Haftbedingungen unseres Mandanten zusammenzufassen und der JVA Kaisheim zu übermitteln, war unser Mandant der Willkür „vorläufiger Maßnahmen" der Anstaltsleitung ausgesetzt.

Aus den Schilderungen unseres Mandanten, die uns anfangs mit zehntägiger Verspätung erreichten, ergibt sich, daß er erneut völlig isoliert wird,und daß sich seine Haftsituation erheblich verschlechtert hat. Erwähnt werden soll nur, daß ihm bis heute nahezu seine gesamte – vor dem Abflug in Berlin nochmals gründlichst geprüfte – Habe, die er auf der Gefängniszelle hatte, vorenthalten wird. Darunter befinden sich insbesondere seine Verteidigungsunterlagen und seine persönlichen Aufzeichnungen, sein Adreßbuch und jeglicher Lesestoff.
Hervorragende Besonderheiten der JVA Kaisheim sind: Die Kontrolle der privaten u n d der Verteidigerpost durch die n i c h t zuständige Anstalt „auf versteckte Einlagen". Da die genannte Post zuvor bereits vom Haftrichter bzw. vom zuständigen Amtsrichter kontrolliert wurde, wird von der Leitung der JVA Kaisheim offenbar auch deren Kontrolle mißtraut.
Auch den mündlichen Verkehr zwischen Verteidiger und Beschuldigtem möchte die Leitung der JVA Kaisheim nicht unkontrolliert lassen. Es ist von ihr offenbar nicht zur Kenntnis genommen worden, daß der von der CDU eingebrachte Vorschlag, auch den mündlichen Verkehr zu überwachen, nicht Gesetz geworden ist.

Und schließlich wird uns von unserem Mandanten geschildert, daß in der JVA Kaisheim auch vor Quälereien und Mißhandlungen nicht zurückgeschreckt wird. Der Sachverhalt ergibt sich aus der beigefügten Abschrift der Erklärung unseres Mandanten vom 19. Oktober 1978, der der Verteidigung erst eine Woche später zuging.
Die Leitung der JVA Kaisheim reagierte prompt auf die Mißhandlung unseres Mandanten: Noch am gleichen Tage teilte der zuständige Oberregierungsrat Wilke unserem Mandanten mit, daß er aufgrund dieses Vorfalles beantragen werde, daß gegen „ihn" – unseren Mandanten – zur Strafe eine Woche Bunker inklusive Freistundensperre verhängt wird.

Die Verteidigung hat nunmehr die sofortige Rückverlegung unseres rechtskräftig noch gar nicht verlegten Mandanten beantragt. Letzte Instanz für diesen Antrag ist nach wie vor das Berliner Kammergericht..."

Kontakt: Helga Wullweber, Müllerstr. 144, 1000 Berlin 65

ERKLÄRUNG VON EBERHARD DREHER

Zu einem "Vorgang" anläßlich des heutigen wöchentlichen Duschens gebe ich folgende ERKLÄRUNG ab:

Ich wurde heute gegen 9.00 Uhr von drei Vollzugsbeamten zum Duschen geführt. Die Dusche ist eine Einzelkabine mit durchsichtigem Plastikvorhang, die sich in der Kammer der JVA Kaisheim befindet. Direkt vor der Duschkabine steht ein Stuhl als Ablage für die Kleidungsstücke. Etwa sieben Meter weiter befindet sich ein langer Tresen, hinter dem die Kammerbeamten ihren Dienst tun.

In dem Raum angekommen, in dem sich zusätzlich der in der Kammer diensttuende Beamte befand, wollte ich, wie das auch in der vergangenen Woche ohne Beanstandung geschehen war, auf der Höhe der Duschkabine Halt machen, mich ausziehen und duschen. Unverständlicherweise wurde ich aber aufgefordert, weiter bis vor den Tresen zu gehen. Ich verstand diese Aufforderung zwar nicht, weil mir gesagt worden war, ich würde zum Duschen geführt werden, kam ihr aber dennoch bereitwillig und ohne Widerspruch nach. Vor dem Tresen angekommen, wurde ich sofort von vier Vollzugsbeamten umringt und aufgefordert mich auszuziehen. Ich entgegnete, daß ich mich selbstverständlich ausziehen wolle, ich wolle schließlich duschen, aber ich wolle dies gern vor der Dusche machen, da ich dort auch meine Kleider ablegen könne. Ich sagte dies in sehr ruhiger und sachlicher Form, aber die Beamten begannen sofort mir zu drohen, daß ich mich sofort an dieser Stelle auszuziehen hätte, andernfalls würden sie mich gewaltsam ausziehen. Ich sagte den Beamten, daß ich es als entwürdigende Behandlung empfinden würde, mich nackend durch den ganzen Raum zu schicken und verwies immer noch in ruhigem und sachlichen Ton auf die Bestimmungen der Untersuchungshaftvollzugsordnung, nach denen das Schamgefühl des Gefangenen zu schonen sei.

Ich hatte noch nicht ausgesprochen, da wurde ich plötzlich und völlig überraschend gepackt, ich hörte noch, wie ein Beamter zu einem anderen sagte: "Die Tür, mach die Tür zu, die anderen Gefangenen", hörte kurz darauf Schließgeräusche, war inzwischen schon gewaltsam gepackt, an den Haaren, an den Armen, dann wurde mir Hemd und Unterhemd über den Kopf gerissen, währenddessen ich andauernd Schläge in die Nieren bekam. Fast gleichzeitig machten sich andere Hände an meiner Hose zu schaffen, rissen sie samt Unterhose bis zu den Knien herunter; ich drohte zu stürzen, kippte nackend bis zu den Knien auf den Tisch, versuchte mich vor den andauernden Schlägen zu schützen, hatte Angst, vom Tisch gezogen zu werden und mit dem Kopf auf den Fußboden zu schmettern, ich krallte mich an den Kanten des Tisches fest, währenddessen ich noch andauernd beschwichtigend rief: "Ich tu doch nichts, ich mach doch gar nichts!"

Ich spürte, wie sich Hände in meine Seite krallten, bekam die restliche Kleidung heruntergerissen, wurde dann vom Tisch gezogen, kam auf die Füße zu stehen, wurde stehend noch an den Barthaaren gezogen und in die Seite gepufft, wurde plötzlich noch aufgefordert, die Fußsohlen einzeln zu heben, dann brutal in die Dusche und den ganzen Weg dorthin gestoßen. Mir wurde dort fürchterlich übel. Ich lehnte mich dort an die Wand, konnte kaum stehen und war anfangs nicht fähig, das Wasser anzudrehen.

Als ich mit dem Duschen fertig war, fand ich meine Kleidung auf dem Stuhl direkt neben dem Eingang der Duschzelle. Immer noch schwindlig zog ich mich wortlos an und wurde wieder von den drei Beamten auf die Zelle geführt, nachdem die Tür der Kammer vor mir weider aufgeschlossen worden war.

Zurück in der Zelle fühlte ich große Übelkeit, ich zitterte am ganzen Leib, ich konnte nicht durchatmen, ohne auf der linken Rückenhälfte einen stechenden Schmerz zu spüren, an der linken und rechten Leistengegend sah ich blutige Kratzspuren. Ich meldete mich nach kurzer Zeit per Knopfdruck und verlangte sofort einem Arzt vorgeführt zu werden. Um diese Zeit muß es ungefähr halb Zehn gewesen sein (meine Uhr wird mir immer noch widerrechtlich vorenthalten).

Ich saß ca. 2 Stunden auf dem Rand der Pritsche und war unfähig, mich irgendwie zu betätigen, als es Essen geben sollte. Mir war immer noch so übel, daß ich nichts essen konnte, aber ich erholte mich langsam wieder. Nach ungefähr einer weiteren

Stunde wurde ich zum Arzt geführt, und zwar von einem der vier Vollzugsbeamten, die an den Mißhandlungen beteiligt waren. Im Arztzimmer, das der Beamte mit mir betrat, bat ich den Arzt, mit ihm allein zu sprechen, weil es mir nicht möglich sei, in Anwesenheit von Vollzugsbeamten (ein zweiter war bereits vorher in dem Raum anwesend) ein vertrauensvolles Gespräch mit dem Arzt zu führen. Dies lehnte der Arzt jedoch ab, so daß mir nichts anderes übrig blieb, als in Anwesenheit eines an den Mißhandlungen beteiligten Beamten meine Beschwerden zu schildern und mich untersuchen zu lassen.

Ich erkläre abschließend und betone, daß ich mir des provokatorischen Charakters diese Übergriffes voll bewußt und gleichzeitig nicht geneigt bin, mich anders als durch völlige Passivität derartigen Provokationen gegenüber zu verhalten. Provoziert werden soll ein Vorgang, der geeignet erschien, meine nun schon acht Tage widerrechtlich andauernde totale Isolation angemessen erscheinen zu lassen und, ob meines angeblich aggressiven Verhaltens formal begründbar zu machen.

Ich erkläre ausdrücklich, daß ich jetzt nicht und auch nicht in Zukunft auf derartige Provokationen in der gewünschten Verhaltensweise reagieren werde. Sollte die Anstaltsleitung so kühn sein und bereits diesen "Vorgang" als Anlaß zur Beantragung weiterer haftverschärfenden Maßnahmen oder aber als Anlaß zur Begründung für eine Verrechtlichung der derzeitigen rechtswidrigen totalen Isolation nehmen, so stelle ich vorsorglich den ANTRAG auf mündliches Gehör durch den zuständigen Haftrichter.

Eberhard Dreher

PER LINIENFLUG BERLIN – NÜRNBERG IN DIE MENSCHLICHE ANTARKTIS KAISHEIM

Den folgenden Artikel zur Verlegung von E.Dreher und anderen haben uns Freunde der betroffenen Gefangenen und die Rote Hilfe Berlin geschickt. Inhaltliche Überschneidungen mit der Presseerklärung der Anwältin und dem Bericht von Eberhard Dreher selbst sind rausgekürzt.

Tatsache ist, daß immer nur "unbequeme" Gefangene (d.h. Gefangene, die sich im Knast noch wehren) verlegt werden. Abgesehen davon, daß die Verlegung eines Untersuchungsgefangenen in ein anderes Bundesland jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt, bedeutet sie für den Gefangenen eine ungeheure psychische Belastung.

Schon die Verlegung innerhalb eines Knastes in eine andere Zelle bring so etwas mit sich. Für Außenstehende mag das schwer verständlich sein, doch der Gefangene wird jedesmal aus seiner gewohnten Umgebung gerissen: eine neue Zelle, neue Zellennachbarn, neue Schliesser, neue Leute bei der Freistunde ... Der gesamte Tagesablauf ist verändert. Andere Weck- Dusch- und Essenszeiten. In dem nicht nur räumlich eingeengten Leben bringt jede Veränderung, und ist sie noch so klein, Stress mit sich. Um das besser zu verstehen, sollten wir uns einmal vorstellen, wir müßten alle paar Wochen in eine andere Großstadt ziehen, wo wir niemanden kennen, neue Beziehungen aufbauen, und wenn es endlich geklappt hat. steht der nächste Ortswechsel bevor. Und jetzt im Knast unter weitaus schwierigeren Bedingungen, wo die Kommunikation zeitlich begrenzt und vorgeschrieben wird: Pro Tag eine halbe bis eine Stunde. Nun erst die Verlegung in ein anderes Bundesland! Im anderen Knast angekommen, beginnt schon am 1. Tag aufs neue der Kampf um die Rechte der Gefangenen, die man sich im alten Knast mühsam erkämpft hat. Bei E. Drehers Ankunft in Kaisheim wurde ihm alles abgenommen, selbst sein Fingerring und seine Halskette, ebenso die in Moabit schon total kontrollierten und durchleuchteten Sachen, die er lt. Beschluß aus Moabit in Kaisheim auf seine Zelle hätte mitnehmen dürfen.

Zitat aus einem Brief von E. Dreher kurz nach seiner Verlegung:

"Es ist für Euch wahrscheinlich nahezu unvorstellbar, um welche "Kleinigkeiten" der Kampf der Gefangenen in diesem sozialsten und gerechtesten Staat geht. Zum Frühstück bekam ich heute morgen 4 Scheiben trockenes Brot und einen Plastikbecher Brühe, die als Kaffee bezeichnet wurde und nahezu ungenießbar war. "Fett gibt es nur einmal in der Woche", sagte der Bulle. Als ich später zum Baden geführt wurde, verlangte ich Haarwaschmittel (mein eigenes ist mir ja nicht ausgehändigt worden) – der Bulle guckte nur erstaunt. So was gibt es hier nicht. Jeder Gefangene hat ein Stück Kernseife. Neuer Kampf um einen Kamm. 1 mal Unterwäsche pro Woche, ein Handtuch. Würdest du das einer Putzfrau als Arbeitswerkzeug anbieten, so würde sie dies als Beleidigung empfinden. Dein verdrecktes Plastikgeschirr sollst du damit auch noch saubermachen. Neuer Kampf um ein Reinigungsmittel. Alles lächerliche Kleinigkeiten. Und dann diese Zelle: Neonlicht. Das Fenster ein Schacht von einem halben Meter mit eingebauten Panzersperren und zusätzlichem Drahtgitter. Die Luke winzig und mit einer Kette gesperrt, so daß sie nichtmal bis zur Waagerechten zu öffnen ist".

Der Kampf um diese "Kleinigkeiten" ist längst nicht alles. E. Dreher ist in Totalisolation, d.h. Einzelhofgang, Einzelbaden, Sonderzelle, Isolierung von anderen U-Häftlingen, anfangs keine Bücher, Zeitungen etc. Die ersten Zeitungen bekam er nach drei Wochen, seine Schreibmaschine noch später. Der Haftrichter hatte es nicht für nötig befunden, die Haftbedingungen, die E. Dreher in Berlin hatte (z.B. Bastelerlaubnis, Sport, Gemeinschaftshofgang, Gemeinschaftsduschen und Umschluß mit einem Gefangenen der Station, Fernsehen und Radio) zusammenzufassen und der JVA KAisheim mitzuteilen. So ist E. Dreher der Willkür der Anstaltsleitung ausgeliefert, und diese nimmt auch kein Ende.

Hier einige Beispiele: Die Anwältin erwirbt beim Berliner Haftrichter eine Telefonerlaubnis, die jedoch vom Anstaltsleiter in Kaisheim eigenmächtig verweigert wird. Seiner Meinung nach sollte auch der mündliche Verkehr zwischen Mandant und Verteidiger kontrolliert werden. Am 1. November kommt der entsprechende Beschluss aus Berlin: die Telefonerlaubnis könne nicht erteilt werden, da nicht zu kontrollieren sei, ob der Angeklagte tatsächlich mit seiner Anwältin spricht. Daraus ergibt sich die Frage, wie denn der mündliche Besuchskontakt mit den Anwälten überwacht wird?

... Zum Schluß hat E. Dreher noch eine dreimonatige Besuchssperre bekommen, weil er angeblich während eines Besuches seiner Mutter einen Staatsschützer mit "Schwein" betitelt haben soll.

Nach E. Dreher sind jetzt auch Heinz Herlitz und Harry Stürmer von einer Verlegung nach Niedersachsen bedroht. Zu dem bedrohlichen Charakter dieser Maßnahmen gehört wohl auch, daß die Betroffenen nicht darüber informiert werden, wann und wohin sie verlegt werden sollen. Auch die Anwälte erfahren oft erst etwas davon, wenn die Gefangenen bereits in einem anderen Knast sitzen.

Am Beispiel von H. Herlitz und H. Stürmer wird klar, daß die Verlegungen keineswegs nur dazu dienen, um die Konzentration von terroristischen Gewalttätern in einer Strafanstalt zu vermeiden – schließlich sind die beiden nicht wegen Bildung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung 129 a angeklagt, sondern sind mittlerweile rechtskräftig (da die Revision abgelehnt wurde) wegen "versuchten Waffenbesitz" zu 4 bzw. 4 1/2 Jahren Knast verurteilt worden. Die Verlegungen sind vielmehr ein Glied in der langen Kette der Isolationsmaßnahmen, die dazu dienen sollen, den Widerstand und damit den Gefangenen selbst zu brechen.

Klar ist, daß wir auf den alltäglichen Kampf im Knast keinen direkten Einfluß haben können. Wir können unsere Solidarität ausdrücken, indem wir den Gefangenen schreiben, sie informieren, über das, was draußen läuft und uns von ihnen

berichten lassen, was drinnen läuft. Wirklich unterstützen aber können wir sie nur, durch unsere Aktivitäten hier draussen, d.h. den Knast und den Widerstand nicht verdrängen (weil halt immer wieder schlimme Sachen dort ablaufen, ist ja immer das selbe, kann man halt nichts machen, kennen wir doch schon alles...), sondern ihn als einen Teil unserer Bewegung, unseres Kampfes gegen AKW's, Polizeistaat, Berufsverbote, Arbeitslosigkeit, Krieg etc. begreifen. Ganz praktisch heißt das auch, daß sich mal wieder mehr Leute in ihren Wohngemeinschaften und mit ihren Freunden und Gruppen überlegen sollten, ob sie sich nicht um ein oder zwei Gefangene kümmern wollen/können, also das machen, was die Roten Hilfen zum Teil nur noch machen, nämlich durch linke Caritas, also über die Situation im Knast berichten und den Gefangenen Bücher, Schreibzeug, Wäsche etc. zu bringen, Anwälte zu organisieren, sich bei Entlassung um Arbeit und Unterkunft zu kümmern usw. Das ist nämlich genauso wichtig und solidarisch, wie sich an Anti-AKW-Demonstrationen zu beteiligen, Protestschreiben zu unterschreiben und mit Plaketten gegen alles mögliche herumzulaufen.
Wenn wir uns wieder mehr darauf besinnen, kann sich der Staat nicht mehr ohne weiteres leisten, hinter verschlossenen Türen und über Informationssperren und Kontaktsperren die Ungeheuerlichkeiten, die in unserem "freiheitlichen Rechtsstaat" in den Knästen passieren, zu verschweigen.
Wir dürfen uns nicht verbieten lassen, darüber zu berichten, und uns dazu zu verhalten.
Wir müssen uns aktiv diese Rechte täglich erkämpfen, so wie sich die Gefangenen täglich die minimalsten Rechte erkämpfen müssen.
Gegen Isolationsfolter!
Gegen Knast im Knast!
Schafft Rote Hilfe

Rote Hilfe Westberlin, Mehring Damm 99, 1 Berlin 61

WEIHNACHTSPAKETE IN DIE KNÄSTE

HAMBURG
28. November

Die Gefangenenselbstinitiative Hamburg hat uns einen Aufruf zugeschickt. In diesem Zusammenhang erinnern wir noch mal an die Möglichkeit ID-Paten-Abonnements für Gefangene zu übernehmen. (ID 256)

Die zahlreichen Gefangenen in zahlreichen Knästen sind ausgeschlossen. Sie dürfen, sofern sie jemanden "draußen" haben, allenfalls ein auf einige Pfund beschränktes Paket erhalten. Die Mehrzahl der Gefangenen kommt aus unterprivilegierten Verhältnissen. Kontakte nach "draußen" sind abgerissen oder die Bekannten haben selbst ums Überleben zu kämpfen. So sind es nur Wenige, die vor den Augen der Mitgefangenen ein Paket in Empfang nehmen können, für die Übrigen werden die Feiertage zur Tortur.

Im vorigen Jahr rief der ID zu einer Paketaktion auf, die großen Erfolg hatte. Viele mittellose Gefangene erhielten ein Paket und es entstanden eine Menge Kontakte, die heute noch bestehen. Die Resonanz bei den Gefangenen war sehr groß. Eine Menge Vorurteile gegenüber jenen, die anders sind als sie, konnten abgebaut werden. Auch bei denen, die kein Paket bekamen, dies nur verfolgten.

Wie Ihr an Adressen von mittellosen Gefangenen kommt, stellen wir uns folgendermaßen vor:

Ihr findet hier eine Liste mit Knastgruppen. Regional, je nach dem, wo einer ist, schreibt Ihr an die nächstliegende Gruppe und laßt Euch ein oder zwei Adressen von Gefangenen geben mit denen diese in Verbindung stehen. Diese Gefangenen könne Euch dann schreiben, welcher Gefangener in ihrem Knast kein Paket bekommt. Zugleich können sie Euch die Paketvorschriften nennen, damit das Paket nicht angehalten wird. Die Knäste reagieren nämlich sehr merkwürdig, wenn etwas nicht nach i h r e n Vorschriften läuft.

GSI, Vereinsstraße 48, 2000 Hamburg 6

Gr. Justiz-Knast-Psychiatrie, c/o Buchladen Rote Straße, Rote Str. 10, 3400 Göttingen

Knastgruppe Ossendorf, c/o der andere Buchladen, Zülpicherstr. 197, 5000 Köln

Frauenknastgruppe München, c/o Frauengruppenzentrum, Gabeisbergerstraße, 8000 München

Knastgruppe Nürnberg, Postlagerkarte A 038448, 8500 Nürnberg

Frauenknastgruppe Berlin, c/o Monika Erdmann, Merseburger Str. 4, 1000 Berlin 62

Knastgruppe Schweinfurt, c/o Peter Wieck, Am unteren Wall 10, 8720 Schweinfurt

Knastgruppe Lübeck, c/o Frank Riefenstahl, Schwartauer Allee 51, 2400 Lübeck 1

Rote Hilfe Westberlin, Postfach 210512, 1000 Berlin /W.

Rote Hilfe Kollektiv, Nietzschestr. 7 b, 8000 München 40

Birgitta Wolf, Ramsach 7, 8110 Murnau

S. Kreutz Aachen, c/o Babula, Pontstr. 133, 5100 Aachen

AUSZUG DER VERTEIDIGER

STAMMHEIM
21. November

Von den unterzeichnenden Anwälten:

„In dem Strafverfahren gegen Siegfried Haag, Roland Mayer und Sabine Schmitz vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart kam es am Dienstag, dem 21.11.78, dem 19. Verhandlungstag, zum Eklat:

Sämtliche Pflicht- und Wahlverteidiger zogen aus dem Prozeß aus, so daß die Hauptverhandlung unterbrochen werden mußte.

Anlaß hierfür war die widerrechtliche, vorläufige Festnahme unter Anwendung körperlicher Gewalt eines Verteidigers von Siegfried Haag.
Unter dem Vorwand einer zusätzlichen Personenkontrolle wenige Meter vor der offiziellen Einlaßkontrollstelle wurde der Verteidiger in Polizeigriff genommen, unter vorgehaltener Maschinenpistole körperlich durchsucht und ihm seine Papiere gewaltsam weggenommen. Dies geschah, obwohl er darauf hingewiesen hatte, daß er als Pflichtverteidiger auf dem Weg zum Wiederbeginn der Hauptverhandlung war.

Wegen dieses ungeheuerlichen Vorfalls beantragte der betroffene Verteidiger die Aussetzung der Hauptverhandlung für diesen Prozeßtag, da er sich unter dem Eindruck dieses Übergriffs zu weiterer Verteidigung nicht in der Lage sah.
Das Gericht lehnte den Antrag mit dem lapidaren Hinweis ab, der Rechtsanwalt habe sich während der circa 20minütigen Beratungszeit des Gerichts erholen können, und wollte zur Tagesordnung übergehen.
Die übrigen Verteidiger erklärten, die Festnahme des Verteidigers sei der vorläufige Gipfel in der ohnehin unerträglichen Behinderung der Verteidigung durch die Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen vor Betreten des Prozeßgebäudes, und verließen mit dem betroffenen Kollegen wegen der offensichtlichen Mißachtung der Stellung und Funktion der Verteidigung durch das Gericht den Sitzungssaal.

Der Unterbrechungsantrag war ferner darauf gestützt worden, daß Sabine Schmitz in der Mittagspause mit einer Zellenverlegung konfrontiert worden war. Selbst der Anstaltsarzt hält wegen der besonderen Haftsituation zur Wahrung der Verhandlungsfähigkeit ausreichende Pausen für dringend erforderlich. Durch die willkürliche Verlegung während der laufenden Hauptverhandlung wurde Sabine Schmitz die Mittagspause genommen. Sie sah sich deshalb nicht in der Lage, dem weiteren Gang der Hauptverhandlung zu folgen.

Auch dies veranlaßte das Gericht nicht dazu, die Hauptverhandlung zu unterbrechen."

Annemarie Gaugel, Rechtsanwältin – Verteidigerin von Sabine Schmitz; Axel Kollbach, Rechtsanwalt – Verteidiger von Roland Mayer; Harro Croissier, Ulrich Roeder, Hans-Joachim Weider, Rechtsanwälte – Verteidiger von Siegfried Haag.

KONFLIKTLÖSUNG IN SANTA FU

„Es ist nicht mehr so wie vor 4 oder 5 Jahren"

Hamburg 22.November *Dieses Protokoll einer Mißhandlung sandte die Gefangenenselbstinitiative e.V. an den Informationsdienst Frankfurt; Stern c/o Wolfgang Bartel; Große Freiheit; Arbeiterkampf; Rote Hilfe, Westberlin; Wahlbüro der Bunten Listen; extradienst - mit der Bitte um Veröffentlichung:*

„Dieses Protokoll versuchte der Strafgefangene Joachim Gruschka aus der Anstalt II in Hamburg-Fuhlsbüttel über den normalen Postweg zu versenden.

Der für ihn zuständige Abteilungsleiter Hummer behielt die Post mit der Begründung zurück, sie würde „beleidigende und unwahre Mitteilungen" enthalten.
Joachim Gruschka hat gegen diese Maßnahme Widerspruch eingelegt. Er ist Zeuge des von Jürgen Preische geschilderten Vorfalls und wünscht Klärung der Vorkommnisse. Diese Art der Konfliktlösung einiger Beamter, die schon Anfang 1976 durch besonders brutales Vorgehen auffielen, kann nur durch eine aufmerksame Öffentlichkeit abgeschafft werden.

Protokoll einer Konfliktlösung zwischen dem Häftling Jürgen Preische und der JVA Hamburg Fuhlsbüttel, Anstalt II vom 19.6.78:

Am 19.6. wurde mir unter der Erklärung, daß ich mich in einem Rauschzustand befinde, der Umschluß (Zusammenlegung mit einem anderen Häftling) verweigert. Der Rauschzustand wurde von keinem Arzt bestätigt.

Mein Wunsch, über den Stationsbeamten eine Erklärung des Inspektors vom Dienst zu erhalten, wurde verweigert. Hieraufhin habe ich mich an den Schichtführer gewandt. Der forderte mich auf, in Begleitung von ca. 10 diensthabenden Beamten, unverzüglich in meine Zelle zu gehen.
Dies lehnte ich ab.
Die Beamten zerrten mich zuerst im Hebelgriff in Richtung Treppenhaus zu der Isolierstation D 1. Meine Körperposition wurde auf der Treppe geändert. Man trug mich an den Armen und Beinen gehalten die Stufen hinunter. Mein Gesicht war nach unten gewandt. Einige Male schlug ich mit der Stirn auf die Stufen.

In der Beruhigungszelle (auch Glocke genannt) wurde ich mit Gewalt entkleidet. Nackt auf dem Zementfußboden der BZ liegend, bin ich von verschiedenen Beamten mit Füßen getreten und Fäusten geschlagen worden. Dabei hörte ich, wie sie sagten: „Hier in Santa Fu bestimmen wir, was passiert. Es ist nicht mehr so wie vor 4 oder 5 Jahren". Nach meinen Beobachtungen waren die Herren Ording und von Rathen an meiner Mißhandlung beteiligt.

Am 20.6. wurde von dem Arzt Dr. Friedland folgendes festgestellt: Prellungen, Quetschungen und Abschürfungen am ganzen Körper. Beschädigung meiner Gebißprothese. Unter dem linken Arm befand sich eine ca. 10 cm lange und 1 cm breite Fleischwunde. Mein Aufenthalt in der Beruhigungszelle dauerte 4 Tage. Meine Strafanzeige gegen die Beamten und die Anstaltsleitung ist bisher nicht bearbeitet worden.
Jürgen Preische."

Anmerkung: Die Gefangenen Krieger und Rohrmoser erhängten sich am 16.2.76 in ihren Zellen. Sie hatten ihre Verzweiflungstat in einem „Abschiedsbrief" mit der schikanösen Behandlung in der Anstalt II begründet. Zwei der dabei namentlich benannten Beamten waren Ording und von Rathen!"

Gefangenen-Selbstinitiative e.V. Vereinsstraße 48
2000 Hamburg 6

Hans Joachim Gruschka z.Zt. JVA; Am Hasenberg 26
2000 Hamburg 63



NEUES AUS DEM BILDERDIENST

Wir haben eine heiße Woche hinter uns und da in Frankfurt der Asphalt ganz schön heiß war, und die Auseinandersetzungen zum AG weitergingen, waren unsere Fotofreaks in pausenlosem Einsatz:

Bilder der großen Kita/TAT/AG Demo vom 18.11.

- Straßentheatergruppen
- Kindergruppen
- Kundgebung usw.

Auseinandersetzungen am AG (Abendgymnasium)

- 60 Streikteilnehmer verhaftet
- Spontandemo vor dem Polizeipräsidium 2 Stunden später mit anschließender Straßenschlacht
- Bilder von sonstigen Aktionen zum AG

Iran–Demo

Fast 400 verschiedene Bilder vom gesamten Ablauf

Zum AG und von der Iran-Demo haben wir Serien zusammengestellt, die bestellt werden können. Natürlich erfüllen wir auch spezielle Wünsche wie: "Brutalität der Polizei" usw. Sowie Bilder der Astrid Proll, die die "Friends of Astrid" in London uns zugeschickt haben.

Bestellungen per Post: ID–Bilderdienst, Postfach 900343 6 Frankfurt 90, oder wenn es schneller gehen soll, Tel.: 0611/704352

Klik surrr tick*

Kamera mit Winder*

"AUCH BULLEN KÖNNEN SICH VERÄNDERN"

Versuche über Hysterie, Abendgymnasium, Fachhochschule

FRANKFURT
15. November

Vorige Woche berichtete der ID von dem ärgerlichen Schicksal einer Frau in Hamburg, die ohne viel Nachdenken von Genossen als Spitzel denunziert wurde. In Frankfurt an der der Fachhochschule gibt es zur Zeit eine hitzige Debatte über studierende Polizisten. Ist es ein Teil der Bullenhysterie in unseren Köpfen, wenn ein Kampf gegen Polizisten geführt wird, die Sozialarbeit studieren wollen? Um die Diskussion darüber in Gang zu halten, bringen wir hier ein Interview mit dem Personalratsvorsitzenden des Frankfurter Abendgymnasiums, Ernst-Georg Wimmer. Im Streit um das Abendgymnasium (siehe ID 249/50 bis 54) ist er („Ego") immer auf der Seite des AG gewesen. Das Interview ist am 18. Oktober vom Rektor der Frankfurter Fachhochschule veröffentlicht worden, der im Streit um die studierenden Polizisten für deren Recht aufs Studium eintritt. "Ego" berichtet von guten Erfahrungen mit studierenden Polizsiten am AG. Also: nichts für Liebhaber klarer Linien, eiserner Fronten und ewig gültiger Parolen. Hier das Interview:

Abendgymnasium: Polizei von außen, Polizei von innen?

Aus nichtigem Anlass ist das Abendgymnasium Frankfurt in der vergangenen Woche von Polizei besetzt worden. Sehen Sie, als Lehrer und als Personalratsvorsitzender ein Problem darin, mit Schülern, die zugleich aktiv als Polizisten Dienst tun, zusammenazuarbeiten?



Wir haben am Abendgymnasium immer Polizeibeamte — gemeint sind hier nur die Studierenden — gehabt, wenn auch nicht so viele wie am Abendgymnasium Neu-Isenburg. Das liegt an unseren Schulzeiten. Die meisten haben ihren Dienst nach 1 1/2 Jahren aufgegeben und haben Geld nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz bekommen. Sie haben den Augenblick, raus aus dem Polizeidienst zu kommen, sehnlichst erwartet. Einige aber sind auch bis zum Abitur und danach bei der Polizei geblieben. Natürlich hat man zunächst ein komisches Gefühl, wenn ein Polizist in der Klasse sitzt und lernen will, man hat ja als "Linker " nicht gerade schöne Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Die "Bullen" werden schon genauer angesehen von Studierenden und Lehrern, wenigstens am Anfang.

Ein "Bulle"hat es schwerer als andere am Abendgymnasium, integriert zu werden. Aber lange hat es nicht gedauert bis klar wurde, daß z.B. die Prügel, die man bei Demonstrationen bezog, recht wenig mit dem konkreten "Bullen" zu tun hatten, die da auf der Schulbank saßen. Schwere Probleme hat es eigentlich nur für die "Bullen" selbst gegeben. Zur Zeit der Fahrpreisauseinandersetzungen etwa standen sie, wenn sie keinen Dienst hatten mit den den anderen auf der Seite der Demonstranten; hatten sie Dienst, war's umgekehrt. Das machte zu schaffen. Ich bin selbst mal zufällig von zweien meiner Schüler ins Polizeipräsidium gefahren worden, nachdem mich andere Polizisten verhaftet hatten. Die Polizisten am Abendgymnasium haben sich häufig aktiv solidarisch verhalten in den Auseinandersetzungen um das AG, haben auch teilgenommen an anderen politischen Demos. Dabei hat sicher eine Rolle gespielt, daß wir uns anfangs sehr stark gefühlt haben, selbstsicher angenommen haben: Die verändern sich schon. Es hat geklappt. Zwei der "Bullen" z.B. haben innerhalb der Polizei Zettel verteilt, die dazu aufriefen, nicht den Schlagstock zu gebrauchen. Einer wurde degradiert, weil er sich verschiedentlich im Dienst für die Interessen der Demonstranten eingesetzt hat.

Kurz: Wir sind davon ausgegangen und gehen davon aus: Auch Bullen wollen und können sich verändern und das ist gut so. Die Gelegenheit am Abendgymnasium dazu war sehr gut und ist trotz wachsender Repression immer noch vorhanden. Also sollen sie kommen. "Denunziationen" etc. gegenüber der Presse oder an Herrn Borsche (CDU-Landtagsabgeordneter, bekannt für Anfrage wegen linker Umtriebe) sind immer von "normalen" Studierenden oder Lehrern ausgegangen.

Sozialarbeit: Bullenarbeit sowieso?

Die Vorgänge am Fachbereich Sozialarbeit der Fachhochschule Frankfurt am Main sind Ihnen in groben Zügen bekannt: könnten Sie versuchen, eine Einschätzung zu geben?

Es ist problematischer, wenn ein Polizist, der z.B. im Gallus wirkt, als Student der Fachhochschule in der Sozialstation auftaucht. Das wird auch der Polizist einsehen. Die pauschale Ablehnung von Polizisten am Fachbereich finde ich grundfalsch. Ich sehe darin ein Zeichen von politischer Schwäche: Man hat die Kriminalisierung "linker" Arbeit auch im eigenen Kopfe übernommen. Möglicherweise spielt auch die Verdrängung eines Teils der Funktion von Sozialarbeit eine Rolle. Die Sozialarbeiter werden gezwungernermaßen, zumindest wenn sie es mit Jugendlichen zu tun haben, auch zu einem Teil Polizeiarbeit übernehmen. Und wenn es auch nur als Tranquilizer von sozialen Konflikten ist. Das ist auf etwas verschobener Eben beim Lehrer leider nicht anders. Diese Verdrängung scheint mit eine der Ursachen, für die, meine ich, unangemessene Erregung über "Bullem am Fachbereich" zu sein. Schließlich muß man auch noch überlegen, ob nicht die "Hatz auf den einzelnen Bullen" lediglich schlechter Ausdruck der politischen Ohnmacht ist gegenüber "dem" Staat, seiner Öffentlichkeit etc. den man ja nun gar nicht aus der Fachhochschule verjagt hat, wenn man einen Polizisten verjagt, der dort studieren will.

Eine andere Ebene der Diskussion ist noch die, daß man eine sehr empfindliche Flanke öffnet, wenn man prinzipialistisch postuliert: Kein Bulle am Fachbereich. Man wird sich argumentativ nicht erfolgreich gegen die politischen Gegner der Fachhochschule, des Fachbereichs verteidigen könne, wenn man derart prinzipialistisch vorgeht. Dies sieht für mich anders aus, wenn man einem konkreten "Bullen"konkretes vorwerfen kann. Das gilt aber nicht nur für "Bullen', sondern für alle, die sich als Denunzianten, Verleumder und Spitzel betätigen. Die Frage kann sich zum Beispiel wie am Abendgymnasium stellen, wo die Studierenden zwei Lehrern "Hausverbot" erteilten (und der eine war noch vor kurzem Mitglied des Sozialistischen Büros), weil sie die Aufgaben übernahmen, von denen ihr annehmt, daß sie automatisch von jedem "Bullen" übernommen werden.

Können Sie danach einem Polizisten raten, ein Studium der Sozialarbeit aufzunehmen? Würden Sie einen Polizisten ermutigen, das Abendgymnasium zu besuchen?

Zunächst: Ja, uneingeschränkt ja, was das Abendgymnasium angeht. Man muß sich ja verdeutlichen, daß viele Leute in die Polizei geraten sind, weil sie sonst keine andere Chance sahen, und heilfroh sind, wenn sie eine Chance bekommen, wieder rauszukommen. Ich glaube, es ist ein sehr wichtiger politischer Anspruch, jedem die Chance zu geben, sich zu verändern.

wenn „der Bulle" nach der Schule im Polizeidienst bleibt, ist mir ein Polizist lieber, der das Abendgymnasium besucht hat, als einer, der es nicht besucht hat. Wenn man die Möglichkeit aufgibt, daß er einen Knacks in die Richtung zum Besseren bekommen kann, hat man gerade als „Linker" viel aufgegeben.

In der Ausbildung zum Sozialarbeiter stellt sich das Problem allerdings schwieriger. Häufig sind ja Sozialarbeiter und Polizisten feindliche Gegenüber; auf der anderen Seite gibt es, wie schon angedeutet, ja durchaus Berührungspunkte beider Berufsfelder, die es mir möglich erscheinen lassen, daß ein Polizist gerade wegen der Ohnmacht seiner Arbeit, Sozialarbeit studieren

will. Da kommt es schon auf den Einzelfall an, ob man zu einem Studium raten wird. Ist es nicht besser, ein Polizist studiert an einem fortschrittlichen Fachbereich, als an einer anderen vielleicht konservativen Schule, wo er vorrangig in polizeilichen Techniken der „Sozialarbeit" ausgebildet wird? Da kommt wieder der Gedanke rein, daß man die von außen betriebene „Ghettoisierung" fortschrittlicher Institutionen nicht selbst mitvollziehen darf.

Mich selbst in meiner Arbeit als Lehrer (vermutlich auch, wäre ich an der Fachhochschule) stört die Anwesenheit von „Bullen" als Lernende nicht. Berufsverbote werden anders fabriziert als durch das „Einschleusen" von Polizisten, die sich auch noch als solche zu erkennen geben.

Im Konflikt: Denunzianten, Staatsdiener und Unterrichtsinhalte

Hat es in jüngster Zeit Ereignisse am Abendgymnasium gegeben, die einen Polizeibeamten im Dienst zur „Meldung" an vorgesetzte Dienststellen hätten veranlassen können? Können Sie sich solche Ereignisse für den Bereich des Abendgymnasiums –, können Sie sich solche Ereignisse für den Bereich der Ausbildung zum Sozialarbeiter vorstellen?

Ja, es hat eine Reihe von Ereignissen gegeben, die Anlaß zur „Meldung" eines Polizeibeamten hätten geben können. Eines Lehrers oder anderen Studierenden, eines Hausmeisters damit übrigens auch. In der Schule ist das ja noch ein wenig übler als am Fachbereich. W i r Lehrer sind ja direkt aufgefordert, jedes politische Flugblatt zu melden etc.. Uns kann man auch leichter unter Druck setzen, die vorgesehenen Unterdrückungsaufgaben wahrzunehmen, als einen studierenden Polizisten. Meines Erachtens sind übrigens Verstöße gegen Vorschriften, Gesetze etc. unvermeidbar, wenn man Sozialarbeit macht, und die machen wir am Abendgymnasium auch. Bei der geringen Beachtung, die die Interessen Jugendlicher finden, ist eine Interessenvertretung ohne möglichen Konflikt mit der Polizei kaum drin, das fängt ja schon beim Plakatankleben an. Wenn man Berufe wie Lehrer, Sozialarbeiter ernst meint, sind sie immer Seiltanz auch für die Lehrenden.

Welche Veränderungen in Auffassung und Verhalten würden Sie aus Ihrer Erfahrung in der Erwachsenenbildung gesehen von einem Studium der Sozialarbeit oder einem anderen Sozialwissenschaftlichen Studium erwarten? Läßt sich dazu gerade für Studierende aus dem Beruf, etwa für Polizeibeamte, etwas sagen?

Das ist sehr schwer, denn da finden sich in der Regel nur Phrasen, wie wir sie aus den „emanzipativen Lernzielen" kennen: die Gesellschaft als veränderbare und zu verändernde erkennen etc. etc.. Das ist ja auch keine Frage der Inhalte und Stoffe allein. Während der Studentenrevolte war der Marxismus eine revolutionäre Theorie; für uns aber nicht nur im objektiven Sinn, sondern er war auch die Ideologie unserer Revolte, war Waffe gegen unsere Lehrer und Hochschullehrer, die ihn nicht „hatten". Heute haben die Lehrer alle marxistischen Sprüche drauf, und sind dennoch Unterdrücker in vielerlei Weise. Die Theorie der Revolution ist konsumierbar, lehrbar geworden, ohne daß sich die Situation der sie Studierenden gravierend verändert. Gerade bei der Politisierung von berufstätigen Erwachsenen ist, das zumindest ist die Erfahrung der „AG-ler", das Klima sehr wichtig, ein Klima,in dem die Erfahrung gemacht werden kann, daß Vereinzelung aufhebbar ist und daß die Aufhebung der Vereinzelung einem was bringt, auch für sich selbst. Viel mehr haben wir meist nicht erreicht.
Milan Horacek hat in der „tageszeitung" formuliert: „Hätten wir mehr menschliche Wärme, bräuchten wir weniger Energie". Wenn man den Lernprozeß so hinkriegt, daß die Einheit von „menschlicher Wärme" und linker Politik deutlich wird, dann klappen auch die verlangten Leistungen.
Aber das ist alles zu unausgereift. In der Kürze kann ich zu der Frage nichts sagen.

Halten Sie eine Einschätzung für vertretbar, derzufolge Polizisten Agenten des Staatsapparates zur Ausforschung des Fachbereichs einer Hochschule sein könnten?

Der Fachbereich Sozialarbeit ist eine Agentur des Staates, seine Lehrer sind Agenten des Staates, die Sozialstationen sind Agenturen des Staates. Ich meine, eine solche Bestimmung der Polizisten, die am Fachbereich Sozialarbeit studieren, ist naiv und oberflächlich. Auf der Demonstration der Abendgymnasiasten am 7. Oktober wurde gerufen: „Erst die Kita, dann das TAT, jetzt das AG, wir habens satt: Rettet die Fachhochschule!". Das gibt sicherlich mehr her für die Analyse, wie „der" Staat „linke Inseln" versenkt, als die Vorstellung, er ließe einzelne Polizisten sich einschreiben. Ich halte die Einschätzung also für politisch naiv,naiv auch gegenüber der Situation des Fachbereichs Sozialarbeit, soweit ich sie durchschaue. Das erinnert mich ein wenig an die Vorstellung, man könne ein „linker Lehrer" sein, ohne daß das jemand merkt. Ich denke, daß es sehr wichtig ist, gerade wenn man verändern will, daß man das, was man macht, auch öffentlich vertreten kann.

Nur zum Schluß will ich wenigstens noch ein Unbehagen ausdrücken, nämlich das, daß ich mich in eine Debatte einschalte, deren Folgen ich nicht zu tragen habe. Ein Motiv dafür, daß ich dies auf der Seite der „Ruhe und Ordnung" tue, ist die gute Erfahrung, die ich mit „Bullen" am AG gemacht habe.

Die „Frankfurter Fachhochschulzeitung" gibt es beim Rektor der Fachhochschule, Nibelungenplatz 1, 6000 Frankfurt, Tel.: 1533 - 284

IN HILDEN WIRD WEITERGEFEIERT

HILDEN
29. November

Aus Hilden kam eine Einladung zu einem Fest, das offensichtlich deshalb gefeiert werden soll, weil es schon vorher ein Fest und Ärger mit der Polizei gegeben hat. Was da passiert ist, wissen wir nicht, steht auch nicht in der Einladung. Da es den Freunden aus Hilden aber pressiert, drucken wir's ab, ohne zurückzufragen, was da eigentlich los war. Das würde nämlich bei unserer schnellen Post zu lange dauern. Also:

"Für die Leute, die am 28. November an unserem "Fest" teilgenommen haben, gibt es jetzt eine Dokumentation. (Für alle anderen Interessenten natürlich auch). Die Dokumentation fängt bei der Planung fürs Fest an, beinhaltet weiterhin alle Flugblätter, eine ausführliche Berichterstattung über den Polizeieinsatz, einen Polizeibericht (wo wir den wieder herhaben?), 16 Seiten Presseberichte (furchtbar zu lesen diese Hetze), Stellungnahmen von DKP, KPD, Jusos und allen anderen Vereinen. Als Anlage gibts noch herrliche Fotos von BKA-Polizisten. Tja ... 30 Seiten sinds. Die ganze Chose kostet uns 1,34 DM pro Heft. Wer mehr abzweigen kann ... prima.

Da der Kampf nun vor Gericht weitergeht, wir aber trotzdem noch heiter sind, planen wir ein neues Fest! Viele Gruppen aus dem Raum Düsseldorf haben sich sofort dazu bereit erklärt, kostenlos aufzutreten. Da wir aber in unserem Größtenwahn beschlossen haben, mehrere Tage zu swingen, möchten wir hiermit alle "Macher und Macherinnen" auffordern, einmal auf die große Kohle zu verzichten und ohne Gage aufzutreten (Solidarität – ja prima!). Die Spesen werden wir schon erstatten. Die Kohle, die zusammenkommt, ist für den Prozeß bestimmt. Meldet Euch bis zum 10. Dezember bei

Jürgen Meisenbach, Forstbachstr. 23, 4010 Hilden

VORLÄUFIGE ABLAUFBESCHREIBUNG DER ZWEITEN SITZUNGSPERIODE DES RUSSELL-TRIBUNALS

BERLIN
20. NOVEMBER

Im 15. Rundbrief des Sekretariats des Russell-Tribunals wird über den voraussichtlichen Ablauf der zweiten Sitzungsperiode im Januar 1979 informiert – sowohl technisch als inhaltlich. Zunächst technisch:

Die Jury tagt in der Stadthalle Köln-Mühlheim am Wiener Platz. Die öffentlichen Sitzungen beginnen am 3. Januar um 9.00 Uhr und enden am 8. Januar. Begonnen wird am dritten Januar mit einem Rückblick auf die erste Sitzungsperiode und bisherige Veränderungen in der Praxis des Radikalenerlasses. Dann folgt der Untersuchungsbericht Zensur, am Sonntag werden die Verteidigungsrechte auf der Tagesordnung stehen, am Montag der Verfassungsschutz. Dies alles ist noch nicht endgültig, wird vom Sekretariat betont.

Im Rundbrief wird auf die drei Bereiche inhaltlich eingegangen. Wir beschränken uns darauf, die Themen der diversen Gutachten wiederzugeben.

Zur Verhandlung der mit dem Verfassungsschutz gegebenen Probleme wird etwa ein Tag zur Verfügung stehen. Dieser Tag wird etwa wie folgt aufgegliedert sein:

1. International vergleichende Gutachten, aller Voraussicht nach von einem Direktor der American Civil Liberties Union.
2. Gutachten und Zeugenpräsentation zur Definitionsgewalt des Verfassungsschutzes. Hierbei werden der Sicherheitsbegriff des Verfassungsschutzes, seine technische Ausstattung, die Art und Weise, wie er die politische Sprache der Bundesrepublik beherrscht u. ä. m. zu behandeln sein. Gutachter: Jürgen Seifert.
3. Gutachten zur Organisation und Funktionsweise des Verfassungsschutzes. Hierbei werden insbesondere auch das Kontrollproblem und die innenpolitische und die internationale Amtshilfeproblematik zu erörtern sein. Gutachter: Jens Brückner.

Außerdem werden eine Reihe von Zeugen von der Jury zu einzelnen Aspekten befragt werden, und zwar zur sogenannten beobachtenden Fahndung, zur internationalen Überwachung Bundesdeutscher u. ä. m.

Zum Problem der Verteidigungsrechte wird wiederum ein Tag zur Verfügung stehen. Die Präsentation der Problematik wird in etwa folgende Struktur haben:

1. International vergleichendes Gutachten voraussichtlich eines bekannten griechischen Juristen.
2. Gutachten zum Gesamtzusammenhang der Einschränkung der Verteidigungsrechte. Gutachter: Heinrich Hannover, Sebastian Cobler.
3. Eine Reihe von Zeugen, die zu einzelnen Aspekten der Einschränkung der Verteidigungsrechte aussagen und befragt werden. Zeugen werden u. a. sein: Otto Schily, Christian Ströbele, Rupert von Plottnitz, Ulrich K. Preuß u. a.

Für den Bereich der Meinungsfreiheit und der Zensur insgesamt werden etwa zwei Tage zur Verfügung stehen. Während dieser zwei Tage werden u. a. folgende Gutachten, jeweils mit Zeugen ‚durchsetzt', vorgetragen:

1. Ein allgemeines, international vergleichendes Gutachten, Gutachter: Capsis, Herausgeber der griechischen Zeitschrift NEA, und Germer, Professor für öffentliches Recht der Universität Aarhus.
2. Allgemeines Gutachten zum System der Zensur und den Einschränkungen der bürgerlichen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Gutachter: Oskar Negt.
3. Gutachten zur Zensur im Bereich von Verlagen, Buchhandel, Bibliotheken, einschließlich der gerichtlichen Kunstdefinitionen, Gutachter: Dieter Richter.
4. Zensur in den Schülerzeitungen und im frühen Sozialisationsbereich, Gutachter: M. Kienzle u. a.
5. Zensur im Theater und Exempel des Wallraff-Films, Gutachter: Y. Karsunke.
6. Öffentliche Medien am Beispiel des NDR, Gutachter: Hannes Heer.
7. Der Fall Mescalero als Exempel der Staatsfreiheit, Gutachter: Thomas Blanke.
8. Der Fall der AGIT-Drucker, Gutachter: Johannes Riemann.
9. Staatsverleumdung – Kurzpräsentation von § 90a - Fällen.

Das Kölner Volksblatt wird über den Verlauf des Tribunals aktuell informieren. Es wird zu Anfang und zu Ende des Tribunals eine Sondernummer erstellen, die beim Kölner Volksblatt, Palmstr. 17, 5000 Köln gegen zwei DM in Briefmarken vorher zu bestellen sind.

Adresse des Russell-Sekretariats: Ahornstr. 5, 1000 Berlin 30, Tel.: 030 / 211 91 38

VHS–LEITER DENUNZIERT BEWERBERIN

Oldenburg
21.11.78

Das Aktionskomitee gegen Berufsverbote aus Oldenburg schreibt über einen Fall von Berufsverbot:

"Die Diplom-Pädagogin Alexa vom Berg wurde aus politischen Gründen nicht an der Kreisvolkshochschule Friesland eingestellt.

Obwohl die Einstellung bereits fest zugesagt worden war, erhielt Frau vom Berg plötzlich eine Absage vom Landkreis Friesland, gezeichnet vom Oberkreisdirektor Dr. Bode (SPD). Gründe wurden in dem Schreiben nicht genannt. Es blieb jedich nicht verborgen, was sich hinter den Kulissen abgespielt hatte. Der Leiter der Volkshochschule Oldenburg, Dr. Fischer, hatte von der beabsichtigten Einstellung erfahren und fühlte sich daraufhin veranlaßt, dem Landkreis mitzuteilen, daß Frau vom Berg doch wohl aufgrund ihrer politischen Gesinnung nicht geeignet sei. Sie sei Mitglied der DKP, habe in der Songgruppe Carl-von-Ossietzky mitgesungen und zudem noch Flugblätter verteilt.

Alexa vom Berg klagt gegen die Nichteinstellung vor dem Arbeitsgericht. Allen Demokraten sollte dieses Berufsverbot ein weiteres warnendes Zeichen sein, daß mit der verhängnisvollen Praxis des "Radikalenerlasses" endlich Schluß sein muß. Eine "Lockerung" oder "Liberalisierung" würde an dem Verfassungsbruch nichts ändern – was not tut, ist die ersatzlose Aufhebung der Berufsverbote."

Aktionskomitee gegen die Berufsverbote, c/o Gisela Ring, Prinzessinweg 62, 2900 Oldenburg.



ARBEITSGERICHT ENTSCHIED FÜR DEN ARZT

RENDSBURG
22. November

Das Rendsburger Stadtkrankenhaus hatte dem Arzt H. Berger gekündigt, weil er den Personalmangel am Krankenhaus kritisierte (siehe ID 255).
Das Arbeitsgericht Kiel entschied im Prozeß am 1. November, daß diese Kündigung nicht rechtmäßig sei. Das Gericht legte dem Senat der Stadt nahe, die Kündigung innerhalb von drei Wochen zurückzunehmen.

Dennoch ist nicht klar, ob H. Berger wieder eingestellt wird. Der Senat behält sich vor, in die Berufung zu gehen. Das würde, wie es in einem Flugblatt aus Rendsburg heißt, „für die Stadt Unkosten von mehreren 10.000 Mark bedeuten. Diese Summe

entspricht dem Gehalt mehrerer Pflegekräfte."

Eine Initiativgruppe (Bürgerinitiative Umweltschutz, Frauengruppe/Initiativgruppe Frauenhaus, Grüne Liste, Jungsozialisten und KBW) fordert weiterhin die sofortige Wiedereinstellung von H. Berger.

Kontakt: Bürgerinitiative Umweltschutz, Obereiderstr. 18, 2370 Rendsburg.

„HALT BLOSS DEINEN MUND" – NICHT MEHR !

MÖNCHENGLADBACH
16. November 1978

Durch die Anzeige einer Frau wurde bekannt, daß ein praktischer Arzt aus dem Raum Mönchengladbach/Viersen offensichtlich seit Jahren Frauen in seiner Praxis sexuell mißbraucht. Er verabreichte den Patientinnen vor der Behandlung stark betäubende Medikamente und erklärte ihnen vorher, dies sei für den ärztlichen Eingriff notwendig.

Die mißbrauchten Frauen, deren genaue Anzahl noch nicht bekannt ist, zeigten den Arzt erst jetzt an, weil sie bislang aus Angst unglaubwürdig zu erscheinen, geschwiegen hatten.

Leider reagiert die Öffentlichkeit auf derartige Vorfälle mit folgenden oder ähnlichen Kommentaren:

„Die spinnt!" – „Die Frau ist verrückt." – „Die ist reif für die Klapsmühle!" – „Die war schon immer bekloppt!" – „Die ist ja überdreht!" – „Stell dich nicht so an!" – „Halt bloß deinen Mund!" ... usw.

Bis heute werden Frauen, die sexuell mißbraucht wurden, zum Schweigen gezwungen. Diese Demütigung dürfen wir Frauen uns nicht länger gefallen lassen !!

Damit wir Frauen in ähnlichen Situationen wirksam unterstützen können, haben wir die INITIATIVGRUPPE „GEWALT GEGEN FRAUEN" gegründet. Deshalb rufen wir alle Frauen auf, die über sexuellen Mißbrauch in Arztpraxen aussagen wollen, sich an die Initiativgruppe zu wenden.

Meldet euch bitte unter dem Stichwort „Gewalt gegen Frauen" an folgende Adresse:

Frauengruppe Mönchengladbach, c/o Martine Steinke-Fournell, Regentenstr. 202, 405 Mönchengladbach 1

DIE FREE CLINIC GIBT ES NOCH IMMER

Heidelberg
20.11.78

Viele mag es überraschen, aber es ist wahr: die Free Clinic gibt es noch immer. Nach dem Auszug im März haben zwar viele der ehemaligen Mitarbeiter aufgehört, aber dafür sind neue dazugekommen, so daß wir jetzt 8 Leute sind.

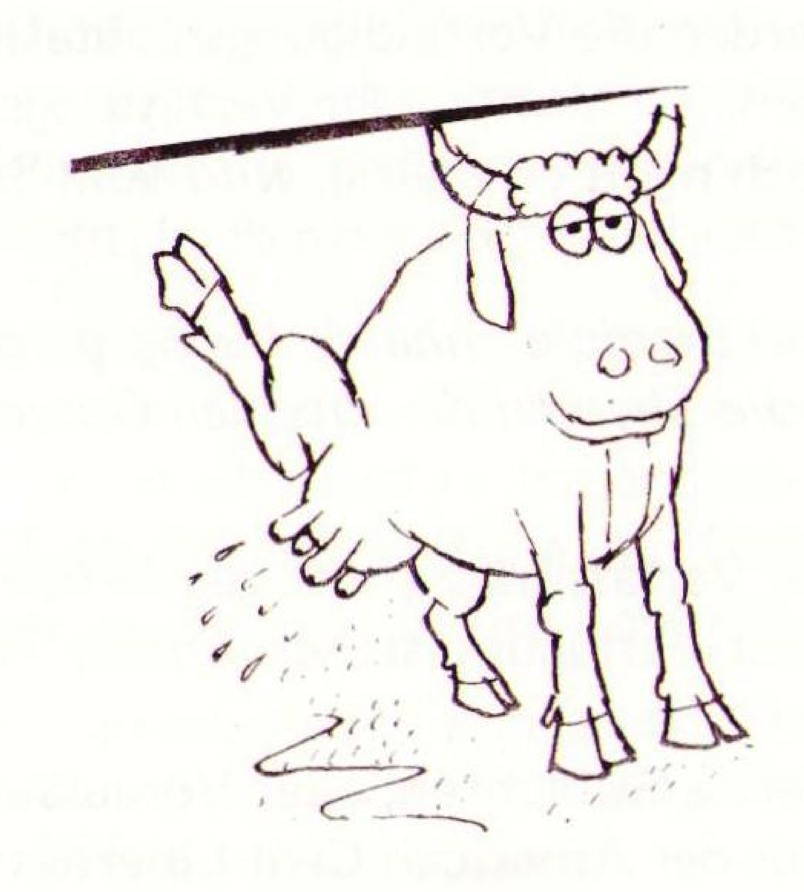
Wir haben eine ehemalige Hutfabrik in der Rohrbacher Str. 87 angemietet und sie in 5-monatiger Umbauzeit total neu renoviert. Die Räume sind allerdings wesentlich kleiner als früher, so daß ganz wichtige Sachen hier nicht mehr stattfinden können: das Kommunikationszentrum "Walnuß" existiert nicht mehr, das Gruppenprogramm befindet sich (leider) in der Auflösung. Die IFF (Information für Frauen) gibt's jetzt in der Blumenstr. 43.

Was geblieben ist, sind die ("Dienstleistungsbetriebe") medizinische Praxis, die Krankengymnastik und die Sozialberatung (Therapie, sozialarbeiterische Dinge). Allerdings hindert uns das städtische Bauaufsichtsamt (!) daran, auch mit der Arbeit anzufangen. Vor der Eröffnung sollen wir (besser: unser Vermieter) 5 (in Worten fünf) Parkplätze im Umkreis von 1 km für unsere Kunden bereitstellen; eine Forderung, die fast nicht zu erfüllen ist.

Aber wir lassen uns auch dadurch nicht unterkriegen. So veranstalten wir zusammen mit dem Förderverein (der gerne weitere Mitglieder aufnimmt), am 13. Januar 1979 in der Rhein-Neckar-Halle in HD-Eppelheim ein riesengroßes SOLIDARITÄTSFEST, zu dem bis jetzt schon etliche Musik- und Theatergruppen (z.B. Guru-Guru, Elster Silberpflug, Klaus der Geiger, Rolf Schwendter u.v.a.m.) zugesagt haben. Das Fest wird am frühen Nachmittag beginnen (Ende gegen 24 Uhr), der Eintritt beträgt 10 DM.

Wir werden sicher so ab Anfang Dezember das ungefähre Programm stehen haben. Gruppen oder Jugendzentren, aber auch Einzelleute aus der näheren Umgebung, können wir zum Aushang ein Plakat zusenden. Unsere Adresse:

Heidelberger Free Clinic, Rohrbacher Str. 87, 69 Heidelberg, Tel. 06221/28 436



BILD–ZEITUNG IN SALZHAUSEN BESCHLAGNAHMT

SALZHAUSEN
25. November

Von der Salzhäuser Bürgerinitiative e.V. bekamen wir folgenden Bericht:

In den frühen Morgenstunden des 11. November 1978 wurde in Salzhausen, Lüneburger Heide, eine dort erstmalige Aktion gestartet. Wir sind losgegangen und sammelten sämtliche in Salzhausen angelieferten Bild-Zeitungen ein. Wir haben diese Aktion gestartet, um den Leuten einmal zu zeigen, daß es in Salzhausen auch Leute gibt, die den täglich verzapften Mist der Bild nicht glauben.

Wir werden dieser Aktion weitere folgen lassen. Allerdings mußten wir zu unserer Enttäuschung feststellen, daß gegen 10.00 Uhr in einem Geschäft neue Bild-Zeitungen zu kaufen waren.

Flugblatt an die Salzhäuser:

Verehrte Salzhäuser Mitbürger!

Viele von Ihnen werden heute auf Ihre gewohnte Bild-Zeitungslektüre verzichten müssen. Alle in Salzhausen angelieferten Exemplare sind heute früh beschlagnahmt worden. Das Papier wird der Wiederverwertung zugeführt.

Grund dieser in Salzhausen sicherlich erstmaligen Aktion ist der Schrott, den Bild täglich verzapft. Wir sind des ewigen Lamentierens gegen die Bild-Zeitung müde und haben uns zu dieser nachahmenswerten Aktion entschlossen. Es hat uns sehr viel Spaß gemacht und wir werden bestimmt weitere Aktionen folgen lassen.

Ebenso, wie Sie es als Ihr Recht betrachten, daß die Bild-Zeitung erscheint, betrachten wir es als unser Recht, daß sie einmal nicht erscheint.

Sollten Sie dennoch nicht auf den Bild-Stumpfsinn verzichten können, fahren Sie ins nächste Dorf und verplempern Sie da die 4o Pfennig. Am Montag wird die Bild-Zeitung in gewohnter Weise wieder erscheinen.

Selbstverständlich erheben wir keine Urheberrechte für unsere Aktion, so daß überall die Bild-Zeitung beschlagnahmt werden kann.

Nie wieder Bild !!!

ASTRID PROLL: DIE ENTSCHEIDUNG NAHT

LONDON/FRANKFURT 30. November 1978

Am 11. Dezember beginnt in London das eigentliche Auslieferungsverfahren über Astrid Proll. Das Gericht wird darüber verhandeln, ob die Anklagepunkte, die die Bundesrepublik gegen Astrid Proll anführt, ihre Auslieferung an die deutschen Behörden rechtfertigen. Der Rechtsanwalt, der die Interessen der Bundesrepublik vertritt, beeilte sich am Dienstag, den 28. November, zu versichern, daß die Anklageschrift schriftlich und fertig übersetzt bis zum 8. Dezember vorliegen wird, nachdem er in der Woche davor wegen der vielen Verzögerungen in der Übermittlung der Anklage vom Richter massiv angeraunzt worden war. Was man aber nicht zugunsten von Astrid Proll interpretieren kann; denn gleichzeitig wurde letzte Woche eine Verlegung Astrid Prolls aus dem Männergefängnis Brixton, wo sie äußerst harten Haftbedingungen unterworfen ist, in das Untersuchungsgefängnis Holloway Prison „aus Sicherheitsgründen" abgelehnt. Vor dem Knast in Brixton haben die „friends of Astrid Proll" am 21. November eine Demonstration abgehalten. Dazu haben sie ein Flugblatt gedruckt, aus dem wir hier zitieren:

„Für Frauen in Brixton sind die Haftbedingungen bedeutend schlechter als für die männlichen Häftlinge. Die Männer haben ein Minimum von fünf Stunden Zusammenschluß jeden Tag, in denen sie außerhalb der Zellen sein dürfen. Die Frauen dürfen maximal drei Stunden am Tag zusammen sein. Astrid darf nun mit der einzigen anderen weiblichen Gefangenen zusammen sein, Khoulood Moghrabi, einer Libanesin, mit der sie keine gemeinsame Sprache hat. Die Frauen müssen alle paar Tage die Zellen wechseln, was jedesmal gleichzeitig eine Zellendurchsuchung bedeutet. Der Grad der Überwachung ist ebenfalls bedeutend höher als bei Männern — sieben Wärter überwachen sie die ganze Zeit. Zwei Wärter sitzen im Gemeinschaftsraum, trotz der Überwachung durch Fernsehkameras. Die wenigen Wärterinnen, die Astrid und Khoulood beobachten, werden die ganze Zeit von männlichen Wärtern kontrolliert.
Auch den Hofgang muß Astrid unter besonderen Bedingungen machen: sie geht allein in Bewachung von drei Wärtern in einen speziellen Hof, der zusätzlich durch einen Stacheldrahtzaun unterteilt ist. Eine Fernsehkamera beobachtet alle ihre Bewegungen."
Auf dem Flugblatt fordern die „friends of Astrid" ihre Freilassung, mindestens aber Verlegung nach Holloway Prison.

Über ihre Arbeit schreibt die Gruppe in einem Brief:

„Wir haben uns in Arbeitsgruppen eingeteilt: Presse, Öffentlichkeit, Rechtsgruppe, Unterstützung und Finanzen. Wir gaben eine Menge Informationen, das hätten wir ohne die Unterstützung einiger Journalisten in der bürgerlichen Presse nicht tun können. Wir waren an zwei Fernsehfilmen über Astrids Leben hier beteiligt, von denen einer am 14. November in der BRD gezeigt wurde. Mit Freunden aus Berlin machten wir einen Videofilm, von dem wir hoffen, daß viele Leute ihn sehen werden.

Die Rechtsgruppe versucht, Informationen an die englische Anwaltschaft zu vermitteln, die viel zu lernen hat in dieser Beziehung, aber die englischen Anwälte sind sehr aufnahmebereit.
Die Öffentlichkeitsgruppe arbeitet an der Zusammenstellung von Material für eine Ausstellungsserie: das ist sowohl die bildliche Darstellung von Astrids Leben hier als auch eine Menge Information über die staatliche Repression, gegen die wir kämpfen müssen. Es ist also ein Kontext aus Vergangenheit, Jetzt und Weiterhin.
Die Unterstützungsgruppe hat die Aufgabe übernommen, Liberale anzusprechen, die bereit sind, Astrid auf einer bestimmten Ebene zu unterstützen. Viele Flugblätter wurden konsumiert, Unterstützung ist sehr viel schwerer zu bekommen.
Die Pressegruppe arbeitet an einer Broschüre. Sie versucht, die BRD politisch aus der Perspektive: Nachkriegszeit - Studentenbewegung - Entstehung der RAF darzustellen. Viele Leute hier, auch innerhalb der Kampagne, kennen nur die Horrorgeschichten und die Pressemonster, die hier verbreitet werden, dafür aber nichts über die Wirklichkeit. Ein Problem war außerdem die Schwierigkeit der Leute, sich mit der RAF und Astrids früherer Verbindung zu ihr auseinanderzusetzen, das ist für sie nicht angenehm, sie würden es am liebsten als unwesentlich beiseiteschieben und sich auf die Position der „Sicherheit des Unwissenden" zurückziehen. Die hiesige Linke hat dieselbe Form der blinden und defensiven Reaktion auf die Stadtguerilla. Diese Broschüre versucht außerdem, Astrids Leben hier als eine Fortsetzung von dem, wie sie vorher gelebt hat, darzustellen, wenn auch in eine andere Richtung, aber mit ungebrochen revolutionärem Bewußtsein; außerdem versucht sie über die Realität des permanenten Auf-der-Flucht-sein aufzuklären.

Es werden täglich Besuche gemacht — was hier erlaubt ist, bevor man verurteilt ist —, wir gehen zu den Gerichtsverhandlungen, wann immer Astrid vorgeführt wird und flüchtige Blicke auf das Leben außerhalb aus dem Gefangenenwagen werfen kann. Der Arzt war auch im Knast, um sie zu sehen, weil natürlich die gesundheitlichen Schäden wieder auftreten."

Über Astrid Prolls Gesundheitszustand vor vier Jahren, als sie aus dem Preungesheimer Knast entlassen wurde, wollte ich ein Interview mit dem Arzt machen, der in seinem Gutachten über ihre Verfassung einen Zusammenhang zwischen ihrer schweren Kreislauferkrankung und der jahrelangen Isolation im Gefängnis herstellte und damit die Bedingungen für ihre Freilassung schuf. Als ich ihn anrief, holte er erstmal entsetzt Luft: er habe in der Vergangenheit deshalb so viel Ärger und Schwierigkeiten gehabt, daß er unter gar keinen Umständen etwas sagen könne.

Im britischen Fernsehen sprach sich vor kurzem Helga Einsele gegen eine Auslieferung Astrid Prolls aus. Helga Einsele war bis vor ein paar Jahren Direktorin der Frauenhaftanstalt Preungesheim — Eingeweihte kennen sie als Anhängerin des „humanen Strafvollzugs", ihre Reformvorstellungen sind freilich mit Vorsicht zu genießen. Wir
Wir haben mit ihr ein Interview gemacht:

Wann haben Sie Astrid Proll kennengelernt?

Astrid Proll war einige Monate bei uns in Untersuchungshaft und dabei habe ich sie kennengelernt. Vorher kannte ich sie nicht.

Welche Erinnerungen haben Sie an sie aus dieser Zeit?

Ich habe ziemlich häufig mit ihr gesprochen. Sie war, als sie kam, recht reduziert durch die vorangegangene Haft und hat dann bei uns eine verhältnismäßig freie Form der Haft erlebt. Ich weiß von Mitgefangenen, daß sie sehr solidarisch mit den anderen Gefangenen gewesen ist. Sie hat natürlich auch versucht, in Preungesheim ihre Ideen zu verbreiten, auch ein bißchen Unruhe unter den Mitgefangenen gestiftet. Sie hat bei einigen natürlich Widerstand erregt, die meisten der weiblichen Gefangenen waren politisch uninteressiert und wollten nicht in irgendwelche politischen Diskussionen einbezogen werden.
Andererseits haben sie sie damals, wenn ich mich recht erinnere, zur Sprecherin der Untersuchungsgefangenen gewählt — wir hatten eine 'Gefangenenmitverantwortung'. Es gab eine heftige Auseinandersetzung, weil einige Frauen sie nicht wählen wollten, die Mehrheit sie aber gewählt hatte. Sie wurde infolgedessen dann später akzeptiert von allen. Sie hat dann mehr und mehr verstanden, daß hier eine Gruppe von Personen beieieander ist, denen man helfen muß, zu ihrem Selbstverständnis zu finden, die man aber nicht politisch motivieren kann, jedenfalls nicht unmittelbar, und sie hat sich dann eigentlich auch mehr um die rechtlichen Belange der Mitgefangenen gekümmert, hat uns angegriffen, wenn ihrer Ansicht nach etwas nicht in Ordnung war mit den Haftbedingungen, hat sich eben als Sprecherin der Mitgefangenen gefühlt und wurde so auch von uns akzeptiert.

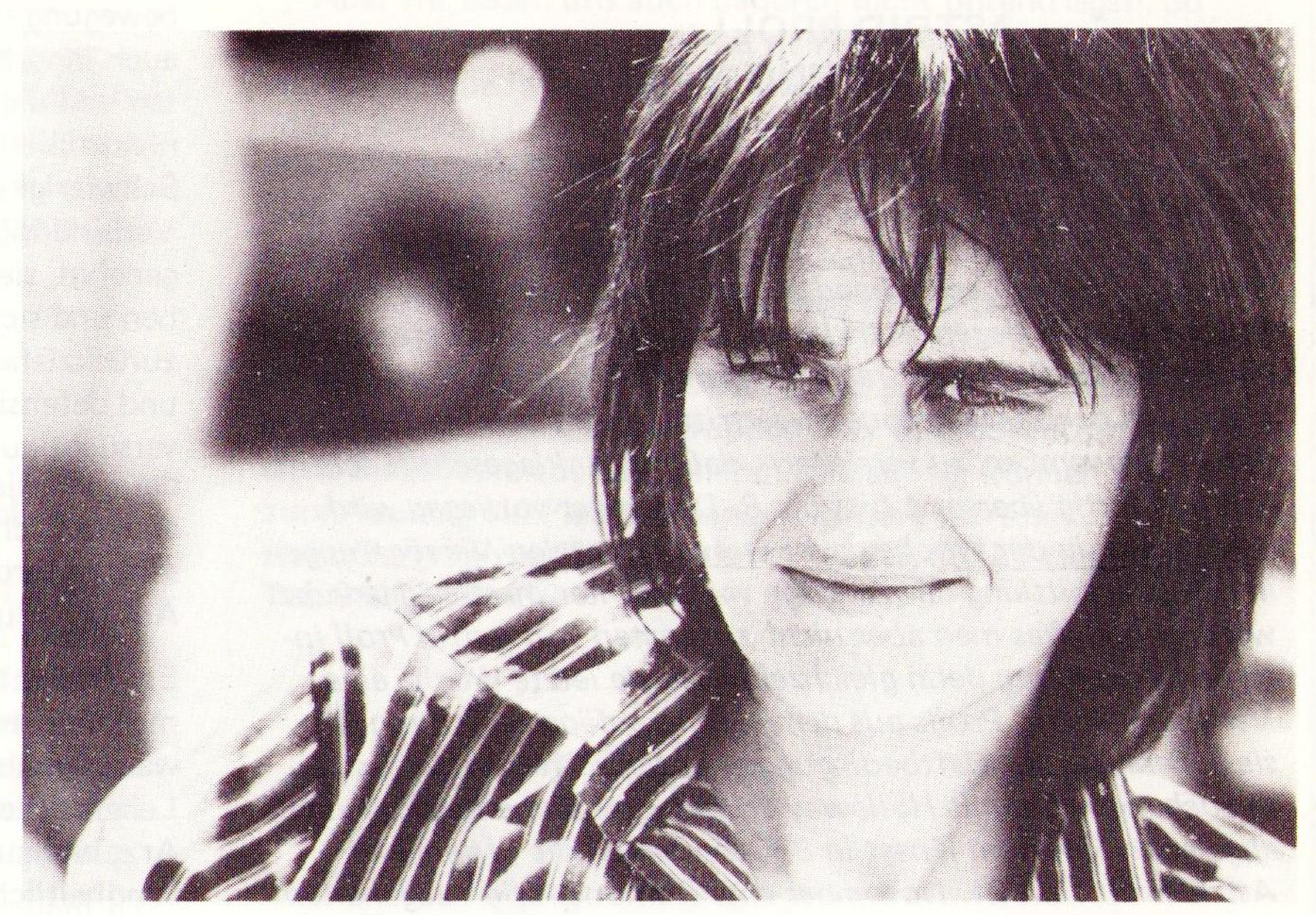


Foto: Ein neueres Bild von Astrid Proll

Wie haben Sie in dieser Zeit ihren Gesundheitszustand erlebt?

Ich glaube, daß er schlecht war. Sie ist zum Beispiel des öfteren zu mir ins Büro gekommen und dann ereignete sich mehrfach, daß sie sich mitten im Gespräch auf den Boden legte und sagte: „Ich kann nicht mehr, mein Kreislauf ist so schlecht". Dann hat sie ein Weilchen auf dem Boden gelegen und dann haben wir uns weiter unterhalten. Das schien mir nicht demonstrativ, das schien mir wahr zu sein. Natürlich bin ich kein Arzt, ich kann das nicht weiter beurteilen, aber ich habe die Äußerungen des Arztes, der sie damals ja von außerhalb untersucht hat, es waren ja nicht nur die Anstaltsärzte, schon ernstgenommen.

Wie stellt es sich für Sie mit dem Auslieferungsantrag der Bundesregierung dar?

Ich würde sagen, das ist zuerst einmal eine rechtliche Frage. Soweit ich mich erinnern kann, waren die Vorwürfe eigentlich schon als sie aus der Haft entlassen wurde stark erschüttert. Ich kann mich erinnern, daß damals doch wohl Zeugen aufgetreten sind, die bezeugt haben, daß dieser Mordversuch eigentlich nicht ernstzunehmen war, und da muß ich sagen, ich selber bin nicht einen Augenblick davon überzeugt gewesen, daß Astrid Proll einen Polizisten ermorden wollte. Das war damals überhaupt nicht in der Diskussion, auch bei den Terroristen noch nicht, das war ja doch eine andere Zeit, und auch von ihrer Persönlichkeit habe ich ihr das nicht abgenommen. Ich glaube nicht, daß sie unmittelbar auf Menschen damals hätte schießen können, sondern ich bin eher überzeugt — auch damals schon —, daß sie in die Luft geschossen hat, um zu erschrecken und um entweichen zu können, und sie hatte wohl auch Erfolg damit, insofern war ihre Kalkulation ja richtig.

Denken Sie, daß das Auslieferungsbegehren der Bundesrepublik im Sinne ihrer eigenen Anti-Terrorismus-Programme eine konsequente Handlung ist?

Sie meinen von der Bundesrepublik aus? Ich bin mir jetzt nicht ganz klar über die Auslieferungsbedingungen, aber soweit mir der Rechtsanwalt von Frau Proll mitgeteilt hat, ist es ja eine Ermessensfrage, ob die Auslieferung beantragt wird. Und wenn das eine Ermessensfrage und kein zwingendes Recht ist, da die Vorwürfe meines Erachtens nicht auf sehr festen Füßen stehen und die Auslieferung wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung schließlich kein eigentlicher Auslieferungsgrund ist, meine ich, es wäre gut, wenn die Bundesregierung davon absehen würde. Wir müssen ja froh sein über jeden Terroristen, der aus der Szene herausgekommen ist, der verstanden hat, daß das politisch kein akzeptabler Weg ist, seine Ideen durchzusetzen, und wenn ich mir das Interview ansehe, das sie jetzt dem Stern gegeben hat, wird ja deutlich, daß sie diesen Weg nicht für richtig hält und vielleicht auch nie für richtig gehalten hat. Ich bin froh, daß sie den Weg zu einer sozialen Form von Leben gefunden hat und ich würde mich auch dafür einsetzen, daß sie nicht ausgeliefert wird, wenn ich das könnte.

Ich meine, sie sollte in England bleiben, das ist besser, besser für sie und vielleicht für Deutschland auch . . .

Schreibt (möglichst in Englisch) an Astrid Proll, B22188, H.M. Prison Brixton, Jebb Avenue, London SW2. Solidaritätsadressen und Spenden an Friends of Astrid Proll 109 Bakchurch Lane, Whitechapel, London EI.

US-GERICHT SPRICHT KRISTINA BERSTER SCHULDIG

FRANKFURT 21. November *Kristina Berster ist am 16.7. verhaftet worden, als sie versuchte, von Kanada aus die Grenze in die USA zu überschreiten. Anfang Oktober begann gegen sie in Burlington/Vermont ein Prozeß wegen Verletzung der US-amerikanischen Einwanderungsbestimmungen. Während die 3 US-Bürger, die ihr beim Grenzübertritt halfen, inzwischen freigesprochen wurden, befand das Gericht Kristina selbst für schuldig, einen falschen Paß und einen falschen Namen benutzt zu haben. Die Höhe des Urteils steht noch nicht fest. Ihr drohen 5 1/2 Jahre Höchststrafe! Kristina Bersters Verteidigung wird gegen das Urteil Berufung einlegen und für Kristina politisches Asyl beantragen. Von bundesdeutscher Seite droht ihr dagegen ein Auslieferungsersuchen und die Abschiebung in die BRD.*

Kristina wird in der BRD seit 1973 gesucht aufgrund eines Haftbefehls, der gegen sie und andere Angeklagte wegen ihres Fernbleibens vom sogenannten SPK-Prozess erlassen wurde. Das Sozialistische Patientenkollektiv, dem in diesem Prozeß die Bildung einer Kriminellen Vereinigung vorgeworfen wurde, lehnte aus Protest jegliche Teilnahme an diesem Verfahren ab. Es organisierte statt dessen Teach-ins gegen die Kriminalisierung der Patienten und klagte die wahren Kriminellen an. Als Kristina sich kurz nach dem Fernbleiben vom Prozeß auf Fahndungsplakaten als eine der meistgesuchten „anarchistischen Gewalttäter" wiederfand, sah sie sich gezwungen, illegal zu leben und die Bundesrepublik zu verlassen. In den letzten Jahren — zuletzt nach dem „Deutschen Herbst 1977" und der Auslieferung Croissants durch die französische Regierung wurde ihr immer klarer, daß sie in Westeuropa vor den BRD-Fahndern nirgends sicher sein würde. Sie beschloß, in den USA ein neues Leben zu versuchen — bei der Einreise wurde sie dann verhaftet.

Die Grenzschutzbeamten waren in der Lage, sie aufgrund eines Fahndungsbuches zu identifizieren. Außerdem wurde ihre

Identität von einem Geheimdienst-Computer in Montreal (Kanada) bestätigt.

Das FBI wußte sofort, was es zu tun hatte: endlich war ein Vorwand gefunden, auch in den USA das Gespenst des internationalen Terrorismus heraufzubeschwören. Der FBI-Chef sprach von einer Gruppe von 61 Terroristen, von der man nun eine geschnappt habe. Der Staatsanwalt Jerome O'Neill nannte Kristina eine der 34 meistgesuchtesten Leute. Demgegenüber hieß es sogar in der westdeutschen Presse zunächst, Kristina sei eine Randfigur der „Terroristenszene", an deren Auslieferung man nicht interessiert sei. Sie habe hier nur eine Strafe zu erwarten, die nicht höher als die von Kristina im Jahre 1972 bereits abgesessenen 6-monatigen U-Haft sei. Erst geraume Zeit später tauchten in der Presse hier Meldungen auf, Kristina sei möglicherweise ein „wichtiges Verbindungsglied der internationalen Terroristenszene" und es sei ein weiterer Haftbefehl gegen sie wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" (diesmal RAF) erlassen. Die BRD „brenne" auf eine Auslieferung! Bis auf Vermutungen der Presse, die von Kontakten zu Carlos (wer kennt den nicht?) bis zu den Palästinensern in Mogadischu reichen, ist bis jetzt allerdings Kristinas Verteidigern noch nicht einmal ein neuer Haftbefehl bekannt.

Während Kristinas Fall die BRD-Presse bis jetzt relativ wenig interessierte, erregte er in Vermont einiges Aufsehen. Sehr schnell fanden sich aus politischen Prozessen bekannte (in den USA) Verteidiger (darunter z.B. William Kunstler, der u.a. die Indianer von Wounded Knee, die Gefangenen beim Attica-Aufstand und die 7 im Chicago-Conspiracy-Prozeß verteidigte) und sehr schnell gründete sich ein Komitee zur Verteidigung von Kristina, dem neben Schriftstellern, Journalisten, Filmemachern auch Frauen der Gruppe um die Zeitschrift „Common woman" angehören. Die Arbeit des Komitees, die sich vor allem gegen die Vorverurteilung Kristinas als „abgestempelte Terroristin" wendete, reichte von häufigen Besuchen Kristinas über die Verbreitung von Plaketten (Aufschrift: „Politisches Asyl für Kristina") bis zu Spendensammlungen, Veranstaltungen, Plakatekleben und einem geplanten Benefit-Konzert. Komitee und Verteidigung erreichten so eine — zumindest auf lokaler Ebene in Vermont — breite Solidarisierung. Darüber hinaus konnten sie sogar die hohe Kautionssumme von 100.000 Dollar aufbringen (!).

Eine Haftentlassung scheiterte freilich daran, daß die Einwanderungsbehörden ankündigten, sie würden Kristina für diesen Fall in Auslieferungshaft nehmen.

Die weitere Zukunft Kristinas ist äußerst ungewiß: Nach dem Schuldspruch des Geschworenengerichts wurde sie aus Vermont, wo ihr eine breite Sympathie sicher war, weg nach New York verlegt. Wenn in den nächsten Tagen die Höhe ihrer Strafe bekanntgegeben wird, droht ihr als „einfachste Lösung", einfach in die BRD abgeschoben zu werden, wo sie angesichts der hiesigen Haftbedingungen um ihre Gesundheit und ihr Leben fürchten muß. Selbst wenn die USA sich auf einen solchen Deal mit dem BKA nicht einlassen sollten und Kristina Asyl — sowie das nebulöse Auslieferungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt werden, ist damit zu rechnen, daß Kristina sich, wie Rolf Pohle, Klaus Croissant, und die vielen anderen früher oder später in einem westdeutschen Gefängnis wiederfindet.

Es ist notwendig, Kristina Berster — ebenso wie Astrid Proll — von hier aus im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen, damit sie nicht in die BRD ausgeliefert werden. Schreibt Briefe an Kristina, schickt ihr Bücher und Zeitschriften, damit sie weiß, daß es auch hier Leute gibt, die an sie denken! Verhindern wir Ihre Auslieferung in die BRD. Kristina.Bersters Adresse : **Metropolitan Correctional Prison Facility, 150 Park Row, New York 10007, New York, USA.**
Kontakt: **Defence Committee Box 144, Vinooski, Vermont 05404, USA.**

ZUM PUTSCHVERSUCH IN SPANIEN

MADRID
22. November *Ein Brief aus Spanien:*

"Sicherlich ist die (zumindest für meine Begriffe) Horrormeldung von dem geplanten Putsch rechter Generale und Polizei in Spanien, der um ein Haar auch wirklich geglückt wäre, zu Dir gedrungen. Er ließ mir schon ein etwas "flaues" Gefühl im Magen und auch sonstwo. Wenn ich mir so vorstelle, daß ich eines Morgens in einer faschistischen Militärdiktatur aufgewacht wäre ... Überrascht hat mich das nicht, — ich habe es ja schon immer gesagt und für möglich gehalten. —

Die Gelegenheit zu diesem Putsch war einmalig günstig: Juan Carlos in Lateinamerika (es lebe der Imperialismus!) und alle Generale, die pro Suarez sind, befanden sich außerhalb Madrids. Die ganze Sache ist schon mehr oder weniger durch Zufall aufgedeckt worden, es standen sogar schon Streitkräfte bereit, um den Palaciode Montcloa (Regierungssitz)zu erstürmen, auch waren noch Tage später alle Zufahrtswege nach Montcloa gesperrt. Der Handstreich war für den 16./17. Nov. geplant, Suarez sollte entführt werden und eine Militärdiktatur errichtet werden.

Am 20. November 1975 starb Franco — Schande dieser knochigen Sau — im Bett, und es gab hier zu seinem dritten Todestag eine riesige Demonstration aller faschistischen Kräfte. Es war wenige Tage nach dem vereitelten Putsch, es sollen mehr Faschisten als die Jahre zuvor gewesen sein. Es gibt hier ein Buch, dessen Titel ein Bild von Franco darstellt: nach drei Jahren werde ich wieder da sein. Horror, Hysterie oder Realität? Ich meine, durchaus mögliche Realität. Die Arbeiterbewegung ist im Gegensatz zu den Faschisten einfach nicht oder zu wenig organisiert, zu sehr bürokratisiert, um den Faschisten im Falle eines Falles kontra geben zu können. Ich glaube nicht einmal, daß sie Bullen oder Militärs gefunden hätten, um den Montcloa Palast gegen die Faschisten zu verteidigen.

In der Stadt bemerkte man eine seltsame Stimmung, zunächst tat jede/r so, als sei nichts passiert, aber die Kioske hatten schon am Nachmittag die riesigen Zeitungsstapel vollständig verkauft. Und die Busfahrer hörten Radio. Tage drauf, es waren die Tage der Faschisten, bin ich zum ersten Mal in meinem Leben in einem Wagen (Metro) gefahren, der voll, randvoll, mit dieser braunen Pest war. Sie waren bewaffnet, man konnte deutlich die Colts unter ihren Armen erkennen, trugen Stöcke und Fahnen, Abzeichen etc. Es waren viele Junge dabei. Drei Frauen von der S.U. (Sindicato unitario) klebten (welch ein Mut) in der Metro Plakate. Und gerade als X. und ich kamen, gingen drei Faschisten auf sie zu und sagten "malo". Mir bammelte alles, aber wir stellten uns munter zu den Kleberinnen, lachten sie an, und gaben zu erkennen, auf welcher Seite wir stehen. Es ist dann nichts weiter passiert, aber mir war schon recht zittrig. Die Tage waren gräßlich. Die ganze Stadt war voll von uniformierten Faschisten, solche die blaue Hemden tragen und kleine Kinder mit roten Baskenmützen und blauer Uniform — die Falange. Als ich an einem Bullen vorbeiging, richtete er seine MG auf mich und verfolgte mich mit ihrem Lauf, bis ich außer Reichweite war. 17- oder 18-jährige hatten sich untergehakt, um eine Kette zu bilden. Da sagte der eine zum anderen: du, halt mich nicht so eng, die Knarre drückt mich. Na und so weiter. Die Demo hatte ca. 300 000 Teilnehmer, die aber zum Teil auch angereist sind.

Was ich tun würde, wenn hier wirklich ein Putsch zustande käme? ? Nun, das wäre schon abhängig, von dem, was die Genossen hier machen. Wenn es einen erfolgreich erscheinenden Widerstandskampf gäbe, würde ich schon hier bleiben, wenn aber die ganze Sache mit Massenabschlachtung und Verhaftung begänne, und die Linken weiter so desorganisiert sind wie zur Zeit, so würde ich mich schleunigst aus dem Staube machen, ich bin kein Märtyrer.
. . . "

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

ID NR. 258

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

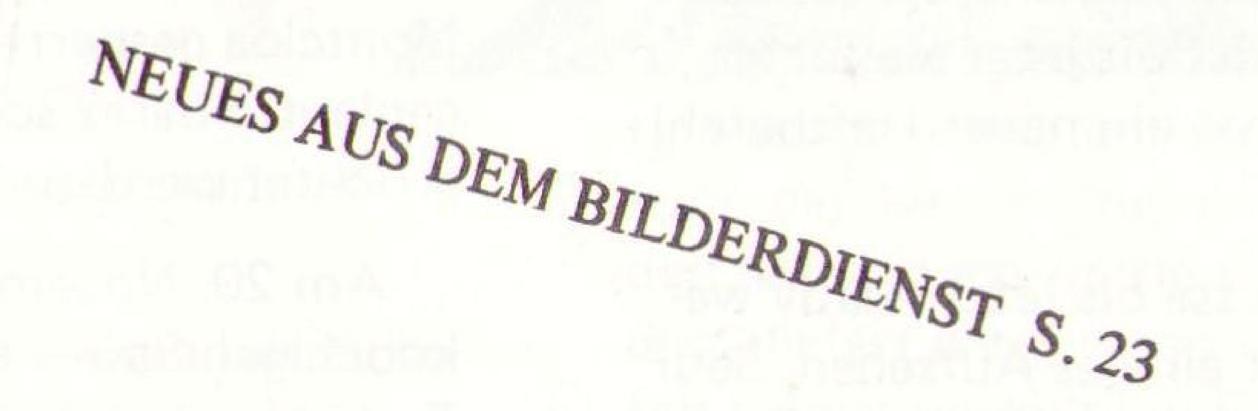
Nummer des Abos	bez. bis ID Nr.	Exempl.
4400 E	280	1

UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag 17.11. vor 22 Uhr

EIGENTUMSVORBEHALT – Diese Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehaltes. Wird diese Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender sofort zurückzusenden.





Ein ID–Aufruf und ein Leserbrief auf den Seiten 1, 2 und 3

INHALTSVERZEICHNIS